



Impressum:

Nr. 54 Sep - Nov 23

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwwy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdx4c4srslhpc2z3haiflnm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuoq6h2veztdhicoiehflofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejyh6jkyvn7zognkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6xlr3iudsyd.onion/>

barrikade.info

kontrapolis.info

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

knack.news

<http://knackriotpvcb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Repressionsoperation gegen die anarchistische Zeitung Bezmotivny	5
Internationaler Aufruf zur Unterstützung der Soulèvements de la Terre	5
Antiautoritäre Aktionswoche gegen jeden Krieg	6
Stronger Together Kongress	7
Nach sexualisierter Gewalt:	7
not truth - no justice - no peace	19
Ein Brief von St. Mp. aus dem Gefängnis von Koridallos	21
Auslieferung	22
Neues vom Spitzenstuhl für Boris	23
(B) Für Mouhamed Dramé	24
Mord an Mouhamed Lamine Dramé	24
Ein Moment der randalierenden Revolte	26
Update zum Fall in Budapest	31
Perspektive der antifaschistischen Bewegung	32
„Unsere Genoss*innen werden als mediale Gallionsfiguren serviert ...	35
Kommentar zur Debatte um die Letzte Generation	38
München: Weitere Baumaschinen in Asche verwandelt	39
München: Feuer auf der Baustelle der U-Bahn des Wissenschaftszentrums	40
[B] Angriff auf Deutsche Bahn	41
Windenergie angreifen!	43
Sendemast in Berlin-Wuhlheide abgefackelt	44
Heiße Sabotage an Kabeltrassen	45
[Switch off the System]	45
Anschlag auf Steinkohle-Kraftwerk Berlin	46
Ventile der Line 5 von Enbridge geschlossen (USA)	50
IM SCHÜTZENGRABEN mit „Solidarity Collectives“	51
Bist Du für Krieg?	58
Denns' geplündert	59

Moin,

hoffentlich hattest du einen guten Sommer, unberührt von Blaualgen, Artensterben, Waldbränden, Wassermangel, Knast, Geldsorgen, Faschist_innen, Vermieter_innen oder Sexismus.

Wir leider nicht. Einiges aus dieser Aufzählung hat uns umgetrieben. Jedoch findet sich nicht zu allem ein kluger Text in dieser Ausgabe. Warum nicht? Weil ihn niemand geschrieben hat. Nochmal: Weil ihn niemand geschrieben hat. Niemand von uns, keine unserer Gefährt_innen, keine unbekannte Person und du nicht, liebe Leser_in.

Oft appellieren wir ja an dich, mal einen Text fürs Autonome Blättchen zu schreiben. Aber du schreibst nicht so oft, so gerne oder so viel, wie es dem Blättchen gut täte. Deswegen versuchen wir hier mal eine etwas längere Ermunterung. Mal sehen, ob es gelingt.

Erstmal das Gemecker, damit es erledigt ist:

Wir denken, dass es eine Veränderung in der textbasierten politischen Diskussionskultur gibt, die wir für eine Verschlechterung halten. Vorschnell, wie wir urteilen, machen wir dafür unter anderem die Alltags-Kommunikation per digitaler Medien und die Zersplitterung der Radikalen Linken (und Rest-Autonomen, Anarchist_innen, anti-autoritären Kommunist_innen etc.) verantwortlich. Entweder diskutieren alle nur noch in ihrer eigenen Blase, oder sie sind es nur noch geübt, kurz formulierte Meinungen zu senden oder von sich zu geben. Das ist auf Plena nicht anders, als im Chat.

Und noch was: Man diskutiert auch gar nicht gerne. Man hat halt eine Meinung. Andere Meinungen sind im besten Fall lästig, oft werden sie reflexhaft als Zeugnis politischer Feindschaft wahrgenommen. Wie aber wollen wir Verhältnisse verändern, wenn wir nicht in die Auseinandersetzung gehen, in den Streit? Wenn dieser nur am Küchentisch oder im Baumhaus stattfindet, entsteht keine Debatte, aus der irgendwer was lernen könnte; es entstehen Abgrenzung und Selbstvergewisserung. Es braucht die Treffen, Veranstaltungen, Camps, Besetzungen und Publikationen, wo wir uns aushalten lernen. Wenn aber eine politische Kultur „falsche“ Positionen schlimmstenfalls mit Ausschluss sanktioniert, dann ist es auch kein Wunder, dass niemand sich mehr traut, Texte zu schreiben. Wenn jeder verbale „Fehler“ zum Ende von Freundschaft und Gefährt_innenschaft führen kann, entstehen sprachlose politische Strömungen. Es bleiben dann nur noch die wohlformulierten Texte der Akademiker_innen. Die reichen aber nicht. Und zudem glauben dann viele, sie könnten nicht gut genug schreiben. Bullshit. Kuhkacke.

Stop! Es gibt sie doch, die Auseinandersetzungen! Nämlich da wo tatsächlich politische Bewegung existiert: in der Klima- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Wir wissen, dass das Autonome Blättchen von zahlreichen Aktivist_innen gelesen wird (was wir selbst so machen, verschweigen wir lieber). Aber spiegeln sich die Streitereien über Radikalisierung, Strategien, Abgrenzungen oder Organisation textlich wieder? Wo tun sie das? Auf Telegram? (Pfui!)

Es gibt sie doch, die Antifa-Diskussionen über den Umgang mit Prepper-Nazis und AfD! Es gibt doch die Gespräche darüber, ob man besser das Exil vorbereiten sollte, oder den bewaffneten Kampf. Alles Privatsache? Es gibt so viele Kämpfe! Von denen spiegeln sich aber nur wenige im Blättchen wieder. Was die Schreiblust der Aktivist_innen aus den Bereichen Sabotage und Technologiekritik angeht, sieht es etwas besser aus.

Es kann natürlich sein, dass wenig geschrieben wird, weil wenig geschieht; weil es zu wenig politische Bewegung gibt, zu wenige revolutionäre Kämpfe, zu wenig Ringen um die richtigen Wege.

Es kann sein, dass die Defensive der autonomen/anarchistischen Kräfte zu Hilf- und Sprachlosigkeit führt.

Es kann aber auch durchaus sein, dass schon genug gesagt und geschrieben worden ist und es Zeit für revolutionäre Praxis ist. Dann allerdings sähe es darum schlecht bestellt aus. Denn so viel passiert ja gar nicht, im deutschsprachigen Raum. Vielleicht einfach schlechte Zeiten?

Aber Nein! Mal ganz ehrlich: Wenn man sich die Menschheitsgeschichte anguckt, waren immer schlechte Zeiten. Das lassen wir als Ausrede nicht gelten. Wir wissen, dass das Blättchen von vielen als wichtig für den militanten Diskurs erachtet wird. Das sehen wir an den vielen Spenden, die es ermöglichen, das Blättchen herzustellen, zu verschicken und umsonst auszulegen. Das sind immerhin zehn- bis zwölftausend Euro im Jahr, die wir brauchen - und die Leute auch sammeln und uns zukommen lassen (weiter so!). Allein, es fehlt anscheinend oft der Mut, die Muße oder die Fähigkeit, Gedanken und Diskussionen in Texte zu fassen. Das lässt sich ändern!

Wann hast du das letzte mal einen Text fürs Blättchen geschrieben oder zumindest darüber nachgedacht?

Wir wünschen uns eine größere Lust an offener und angstfreier Auseinandersetzung. Das Autonome Blättchen sollte Widersprüche ertragen können. Als Redaktion veröffentlichen wir ja auch Texte, deren Position wir zwar nicht teilen, die wir aber diskutierenswert finden. Jetzt werden vielleicht diejenigen schäumen, von denen wir mal einen Text abgelehnt haben. Das kommt vor. In der Regel passiert dies, wenn wir finden, dass



unsere inhaltliche Grundsätze verletzt werden. Oft sind es Texte von geltungssüchtigen Männern, in denen am Ende doch noch mal sexistisch ausgeteilt wird. Oder Texte, in denen viel verbalradikal auf den Putz gehauen wird, ohne das deutlich wird, worum es den Verfassern eigentlich geht. Oder wirre Texte. Also wirklich wirre Texte! Wir haben schon öfter geschrieben, dass wir uns unserer Verantwortung als Redaktion bewusst sind; unserer Macht, die darin besteht, Texte zu veröffentlichen oder abzulehnen. Aber niemand muss Sorge haben, dass wir einen Text nicht veröffentlichen, weil er nicht gut genug geschrieben ist. Und niemand sollte Angst haben, dass der eigene Text später von Anderen kritisiert wird. Das kann passieren, aber das ist unserer Meinung nach normal und richtig. Wir werden durch Auseinandersetzungen schlauer, nicht durch ständige Selbstvergewisserung. Man kann auch einen Text mit Freund_innen vor diskutieren, wenn man unsicher ist. Oder mal mit diesen darüber reden, ob man auf einen Text antworten sollte, dessen Inhalt man nicht richtig findet.

Mit dem Schreiben ist es wie mit vielen anderen Dingen: man kann es üben. Ja, das hört sich nach Schule an, schon klar. Aber wie findest du denn die Worte, die ausdrücken, was du denkst? Wie sortierst du deine Gedanken? Wie wird aus einer Idee ein Artikel, den man veröffentlicht haben möchte? Je öfter man das macht, desto leichter wird es. Und manchmal misslingt es - das kennen wir selber zu genüge.

Du denkst, deine Meinung ist nicht wichtig genug? Das ist Quatsch, solange du nicht nur wiederholst, was sowieso Alle sagen. Dabei interessieren uns natürlich besonders die Meinungen der Kämpfenden, nicht die der Klugscheißer.

Was nervt dich inhaltlich an den Diskussionen der Klimagerechtigkeitsbewegung? Welche Radikalisierungsprozesse wären deiner Ansicht nach nötig? Wieso entstehen wieder so viele kommunistische Gruppen, in denen sich sehr sportliche und altkluge Mittelstandsjünglinge gegenseitig auf die Schultern klopfen? Welche Kämpfe sind zu führen, welche Mittel angebracht? Es gibt so viele Fragen... und die Tat! Irgendwer schrieb einst: Wirklichkeit entsteht in der Tat. Das gilt nicht nur für Sabotage, Demo, Besetzung oder Agitation - das gilt auch fürs Schreiben. Die Wirklichkeit, die durch das Mitteilen der eigenen Gedanken entsteht, ist Teil politischer Praxis. Wenn dies nur im Kurztext-Format auf X, Y oder Z passiert, entsteht eine andere Wirklichkeit, als wenn du einen Text im Autonomen Blättchen veröffentlichst. Wir wünschen uns eine revolutionäre Wirklichkeit, die durch Praxen jeder Art, durch die Tat, entsteht. Auch durch's Schreiben

von Texten, die widerspiegeln, wie unsere diesbezüglichen Versuche aussehen.

Ähh, es kann passieren, dass nicht alle Texte ins Heft passen, die uns zugeschickt wurden (das kommt vor, ist aber selten). Das Risiko gibt es. Dann ist es natürlich schade um die Mühe, wenn es deinen trifft. Wir werden aber immer die Texte bevorzugen, die nicht schon woanders veröffentlicht worden sind.

In der letzten Ausgabe des Blättchens haben wir den Text „Lesehinweis“, eine kurze Rezension zum Buch „Konspirationistisches Manifest“, abgedruckt. In diesem Text verweisen die Autor*innen mit einem Zitat und einem Link auf Aya Velázquez. Nach dem Druck der Ausgabe haben wir ein wenig zu ihr recherchiert und finden einen Verweis auf diese Person und ihre Inhalte Scheiße.

Velázquez ist Redaktionsmitglied der Zeitung „Demokratischer Widerstand“, des wichtigsten Printmediums der als „Querdenken“ aufgetretenen Bewegung, hat bei dem Blog „Rubikon“, der demselben Spektrum zuzurechnen ist, veröffentlicht und scheint Mitglied der Partei „Die Basis“ zu sein. Weiterhin umgibt sie sich auch auf Youtube mit Personen, teils mit dem who-is-who, des Coronaleugner- und pro-Russlands-Spektrums.

Bei aller Kritik, die wir am ausufernden Benutzen der Begriffe „Schwurbler“ oder „Verschörungstheorie“ haben, ziehen wir eine klare Linie zu Menschen, die sich mit ihren veröffentlichten Inhalten mit rechten und antisemitischen Positionen gemein machen und die Nähe zu diesen Positionen suchen oder sie sogar selber vertreten.

Mit dem heutigen Wissen, in welchen Kreisen Velázquez sich inhaltlich, wie auch personell bewegt, hätten wir uns gegen ein Abdrucken dieses Textes entschieden. Sorry!

Und sonst so?

- Danke für die Spenden und das gute Feedback der letzten Monate!
- Alles weitere auf den nächsten Seiten!
- Wir sehen uns! Auf den Straßen, den Camps, den Partys, den Bäumen - bei Tag und bei Nacht.



Repressionsoperation gegen die anarchistische Zeitung **Bezmotivny**

Carrara, Italien - Heute, im Morgengrauen des 8. August, hat der Staat über die Staatsanwaltschaft von Genua (in Gestalt des Staatsanwalts Federico Manotti) und die DIGOS von La Spezia eine weitere repressive Operation gegen die anarchistische Bewegung durchgeführt. Ihr Ziel ist es, jeden revolutionären Wunsch und jedes Bestreben zum Schweigen zu bringen - wie es bereits vor über hundert Jahren mit den „antianarchistischen Gesetzen“ geschah.

Zehn Anarchist*innen wurden in dieser Untersuchung angeklagt, darunter fünf Gefährt*innen aus Carrara, für die der Staatsanwalt eine Haftstrafe beantragt hatte, die der Richter für Voruntersuchungen Riccardo Ghio in vier Hausarreste mit vollen Einschränkungen, gefolgt von fünf Zwangsaufenthalten mit Ausgangssperre, und bei einem Gefährten, ohne Einschränkungen umwandelte. Eine*r der vier unter Hausarrest stehenden Gefährt*innen musste ins Gefängnis gebracht werden, da er keine Aufenthaltbescheinigung vorweisen konnte: Luigi wurde in das Gefängnis von La Spezia überführt.

Neben den Hausdurchsuchungen wurde auch der historische anarchistische Ort in Carrara, der anarchistische Kulturkreis „Gogliardo Fiaschi“, durchsucht. Es wurden Zeitschriften, Bücher, Flugblätter, Plakate und digitales Material beschlagnahmt.

Die Gefährt*innen wurden wegen subversiver Vereinigung mit terroristischen Zielen (Art. 270 bis des Strafgesetzbuches) und Anstiftung zu kriminellen Handlungen (Art. 424 c.p.) in Verbindung mit terroristischen Zielen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der vierzehntägigen internationalistischen anarchistischen Zeitschrift „Bezmotivny“ ab 2020 angeklagt, sowie wegen Beleidigung der Ehre und des Ansehens des Präsidenten der Republik und illegalen Druckens.

Revolutionäre Solidarität mit den verhafteten Gefährt*innen und denjenigen, die restriktiven Maßnahmen unterworfen sind!

Keine Götter, kein Staat, keine Diener, keine Bosse!

Anarchistischer Kulturkreis „Gogliardo Fiaschi“

Carrara, 8. August 2023

Die Adresse für Briefe an Luigi:

Luigi Palli

Casa circondariale di La Spezia

Piazza G. Falcone e P. Borsellino n. 1

CAP 19125

La Spezia (SP)

Italien

Internationaler Aufruf zur Unterstützung der **Soulèvements de la Terre**

erschienen in lundimatin#389, am 27. Juni 2023

Wir erhalten und leiten diesen internationalen Aufruf zur Durchführung von Solidaritätsaktionen überall auf der Welt gegen die Kriminalisierung von „Soulèvements de la Terre“ weiter. Er wurde in sieben Sprachen übersetzt und bereits von Dutzenden von Kollektiven unterzeichnet und schlägt vor, ab dem 28. Juni die Aktionen zu vervielfachen.

Internationaler Aufruf zur Unterstützung der Soulèvements de la Terre/ Aufstände der Erde - Was überall nachwächst, kann nicht aufgelöst werden!

Gegen die Kriminalisierung der Aufstände der Erde in Frankreich Aufruf zu Solidaritätsaktionen überall in unseren Gebieten!

In Frankreich hat die Macron-Regierung gerade einen beispiellosen Schritt zur Unterdrückung der sozialen und ökologischen Bewegung unternommen. Am 21. Juni verfügte die Regierung die Auflösung der Bewegung „Soulèvements de la Terre“ (Aufstände der Erde), die mehr als 140.000 Unterstützer*innen und über 150 lokale Komitees für sich beansprucht.

Diese Auflösung wurde von zwei beispiellosen Verhaftungswellen begleitet, bei denen am 5. und 20. Juni mehrere Dutzend Umweltaktivist*innen in ganz Frankreich festgenommen wurden, insbesondere durch Polizist*innen der Anti-Terrorismus-Abteilung (SDAT), was bislang zu zwei Inhaftierungen und mehreren Dutzend Schwerverletzten durch die Polizei bei Demonstrationen in den letzten Monaten führte.

In den letzten zwei Jahren haben die „Soulèvements de la Terre“ (Aufstände der Erde) in Frankreich dem Umweltkampf eine neue Kraft verliehen, indem sie eine vielfältige Bewegung aus Bauerngewerkschaften, Umweltverbänden, Aktivistis und Einwohner*innen aller Altersgruppen und Schichten aufgebaut haben. Baustellenblockaden, Massendemonstrationen, Landbesetzungen, Rechtsmittel, Entwaffnung von kriminellen Industriellen wie dem multinationalen Konzern Lafarge... Die Teilnehmer*innen an den Erderhebungen verfolgen eine Vielzahl von Taktiken und handeln selbstständig von ihren Territorien aus, um dort bewohnbare Welten zu errichten und mit aller Kraft die Land- und Wasserraubzüge der

Agrarindustrie, die Betonierung der Böden, die ökozidalen Verheerungen der Chemieindustrie und die Zerstörung der Lebewesen zu stoppen.

Die französische Regierung, die mit Gewalt eine unsoziale Rentenreform durchgesetzt hat, behauptet nun, diese wachsende Bewegung aufzulösen, die bereits begonnen hat, Verbindungen in Europa und darüber hinaus zu knüpfen.

In Frankreich wie in Uganda, in Kolumbien wie in Chiapas, in Großbritannien wie in Brasilien, im Libanon wie in Indien oder Rojava und überall sonst ruft der Widerstand der ökologischen und sozialen Bewegungen und die Welten, die sie aufbauen, eine gewalttätige autoritäre Antwort hervor, die im Namen von Macht und Profit Leben zerstört. Diese autoritäre, patriarchale und neokoloniale Flucht nach vorn führt uns in eine tödliche Zukunft des Klimachaos, der Militarisierung, der Pandemien, der technologischen Kontrolle und der Massenvertreibungswellen.

Für die französische Regierung sollte diese Unterdrückung und Auflösung einen Stopp für das Erstarken einer logischen Revolte für die Wiederaneignung unseres Lebens, unseres Landes und der Commons bedeuten. Was wäre, wenn diese Auflösung gegen ihren Willen zu einem Aufruf zur Stärkung einer großen globalen Widerstandsbewegung würde? Ein Aufruf, unsere Solidarität über Grenzen hinweg erklingen zu lassen und den zahlreichen Aufständen auf der ganzen Welt Atem zu verleihen. Eine Einladung, neue internationalistische Bündnisse „von unten“ aufzubauen,

auf der Ebene unserer Körper und unserer Territorien, für die Verteidigung des Bodens und der Lebewesen gegen die kapitalistischen und imperialistischen Raubzüge der Nationalstaaten und multinationalen Konzerne.

Gemeinsam rufen wir dazu auf, in den kommenden Tagen und Wochen die Gesten der Solidarität zu vervielfachen, um zu zeigen, dass das, was überall nachwächst, nicht aufgelöst werden kann! Wir schlagen vor, die Landaufstände weiterhin im öffentlichen Raum innerhalb unserer Gebiete auf der ganzen Welt sichtbar zu machen: vor Sozialzentren, durch Beschriftung von Wänden, innerhalb unserer Kämpfe und Gebiete, durch Transparente und Feste, Versammlungen und direkte Aktionen und jede andere Aktion, die unseren Zusammenhängen angemessen ist.

Für intermondiale Landaufstände und in Solidarität mit all jenen auf der ganzen Welt, die mit Repression konfrontiert sind, rufen wir, Kampfkollektive und Organisationen aus verschiedenen Ländern, dazu auf, uns am Mittwoch, den 28. Juni (oder an den folgenden Tagen, je nach Kontext), auf vielfältige Weise unsere Solidarität zu zeigen. Dutzende von Kundgebungen gegen die Kriminalisierung werden in ganz Frankreich, Österreich, Belgien, Deutschland, Katalonien... stattfinden, und andere Gebiete werden folgen!

Ein Aufstand wird nicht aufgelöst!

Antiautoritäre Aktionswoche gegen jeden Krieg

17.-25. November 2023

In St. Imier gab es Zusammenkünfte von Gefährt*innen die sich mit der Notwendigkeit von Antimilitarismus als ein Kernprinzip des Anarchismus auseinandergesetzt haben.

Zu diesem Kreis zählte auch die Delegation der FAI die dort einen ausformulierten Vorschlag für ein antimilitaristisches Manifest einbrachte und drei Veranstaltungen organisierte, um dieses zu diskutieren. Im folgenden dokumentiert Ein großer Diskussionspunkt in den verschiedenen antimilitaristischen Plena war die Positionierung einzelner, teilweise etablierter Strukturen innerhalb der anarchistischen Bewegung im Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Die Positionen zum Umgang mit diesen Zusammenhängen reichten von inhaltlicher Konfrontation, über den Ausschluß und die Verweigerung der Nutzung von Strukturen und Ressourcen, bis hin zum Bruch mit ihnen.

Die Unvereinbarkeit von Militär und Krieg mit anarchistischen Prinzipien wurde herausgestellt und von staatlichen Strukturen unabhängige

antinationale Selbstverteidigung und die soziale Revolution als Antwort formuliert. Dabei ging es kaum um die grundsätzliche Frage der Gewalt, sondern vielmehr um Fragen der Glaubwürdigkeit unserer Bewegung und sich wiederholende historische Fehler. Es ging darum einen Standpunkt außerhalb des Narrativs der Herrschenden zu bekräftigen, sich nicht auf die Seite einer der kriegführenden Parteien zu schlagen, sondern einen antinationalen antiautoritären Standpunkt von unten ein zu nehmen, der sich gegen jeden Krieg und jede Herrschaft richtet.

Um diesen Standpunkt sichtbarer zu machen wurde sich auf eine gemeinsame Aktionswoche vom 17.-25. November 2023 verständigt. Ob plakatieren, Veranstaltung oder Kundgebung organisieren, mit der Kleingruppe zum malen losziehen oder etwas ganz anderes machen, eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. War start's here, let's stop it here! Organisiert euch & werdet aktiv!



Stronger Together Kongress

Leipzig, 28.9.-1.10. 2023

Wir laden euch *vom 28. September bis 01. Oktober 2023* zum Stronger-Together-Kongress nach Leipzig ein!

FLINTA*¹ und Queers führten und führen weltweit Kämpfe und Auseinandersetzungen für mehr Sichtbarkeit, für ein selbstbestimmtes Leben und die Befreiung von Patriarchat, Kapitalismus und (post-)kolonialen Machtverhältnissen — mit Erfolgen, aber auch an Rückschlägen und Widersprüchen scheiternd.

Auf dem Kongress wollen wir uns begegnen, neue Perspektiven und Erfahrungen kennenlernen und uns austauschen. Durch die Vernetzung und Auseinandersetzung mit unseren Theorien und Praxen wollen wir uns ermutigen — um gemeinsam gefährlich zu werden!

Wir wollen uns verschiedenen feministischen, queeren und widerständigen Kämpfen und Themen widmen, ihre Schnittstellen mit anderen autonomen, anarchistischen und antirassistischen Auseinandersetzungen suchen und ihre Unterschiede und Widersprüche betrachten.

Unser Leben im Kapitalismus und Patriarchat ist stark durch Individualität, Vereinzelung und Leistungszwang geprägt. Wir alle haben Unterdrückungsmechanismen internalisiert. Sich auf einander zu beziehen, miteinander auszuhandeln, wie wir unsere Räume und Kämpfe gestalten, Kritik zu formulieren und uns dieser zu stellen, ist dadurch immer ein

Lernprozess. Mit dem Kongress versuchen wir, Momente der Kollektivität zu schaffen und diese gemeinsam zu gestalten, um uns individuell und in unseren Bezügen zu stärken — denn wir können die Scheiße nicht alleine abschaffen.

Auf dem Kongress wird es Workshops, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Gelegenheiten für Vernetzung und Austausch geben. Wir laden All-Gender ein. Bei Bedarf wird es Rückzugsräume geben. Wir freuen uns auch auf gemütliche und gesellige Abende.

Außerdem soll es auch Raum geben, der von allen Teilnehmenden frei gestaltet werden kann. Bringt Themen mit, mit denen wir uns gemeinsam auseinandersetzen können, in Kleingruppen oder auch in größeren Runden.

Infos zur Einladungspolitik, zum Programm und zu Organisatorischem findet ihr auf unserem Blog:

<https://femkongress23.noblogs.org>

¹FLINTA* ist ein deutsches Akronym und steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen. Das nachfolgende Sternchen soll außerdem alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten einbeziehen.

Nach sexualisierter Gewalt:

Umgang eines Umfeldes und kollektiver Verantwortungsübernahme-Prozess

Inhaltshinweis: Im vorliegenden Text wird der Umgang eines Umfeldes nach einem Outcall über sexualisierte und psychische Gewalt thematisiert. Der Aufarbeitungsprozess von der gewalterfahrenen Person sowie des Umfeldes stehen im Vordergrund, nicht die erlebte Gewalt. Im Schlussteil wird Bezug auf Johannes Domhöver genommen.

ligen, kritische Diskussionen weiterzuführen und die praktische Arbeit mit "Transformative Justice"-Konzepten vorzustellen.

Was Transformative Arbeit ist kann u.a. hier nachgelesen werden:

<https://www.transformativejustice.eu/de/ressourcensammlung/>

Einleitende Worte: Das Kollektiv rückt in den Vordergrund

Dieser Text ist keine Handlungsanweisung, wie Aufarbeitungs- oder kollektive Verantwortungsübernahme-Prozesse generell laufen müssen oder sollen, sondern ein Bericht aus der Praxis der gewalterfahrenen Person (Anne) und ihrer Unterstützungsgruppe. Die hier vorgestellte Praxis ist nicht allgemeingültig anwendbar. Der Text richtet sich an Umfeldler von gewalterfahrenen Personen.

Mit diesem Text wollen wir transparent machen, was wir bislang nicht öffentlich ausgehandelt haben, um uns an geführten Diskursen zu betei-



Nachdem 2021 ein Outcall einer gewalterfahrenen Person, wir nennen sie an dieser Stelle Anne (Frau*, weiß, Lower Class Background), über sexualisierte, manipulative und psychische Gewalt seitens Alexander (auch dieser Name wurde geändert; Cis-Mann, weiß, Lower Class Background) intern in linksradikalen Strukturen in Berlin verbreitet wurde, gab es im Zuge dessen teils miserable Reaktionen des Umfeldes. Trotz dessen gab es aber auch einen erfolgreichen (!) kollektiven Verantwortungsübernahme-Prozess und vor allem einen guten Abschluss für Anne mit der erlebten Gewalt.

Dieser Text wurde von Anne und ihrer Unterstützungsgruppe verfasst. Wir schreiben aus unserer Perspektive. Wir werden zunächst darauf eingehen, 1. weshalb es überhaupt zu einem internen Outcall kommen musste, 2. die Entscheidung zwischen öffentlichen und internen Outcall vorstellen, um 3. auf den Prozess der kollektiven Verantwortungsübernahme, u.a. bekannt als Transformative Justice-Arbeit (folglich TJ), einzugehen. Die TJ-Arbeit fand in einem organisierten Rahmen statt, dennoch gab es auch immer wieder Einflüsse des nicht aktiv daran teilhabenden Umfeldes. Diese werden wir innerhalb des dritten Punktes vorstellen, weil sie für den gesamten Prozess der Aufarbeitung sexualisierter/patriarchaler Gewalteine wesentliche Rolle spielten. Im 4. Punkt werden wir Machtverhältnisse innerhalb von Strukturen zwischen Cis-Männern und FLINTA* und unterschiedliche Machtpositionen von gewalterfahrenen Personen thematisieren. Zum Ende stellen wir den Abschluss eines Prozesses für Anne sowie unser Fazit daraus vor.

Um nachfolgende Schilderungen einordnen zu können, ist es wichtig anzumerken, dass Anne und Alexander eine jahrelange Freundschaft verband und ihr Umfeld sich teilweise überschneidet. Das Umfeld ist größtenteils weiß und cis-heteronormativ. Alexander hatte bis zum Outcall bei vielen Personen einen höheren Status als Anne.

Ihr gemeinsames Umfeld überschneidet sich auch mit dem im Oktober 2021 öffentlich geoutcallten Vergewaltiger Johannes Domhöver (vgl. <https://de.indymedia.org/node/156448>, im Folgenden JD). Wir haben uns sehr bewusst dazu entschlossen, diese Information nicht nur an dieser Stelle transparent zu machen, sondern auch am Ende dieses Textes noch einmal ausführlicher auf die Überschneidung einzugehen. Der Hauptgrund dafür ist, dass u.a. dieses Umfeld in diesem Prozess teilweise gänzlich gleiche, teilweise aber auch andere Verhaltensweisen im Zuge der Thematisierung von sexualisierter Gewalt zeigte. Wir werden u.a. sexistische Dynamiken und Verhaltensweisen, die sich in beiden Prozessen ähneln offenlegen, um den Mythos des Einzelfalls zu entlarven und um an bestehenden Diskursen darüber anzudocken. Ebenso werden wir auf Dynamiken und diverse Verhaltensweisen des Umfeldes eingehen, um zu zeigen, dass auch innerhalb eines sozialen Kontextes stark unterschiedliche Reaktionen und Positionen existieren können.

Für eine zukünftige feministische Praxis erhoffen wir uns an positiven Veränderungen festhalten und an ihnen weiterarbeiten zu können.

1. Hintergrund: Was kurz vor dem Outcall 2021 geschah – Konfrontation der gewaltausübenden Person

Kurz bevor Anne den Outcall intern streute, traf sie Alexander und konfrontierte ihn mit seinem Verhalten. Sie erklärte ihm, was daran übergriffig war. Dass sie Alexander damit konfrontierte und der Gewalt, die ausgeübt wurde, einen Namen gab (sexualisierte, verbunden mit psychischer, manipulativer Gewalt) empfand sie als empowernd. Weil Alexander ihr bei dem Treffen aber durch verschiedene Reaktionen suggerierte, entweder das Gesagte nicht zu verstehen oder die Gewalt sogar zu verleugnen, erklärte sie ihm in Folge dessen im Detail, welches Verhalten zu welchem Zeitpunkt übergriffig war. Im Nachhinein betrachtet war dies das Gegenteil von Empowerment. Sie kam in eine Rechtfertigungsposition, in der sie das Gefühl vermittelt bekam, dass ihr keine Gewalt angetan worden ist.

Wir erwähnen das, weil es immer wieder die Debatte gibt, ob gewaltausübende Personen mit dem konkreten Übergriff konfrontiert werden müssen. Unserer Erfahrung nach wird von gewaltausübenden Personen leider häufig nicht verstanden, was an ihren konkreten Handlungen gewalttätig war. Dementsprechend scheint es oft aussichtslos, ihnen ihr Verhalten aufzuzeigen, wenn diese Konfrontation nicht in einem gesamten Prozess der Aufarbeitung (in diesem Fall) patriarchaler/sexualisierter Gewalt eingebettet ist.

Dem gegenüber übernehmen FLINTA* oft Bildungsarbeit, heißt sie erklären Cis-Männern überdurchschnittlich oft, was an ihrem Verhalten gewalttätig ist. Dieses „sich ständig wiederholen müssen“, weil das Gegenüber es nicht versteht, kann ein Ohnmachtsgefühl auslösen, wie es bei Anne passiert ist. Aus diesem Gefühl heraus kam sie in Erklärungs- also Rechtfertigungsnot, was die Ohnmacht nochmals verstärkte.

Es hätte nicht dazu kommen müssen – das Schweigen von Gewalterfahrenen hören

Exkurs: Dass es überhaupt zu einem Outcall kommen musste zeigt auf, dass der Umgang mit sexualisierter und psychischer Gewalt in Annes Umfeld kein emanzipatorischer war. Anne hätte von einem Outcall absehen können, wenn sich ihr Umfeld solidarisch gezeigt hätte, wenn sie gehört worden wäre. Oft verlangen wir von gewalterfahrenen Personen, dass sie sprechen (zur problematischen Normierung des „Brechens des Schweigens“ siehe Punkt 3.2), haben aber eigentlich nie richtig zugehört. Wie oft haben wir schon gehört dass „der Sex schlecht war“, dass „man mit einer Person körperlich wurde, es aber nicht nochmal machen würde“? Dass „dieser Typ gar nicht geht, man sollte sich lieber von ihm fernhalten“? Dass eine Person X mit Person Y auf keinen Fall auf einem Plenum sitzen möchte?

Gewalterfahrene Personen sprechen eigentlich viel öfter über ihre Gewalterfahrungen, als wir es hören wollen. Hört deswegen richtig zu! Ein Outcall ist auch immer die Folge eines Umfeldes, in dem das Sprechen über sexualisierte Gewalt zuvor auf taube Ohren gestoßen ist. Gewalterfahrene Personen werden somit gezwungen, laut zu werden. Logischerweise sind sie auch darauf angewiesen, überhaupt laut sein zu können.

2. Outcall 2021

2021 streute Anne einen internen Outcall über Alexander. Alle, die Alexander kannten, sollten den Outcall lesen. U.a. hieß es darin, dass er sich eine Aufarbeitungsgruppe suchen solle. In dem Zuge wurden auch die Machtpositionen von vielen Cis-Männern bzw. generell Machtverhältnisse innerhalb linksradikaler Strukturen problematisiert und vom Umfeld eingefordert, sich damit kritisch auseinanderzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Explizit wurde kein Ausschluss aus der Szene gefordert, dafür aber: „Ich fordere auch, dass du deine Machtposition innerhalb der Strukturen aufgibst: gehe nicht mehr als Delegierter zu Treffen, halte keine Vorträge, Veranstaltungen usw. Alles, womit du weiter Macht, Einfluss und Ansehen generieren kannst, gibst du ab.“

Alexander sollte außerdem über die sexualisierte Gewalt, die konkret stattgefunden hat, nicht sprechen. Ebenso sollte er sich von Anne fernhalten und keine Orte aufsuchen, an denen sie sein könnte.

Für Anne gab es zwei wesentliche Gründe, weshalb der Outcall nicht öffentlich gemacht werden sollte.

1. Primärer Grund war das Zugeständnis, dass Veränderungen bei ihm und seinem Umfeld möglich sind, ohne dass die Öffentlichkeit mit hinzugezogen werden muss.

2. Dabei spielte auch die Sorge eine Rolle, dass Bullen bzw. Behörden einen öffentlichen Outcall für ihre Arbeit und eventuelle Strafverfolgung nutzen könnten.

Sinn und Zweck von internen/öffentlichen Outcalls:

*Exkurs: Outcalls verfolgen das Ziel, zukünftige Übergriffe auf die sprechende gewalterfahrene Person selbst oder andere Menschen zu verhindern. Ein Outcall soll also die Wirkung entfalten, weitere Gewalt präventiv zu verhindern. Das gilt aber nur dann, wenn das Sprechen insofern gelingt, als das es gehört und anerkannt wird und daraus echte praktische Konsequenzen gezogen werden. Das hängt wiederum wesentlich von den Zuhörer*innen und deren Reaktionen ab. Umfassende Veränderungen zu bewirken liegt nicht in der Hand der gewalterfahrenen Personen. Ein Outcall kann dafür lediglich ein Anstoß sein.*

*Wir denken es ist unabdingbar gut überlegt abzuwägen, ob eine Person öffentlich oder intern geoutcalled wird. Öffentliche Outcalls beinhalten immer das Risiko, dass unsere Feind*innen die darin enthaltenen Informationen für ihre Zwecke nutzen. Umso größer die Debatte wird, umso mehr Menschen „mitdiskutieren“, desto mehr negative Konsequenzen für die gewalterfahrenen Personen (siehe ab Punkt 3) sind außerdem möglich.*

Es gibt allerdings Situationen, in denen ein öffentlicher Outcall unabdingbar wird. Wenn beispielsweise das interne Sprechen über sexualisierte Gewalt bei der gewaltausübenden Person und dem Umfeld kein Gehör findet, dementsprechend Gewalt weiter ausgeübt werden kann, ohne dass Konsequenzen folgen. So werden gewalterfahrene Personen oft zu einem öffentlichen Outcall gezwungen.

*Das öffentliche, politische Sprechen über sexualisierte Gewalt kann dazu führen, dass sich gewaltausübende Personen nicht mehr „geschützt“ wüssten, wenn sie eine Offenlegung ihrer Tat befürchten müssen. Durch diesen Druck kann ein Rückzug folgen. Ein Outcall kann dementsprechend Schutz für die gewalterfahrene Person selbst und weitere bieten. Zudem kann sie Veränderungen bei der angeprangerten Person, im Umfeld sowie auch tatsächlich gesamtgesellschaftliche Veränderungen bewirken - immer nur, insofern die Zuhörer*innen den gewalterfahrenen Personen glauben und für Veränderungen bereit sind.*

Alleinige Verantwortung für den Outcall und Konsequenzen

Als Anne den internen Outcall streute, hatte sie noch keine Struktur um sich herum und schrieb deswegen auch, dass Personen sich bei Nachfragen bei ihr melden können. Einige wenige positive Rückmeldungen gab es. Beispielsweise schrieben sie FLINTA* aus Alexanders Umfeld an und versicherten ihr, sich spätestens ab jetzt sehr kritisch mit ihm und ihrem eigenen Verhalten auseinanderzusetzen, weil sie sich durch jahrelange Freundschaft zu ihm auch verantwortlich sehen würden. Ein Anwalt, der in der Vergangenheit Anne und Alexander vertrat schrieb Anne, dass Alexander jetzt nicht mehr ohne Termin in seine Kanzlei könne und Anne über die Termine in Kenntnis gesetzt werde.

Im Nachhinein würde sie trotz dessen solch einen Outcall nicht nochmal alleine verfassen bzw. alleine danach als Kontaktperson zur Verfügung stehen. Dadurch hatte sie nun auch alleine die Verantwortung. Die Gewalterfahrung wurde somit von einem großen Teil des Umfeldes individualisiert, der Mythos des „Einzelfalls“ reproduziert. Sie wurde jetzt als DIE Betroffene angesehen, Alexander als DER Täter. Der Fokus lag auf „den beiden“ als Beispiel für sexualisierte Gewalt, das strukturelle Problem und die Begebenheiten, die sexualisierte Gewalt überhaupt erst ermöglichen in den eigenen Zusammenhängen wurde seitens des Umfeldes nicht erkannt oder problematisiert.

Das zeigte sich beispielsweise daran, dass Anne am Anfang unzählige Text-Nachrichten bekam, teils mit Nachfragen zu Alexander, teils mit Nachfragen zum Umgang mit ihm, teils mit Nachfragen zu ihr. So wurde sie zum Beispiel oft gefragt, wie man sich ihm gegenüber jetzt verhalten sollte. Diese Nachfrage stieß auf sehr viel Wut ihrerseits, weil sie in dem verfassten Outcall explizit betonte, dass das Umfeld Verantwortung übernehmen solle. Durch die stattfindende Individualisierung fokussierten Teile des Umfeldes allerdings Anne und Alexander, dementsprechend sollte in einem vermeintlich emanzipatorischen Kontext Anne nun alle Entscheidungen treffen. Einige machten sich offensichtlich wenig bis keine Gedanken darüber, wie sie jetzt mit der Situation umgehen könnten. Das Umfeld entlarvte sich als nicht fähig, sexualisierte Gewalt als strukturelles Problem anstatt als individuelles zu begreifen (siehe auch Punkt 3.2).

Es gab auch Cis-Frauen, die Anne für ihren „Alleingang“ kritisierten, ohne ihr Unterstützung anzubieten oder den Moment der Individualisierung durch Kollektivität aufzubrechen. Diese „Kritik“ traf Anne besonders hart, Gefühle der Schuld und „einen Fehler gemacht zu haben“ kamen auf. Nicht mehr Alexander war nun der, dessen Verhalten kritisiert und verantwortlich gemacht wurde, sondern Anne.

Um die Individualisierung aufzubrechen und die Verantwortung abzugeben suchte sich Anne eine Unterstützungsstruktur.

3. Von Individualisierung zu kollektiver Verantwortungsübernahme – aber nicht überall

3.1 Organisierung der Unterstützungsgruppe

Die Organisierung der Unterstützungsgruppen-Struktur folgte leider zunächst ebenfalls dem Prinzip der Individualisierung. Diese kann als zweite erlebte Gewaltform betrachtet werden, auf die wir später noch eingehen.

Die meisten Teile des Umfeldes sahen nicht, dass Anne alleine gelassen wurde, dementsprechend musste sie sich weitgehend selbst eine Unterstützungsgruppe (folglich U-Gruppe) suchen. Sie sprach einige FLINTA* im Umfeld an, offensichtlich verbreitete sich ihre Anfrage und auch Menschen außerhalb des Umfeldes traten auf Anne zu.

Die ersten 1-2 Monate nach dem Outcall waren von Gruppengründungsprozessen geprägt, die Zusammensetzung änderte sich öfter. Nicht zu allen FLINTA*, die zu dem Zeitpunkt ihre Unterstützung anboten, hatte Anne zuvor schon ein emotionales Verhältnis. Es dauerte eine Weile, bis sich eine Konstellation fand, die sich gegenseitig vertraute und emotional zueinander passte.

Die Gruppe setzte sich schlussendlich aus Freund*innen, Bekannten und auch aus FLINTA*, die Anne und ihr Umfeld noch gar nicht kannten zusammen. Alle einte allerdings, dass sie ein gutes Gefühl zueinander hatten, sich emotional austauschen und verstehen konnten.

Im Nachhinein fand es Anne sehr wohltuend, dass sich die Gruppe aus Menschen mit unterschiedlichen bis gar keinen vorherigen Bezügen zu ihr zusammensetzte, weil dadurch unterschiedlichste Perspektiven in die Unterstützungsarbeit einfließen konnten. Gleichzeitig war es für Anne zu dem Zeitpunkt sehr wichtig, dass die Gruppe aus Menschen besteht, die ähnlich gemachte Erfahrungen teilen konnte. Dass sich die Gruppe ausschließlich aus FLINTA* zusammensetzte, war deswegen kein Zufall, wenn auch nicht explizit geplant.

Als die Zusammensetzung der U-Gruppe feststand, wurde an der Art und Weise der Arbeit gefeilt. Zunächst wurde Anne bei jedem Treffen gefragt, was sie brauchte. Weil diese Frage aber nicht immer leicht zu beantworten war, steckten sie manchmal fest. Anne empfand es außerdem als etwas befremdlich, stetig in eine Gruppe zu kommen, in der immer alle Augen auf sie gerichtet waren. Die Individualisierung wurde somit vorangetrieben durch den Charakter einer Therapie – nur mit dem Unterschied, dass Anne nicht eine Therapeut*in, sondern gleich mehrere hatte. Deswegen transformierte sich die Gruppe recht zügig und aus einer U-Gruppe wurde eine Art Selbsthilfe- bzw. Austauschgruppe.

Nach einem anfänglichen Kennenlernen war klar, dass alle FLINTA* in der Gruppe durch das Patriarchat und Sexismus ähnliche Erfahrungen in und außerhalb des Umfeldes von Anne machen mussten. Sich darüber auszutauschen, setzte der Individualisierung etwas entgegen. Jetzt war nicht

mehr Anne diejenige, die mehrere Therapeut*innen brauchte weil sie so gebrochen war, sondern es war ein ganzes Kollektiv, das sich über die Auswirkungen von Patriarchat und Sexismus austauschte und damit sexualisierte und psychische Gewalt strukturell betrachtete. Der inhaltliche Fokus lag nicht auf Anne und wie sehr der Übergriff sie doch geschädigt hätte, sondern auf dem Effekt des Outcalls und den Umgang des Umfeldes damit. Ebenso thematisierten sie häufiger die Konsequenzen sexualisierter und patriarchaler Gewalt für FLINTA*, tauschten sich über Emotionen aus und bestärkten sich gegenseitig.

Das Umfeld nahm in diesem Prozess sehr viel Raum innerhalb ihrer Treffen ein, daher gehen wir nun folglich darauf ein. Die Analysen, die wir hier darstellen sind Ergebnisse unserer Treffen.

3.2 Reaktionen des Umfeldes aus Sicht der U-Gruppe

Die Reaktionen eines großen Teiles des Umfeldes veränderten sich mit der Zeit. Wir werden chronologisch auf die Verhaltensweisen eingehen, die wir beobachten konnten. Natürlich haben nicht alle exakt so reagiert, wie wir es hier ausführen, allerdings ein sehr großer Teil des Umfeldes von Anne und Alexander.

Zuerst war da Mitleid: „die arme Betroffene, die kann sicherlich nie wieder richtig leben“

Zunächst konnte vor allem bei vielen Cis-Männern beobachtet werden, wie entweder vor Anne zurückgeschreckt wurde, indem sich z.B. manche gar nicht mehr trauten, mit ihr zu reden oder sie gar anzusehen. Wenn sie den Raum betrat, schauten viele verlegen weg. Wenn sie Blicke empfangen konnte, waren es meistens Bemitleidende.

Beide Reaktionen reihen sich in eine Opfer-Kultur ein, die gewalterfahrene Menschen als gebrochen, kaputt und nie wieder lebensfähig stigmatisiert. So empfand auch Anne das suggerierte Mitleid als extrem demütigend. Für viele war sie nun offensichtlich ein Leben lang gekennzeichnet. Bei Anne führte das dazu, dass sie in Räumen oft eine sehr starke Fassade aufsetzen musste, um nicht als gekennzeichnetes Opfer wahrgenommen zu werden. Sie spielte die starke Frau*, die das alles schon durchstehen konnte. Anne hatte in der Zeit alle möglichen Emotionen durchlebt, sie hat auch geweint. Das bedeutet aber nicht, dass sie ein Leben lang gekennzeichnet oder ein Opfer wäre.

Weil das Aufsetzen der Fassade Anne zusätzlich sehr viel Kraft und Energie kostete, die sie eigentlich in andere Prozesse stecken wollte, zog sie sich für eine gewisse Zeit aus bestimmten Räumen zurück.

Cis-Frauen aus ihrem Umfeld reagierten auch nicht immer so, wie es sich Anne gewünscht hätte. Viele, mit denen sie jahrelang Konflikte hatte, waren auf einmal besonders freundlich zu ihr. Sie waren sehr gewillt, mit ihr in Kontakt zu treten, obwohl eigentlich klar war, dass sie sich nicht leiden konnten. Dieses veränderte Verhalten zu Anne unterscheidet sich zwar von dem der Cis-Männer, folgt aber derselben Logik: Anne ist jetzt nicht mehr die Anne, die sie vor der sexualisierten Gewalt war, deswegen muss jetzt anders auf sie zugegangen werden. Anne hätte es besser gefunden,

wenn sich das Verhalten zu ihr nicht geändert hätte und sie nicht zum Sonderfall mutiert wäre, den es anders zu behandeln gilt. Sie hätte sich gewünscht, dass Verunsicherung offen und ehrlich kommuniziert wird, anstatt betroffen auf den Boden zu starren oder übertrieben freundlich auf sie zugehtreten wird. Opferdiskurse wurden damit reproduziert.

Verleugnung der Gewalt und problematische Normierung des „Brechens des Schweigens“ von vermeintlich solidarischen Menschen

Tatsächlich gab es nur eine Person, die Anne kontaktierte und Details über die sexualisierte Gewalt wissen wollte. Natürlich ist auch eine Person schon eine zu viel, allerdings sind wir rückblickend erstaunt darüber, dass es nicht mehr waren. In vielen anderen Prozessen haben wir von deutlich mehr Menschen gehört, die an Details der Gewalt interessiert waren.

Die Frage nach „mehr oder genaueren Informationen“ ist extrem demütigend. Zum einen wird von gewalterfahrenen Personen damit gefordert, sich an die Gewalt bitte auch noch einmal explizit zu erinnern und sie im Detail wiederzugeben. Zum anderen steckt in der Frage eine Wertung. Nachdem die Antwort gegeben wird, wird meist eingeordnet, „wie schlimm“ es jetzt gewesen sei. Diese Einordnung wird aber nicht von der gewalterfahrenen Person getroffen, sondern von denen, die die Frage stellen. Sie spielen nun Richter*innen und entscheiden darüber, wie viel die gewalterfahrene Person nun wegen des Erlebten leiden darf. Aus der Forderung nach Details ergeben sich somit mehrere Problematiken: Wieder wird Gewalt individualisiert und nicht als strukturelles Problem betrachtet. Es wird nach konkreten Handlungen zwischen (meist zwei) Personen gefragt, was die strukturelle Ebene absolut unsichtbar macht. Dabei schwingt ein gewisser „Sensationalismus“ mit. Es wird eine „sensationelle“ Erzählung erwartet, die skandalisiert werden kann, was die alltägliche sexualisierte Gewalt nicht nur verschleiert. In Folge dessen wird durch die offenkundige Einteilung in „nicht so schlimme“ und „wirklich sehr schlimme“ Gewalt, diese Gewalt dadurch auch verharmlost bzw. infrage gestellt.

Kurzer Exkurs zum Thema Vergewaltigungsmythen und Vergewaltigungsskript:

Vergewaltigungsmythen meinen Vorstellungen von sexualisierter Gewalt, die nicht der Realität entsprechen. Beispielsweise wird FLINTA immer wieder die Geschichte erzählt, dass es gefährlich sei, alleine nachts durch den Park zu laufen, wegen der Gefahr sexualisierter Gewalt. Diese passiert aber in den aller meisten Fällen im familiären/freundschaftlichen/eng vertrauten Umfeld und hinter verschlossenen Türen. Der dunkle Park ist dazu im Vergleich einer der seltensten Orte von sexualisierter Gewalt.*

Vergewaltigungsskript meint eine Art Leitfaden, wie die Gesellschaft denkt, dass sexualisierte Gewalt abläuft. Unsere Vorstellungen sind dabei extrem von Medien geprägt. Wenn wir „Vergewaltigung“ sagen, laufen in unseren Köpfen sehr klare Bilder darüber ab, was passiert sein muss. Diese Bilder produzieren auch automatisch ein Opfer – weswegen der Begriff leider Stigmatisierungen reproduziert. Wenn Übergriffe diesen Bildern nicht entsprechen, werden sie oft nicht ernst genommen, denn das Opfer fehlt. Deswegen kann der Begriff der Vergewaltigung schon problematisch sein, weil er eine sehr konkrete stereotype, von Medien geprägte Vorstellung beinhaltet, was passiert sein muss und so den Opferdiskurs vorantreibt. Viele Realitäten von

sexualisierter Gewalt entsprechen nicht diesem Skript. Wir wollen keiner gewalterfahrenen Person absprechen, dass das was sie erlebt hat, eine Vergewaltigung war und es deswegen auch so zu benennen. Wir plädieren aber für einen insgesamt sensibleren Umgang mit sexualisierter Gewalt, weswegen wir in unserem Bericht den Begriff „Vergewaltigung“ nur im Kontext der Mythen und Skripte nutzen, weil es hier um die eben genannten Stereotype geht. Ansonsten sprechen wir von sexualisierter Gewalt.

Wenn nach Details sexualisierter Gewalt gefragt wird, werden auch konkrete Bilder eingefordert. Diese Bilder werden dann, ob wir wollen oder nicht, in Vergewaltigungsmythen und Vergewaltigungsskripte eingeordnet. Die Einordnung nehmen wir alle vor, weil weder die Mythen noch die Skripte darüber aufgelöst und aus unseren Köpfen verbannt worden sind. Durch jahrelange patriarchale Sozialisation haben wir alle diese Mythen und Skripte verinnerlicht. Wenn wir ehrlich zu uns selbst sind, ordnen wir Gewalt in eine Art Stufensystem ein. An der Spitze steht die schlimmste aller Gewaltformen, ganz unten ist die „alltägliche“ an die wir uns schon fast gewöhnt haben und daher auch weniger problematisieren. Allerdings bedingen sich die unterschiedlichen Formen sexualisierter Gewalt, das Eine passiert nicht ohne das Andere und Leid ist auch nicht messbar.

Deswegen, und weil weder diese Skripte noch Mythen abgeschafft werden können, weil sie zu sehr verinnerlicht worden sind, ist u.a. die Frage nach Details extrem übergriffig. Menschen, die sich für Details interessieren, sollten also ihre Motivation hinterfragen. Die Erzählung der Details wird auf jeden Fall nicht die Antwort auf die Probleme innerhalb von Strukturen liefern.

Als Anne nach Details gefragt worden ist, setzte sie in dem Moment eine deutliche Grenze. Der Moment des Nein-Sagens hatte etwas empowerndes, sie wurde durch die Frage aber auch verunsichert. Die Verunsicherung ist ein Resultat der in der Frage implizierten, wenn auch nicht gewollten, Verleugnung/Bewertung der Gewalt. Durch die Frage besteht nun aufgrund verinnerlichter Skripte und Mythen die Möglichkeit, dass die erlebte Gewalt abgesprochen wird und damit gewalterfahrenen Personen nicht geglaubt wird. Eine zweite erlebte Gewalt, die an die erste Erfahrung der sexualisierten nicht nur anschließt, sondern eine direkte Konsequenz bzw. Teil von sexualisierter und patriarchaler Gewalt ist, denn gewalterfahrenen Personen und vor allem FLINTA* wird Erlebtes aufgrund von Mythen, Skripten und patriarchalen Logiken wie z.B. der „Frau* als Lügnerin“ viel zu oft abgesprochen. Sexualisierte und (in diesem Fall) sprachliche als zweite erlebte Gewalt bedingen sich dementsprechend, um sexistische, übergriffige und patriarchale Strukturen aufrechtzuerhalten.

Lasst gewalterfahrene Personen selbst entscheiden, wie sie die Gewalt bewerten und empfinden. Das ist nicht eure Aufgabe! Lasst sie deswegen auch selbst entscheiden, wie viel und was sie von der erlebten Gewalt erzählen können und wollen.

In dem Zusammenhang wollen wir auch anmerken, dass die Nachfrage nach Details von einer Person gestellt worden ist, die sich eigentlich solidarisch mit Anne zeigen wollte. Wir sprechen an dieser Stelle von der „problematischen Normierung des Brechens des Schweigens“, weil wir in verschiedensten vermeintlich solidarischen feministischen Strukturen beobachten konnten, wie von gewalterfahrenen Personen gefordert wird, zu sprechen.

In einer Gesellschaft, die einen miserablen Umgang mit sexualisierter Gewalt hat, u.a. aber nicht nur wegen der Mythen und Skripte die vorherrschen, kann es sehr gute Gründe geben, nicht zu sprechen. Um Retraumatisierungen zu verhindern, um nicht zum Opfer erklärt zu werden, um nicht Gefahr zu laufen, die Gewalt würde nicht anerkannt werden usw.. Die Forderung, trotz der Verhältnisse aber doch sprechen zu müssen läuft einem selbstbestimmten Sprechen zuwider. Durch den Zwang, der bei der Forderung ausgeübt wird, kann das Sprechen über sexualisierte Gewalt nicht als empowernd oder emanzipatorisch begriffen werden, was bei vielen dazu führt, nach einem erzwungenen Sprechen wieder zu verstummen.

Wir haben diese Forderung aber leider oft in vermeintlich emanzipatorischen Strukturen gehört, die sich angeblich mit gewalterfahrenen Personen solidarisieren wollen. Oft hieß es dann, dass man ja Infos brauche, um unterstützen zu können. Wenn ihr euch wirklich solidarisch zeigen wollt, stellt keine Forderung an gewalterfahrene Personen – lasst sie zu Wort kommen, wenn sie es wollen. Wenn sie es nicht wollen, könnt ihr trotzdem über sexualisierte Gewalt sprechen und euch dagegen engagieren, denn wie wir jetzt schon öfter betont haben: Es ist kein Problem bestehend aus zwei Menschen, sondern ein strukturelles. Detailwissen ist deswegen unnötig. Die Forderung danach füttert wieder lediglich den Sensationalismus.

Von einem sehr großen Teil des Umfeldes wurde die sexualisierte und psychische Gewalt aber nicht abgesprochen. Anne wurde zwar als Opfer gesehen, aber „wenigstens“ wurde nicht geäußert oder verharmlost, dass sie sexualisierte und psychische Gewalt von Alexander erfahren musste. Der Diskurs um eine sog. „Opfer Performance“ ist übrigens nicht neu. Schon seit Jahrzehnten diskutieren feministische Bewegungen kritisch, inwiefern sich gewalterfahrene Personen als Opfer darstellen müssen, um überhaupt gehört zu werden.

Pathologisierung, „wenn sie aus der Reihe tanzt“

Trotz dessen machte Anne das Mitleid der Cis-Männer wütend. Zeitlich hielt dieses für etwa 4 Monate an und überschritt sich mit dem Outcall von JD (Punkt 7).

Als dieser erschien und Anne die Reaktionen in ihrem cis-männlichen Umfeld mitbekam, hauptsächlich Abwehr und/oder Verstummung à la „wir kannten ihn nicht so gut, deswegen können wir jetzt auch nichts tun, tschüss wir sind weg und verschwinden von der Bildfläche“, wurde die Wut über das Verhalten der Cis-Männer größer.

Durch den zu dieser Zeit bemitleidenden Umgang mit Anne, aber vor allem auch durch den Outcall über JD wurde offen gelegt, dass ein gesamtes Umfeld über Jahre hinweg unglaublich antifeministisch agierte. Daher wurde aus Annes Rückzug aus Räumen durch die immer größer werdende Wut eine verstärkte Konfrontation des cis-männlichen Umfeldes.

Jetzt wendete sich auch das Blatt für sie. Wo zunächst noch Mitleid und senkende Blicke waren, ging es jetzt in den Gegenangriff. Motto: „Du kannst einen Outcall über Alexander schreiben und ihn kritisieren, aber doch nicht uns, das geht zu weit“. Aus dem Opfer wurde sprichwörtlich

eine Hexe gemacht. Ein Resultat der immer noch stattfindenden Individualisierung.

So fielen Sätze wie „sie betreibt eine Hetzjagd gegen Männer“, „sie lügt und betrügt“, „man kann ihr nicht vertrauen, sie plant gut organisiert alle Cis-Männer ins Aus zu schießen“. Außerdem wurde eine Warnung an vor allem Cis-Männer ausgesprochen: Ihnen wurde geraten, sich nicht mehr mit Anne abzugeben, weil die Gefahr, dass Anne Treffen mit Cis-Männern nur nutzen würde, um sie danach anzugreifen, quasi nach „Fehlverhalten zu suchen“, viel zu hoch wäre. Größtenteils fielen diese Sätze von Cis-Männern, leider aber auch von einer Cis-Frau, die sich im Zuge des Outcalls über Alexander noch vermeintlich solidarisch mit Anne zeigte. Die Motivation der Cis-Frau, Anne jetzt mit Feindseligkeiten und Hass zu begegnen schließen wir aus patriarchalen Verhaltensweisen wie der sog. „Schuldumkehr“ und der Pathologisierung von gewalterfahrenen Personen (meist FLINTA*) als „irre“ und „nicht zurechnungsfähig“ und dem Selbstschutz und Schutz „der eigenen heilen Welt“. Leider erleben wir immer wieder, dass auch FLINTA* nicht solidarisch untereinander sind, auch nicht in Bezug auf sexualisierte Gewalt. FLINTA* meint lediglich dieselbe Identität, aus dieser resultieren aber nicht automatisch gemeinsame Werte. Vor allem, wenn im Zuge der Thematisierung von patriarchalen Verhaltensweisen auch bei FLINTA* das eigene Selbstbild und die eigene Ordnung der Welt zum hinterfragen angeregt wird, müssen wir uns auf Angriffe und unsolidarisches Verhalten selbiger einstellen, wenn diese nicht bereit sind, eigenes Verhalten kritisch zu hinterfragen.

Androhung von körperlicher Gewalt

Anne bekam Nachrichten, in denen ihr angedroht wurde, sie zu Hause zu besuchen und zu verprügeln, sollte sie weiter „Hetze gegen Männer“ betreiben. Weil wir davon ausgehen, dass wir nicht explizit erklären müssen, weshalb körperliche Gewalt oder die Androhung dessen absolut unemanzipatorisch, sexistisch, übergriffig und gewalttätig ist, fokussieren wir uns weiterhin in diesem Text auf die psychische und sprachliche Gewalt, die ausgeübt wurde.

Konsequenzen der sprachlichen Gewalt als zweite erlebte Gewalt

Der Moment der sexualisierten und psychischen Gewalt ist ein Moment, den es nicht zu verharmlosen gilt. Gleichzeitig ist dieser Moment meistens nie das Ende der erlebten Gewalt. Der unsolidarische und nicht emanzipative Umgang eines Umfeldes kann als zweite erlebte Gewalt bezeichnet werden (Mitleid, Pathologisierungen, Verharmlosungen, Verleugnungen als sprachliche Gewalt). Durch die zweite erlebte und sprachliche Gewalt fällt es vielen gewalterfahrenen Personen nicht nur schwerer, über sexualisierte Gewalt zu sprechen, die Bedingungen und Voraussetzungen für sexualisierte und psychische Gewalt werden damit sogar noch strukturell verschärft. Somit entsteht ein Teufelskreis, der Gewalt begünstigt, stetig reproduziert und sehr oft darin mündet, gewalterfahrene Personen mundtot zu machen.

So zog sich Anne, nachdem sie vor allem Cis-Männer mit ihrem Verhalten im Zuge des Outcalls über JD konfrontierte und damit massiven Gegenangriffen ausgesetzt war, zurück. Sie traute sich nicht mehr zu sprechen, sie ging nicht mehr in Szene-Räume und brach fast alle Kontakte zum Umfeld ab. Der Rückzug war ein Resultat aus den stattgefundenen Patho-

logisierungen, Verleumdungen, Verharmlosungen, körperlichen Gewaltandrohungen also kurz: Der (angedrohten) körperlichen, psychischen und sprachlichen Gewalt. Auch diese Zeit verstärkte auf eine extreme Art und Weise die Individualisierung und Isolierung.

Kollektive Verantwortungsübernahme jenseits der TJ-Struktur

Die Ausführungen oben zeigen, was alles im Zuge des Outcalls miserabel gelaufen ist und an welchen Stellen keine Verantwortung übernommen wurde. Aber es gab in dieser gesamten Zeit auch Momente der kollektiven Verantwortungsübernahme, wenn auch teilweise holprig.

Es gab immer wieder Einzelpersonen, die sich (zeitweise) mit Anne solidarisch zeigten. Die Solidarität kennzeichnete sich darin, dass Anne nicht anders behandelt wurde als vor dem Outcall, ihr Unterstützung angeboten, sich mit eigenen patriarchalen Verhaltensweisen, u.a. auch in freundschaftlichen/Gruppen oder kollektiven Situationen auseinandergesetzt wurde. Nähere Ausführungen folgen im Punkt 7.

Erwähnenswert ist, dass ein Zusammenhang von Alexander direkt nach dem Outcall anfang darüber zu sprechen, inwiefern innerhalb dieser Gruppe patriarchale und sexistische Verhaltensweisen reproduziert werden.

Im Zuge des Outcalls hat sich außerdem eine sogenannte kritische Männergruppe gegründet. Diese Gruppe beobachteten wir als Unterstützungsgruppe mit gemischten Gefühlen. Die Motivation zu der Gruppe folgte einem emanzipatorischen Anspruch. Vor allem aus der Initiative von einem Cis-Mann aus dem Umfeld von Alexander wurde die Notwendigkeit gesehen, eigenes Verhalten kritisch zu hinterfragen und darüber zu sprechen, weshalb in dem Umfeld sexualisierte Gewalt passieren kann, was also die Entstehungsbedingungen sind. Dafür wurde die Männerrunde aus dem Umfeld von Alexander gegründet, die ohne ihn plenierte.

Prinzipiell sehen wir, dass mit der kritischen Männlichkeitsgruppe ein Versuch unternommen wurde, Verantwortung zu übernehmen, trotz dessen haben wir an der Gruppengründung und dem Prozess der Gruppe Kritik. Zum einen haben wir ein generelles Misstrauen gegenüber expliziten Cis-Männer-Gruppen, vor allem wenn sie aus den Cis-Männern besteht, die mitverantwortlich dafür sind, dass sexualisierte Gewalt passieren kann. Wir begrüßen es, dass diese Cis-Männer sich selbst kritisch hinterfragen wollen, zweifeln jedoch stark daran, dass ihr Treffen Veränderung im Verhalten ermöglicht, solange sie sich weiterhin nur um sich selbst drehen. Wir würden an dieser Stelle deswegen vorschlagen, solche Cis-Männer-Runden zwar zu etablieren, aber IMMER in Anleitung/Moderation von FLINTA* mit emanzipatorischen Anspruch. Im besten Fall sind diese kein Teil des Umfeldes der Cis-Männer, denn durch eine außenstehende und damit unbeeinflusste Perspektive können kritische Verhaltensweisen besser erkannt werden.

Im Bezug auf diese konkrete Männerrunde gab es im Übrigen auch, trotz mehrfacher Aufforderung der Unterstützungsgruppe von Anne, mitzuteilen was dort drin besprochen wird, keine Transparenz. Dadurch, dass sich das cis-männliche Umfeld jahrelang extrem sexistisch und übergriffig zeigte, hatten Anne und die U-Gruppe kein Vertrauen darin, dass ein isoliertes Zusammensitzen von eben diesen Cis-Männern zu positiven Veränderungen führt. Im schlimmsten Fall konnten wir uns vorstellen, dass

über Anne geredet wird. Daher forderten wir Transparenz. Diese erfolgte nicht, bis heute ist uns nicht klar, was diese Gruppe macht(e) bzw. worüber sie spricht/sprach.

Auf den Prozess der kollektiven Verantwortungsübernahme im Rahmen des Outcalls über Alexander hatte außerdem der Druck von außen, also Menschen und Gruppen jenseits des Umfeldes, großen Einfluss. Dieser Druck entstand allerdings unter anderem im Zuge des öffentlichen Outcalls über JD, weswegen wir erst im 7. Punkt auf ihn eingehen werden.

Kollektive Verantwortungsübernahme innerhalb der TJ Struktur

Im Zuge des Outcalls suchte sich Alexander auf Forderung von Anne eine Aufarbeitungsgruppe (folglich TA-Gruppe, steht für Transformative Arbeit). Diese formierte sich 2-3 Monate nach dem Outcall und kommunizierte über eine Vermittlungsperson mit der U-Gruppe. Die Zusammenarbeit aus TA, U-Gruppe und Vermittlungsperson bezeichnen wir als TJ Struktur.

Generell lief die Kommunikation nicht immer einwandfrei. Die U-Gruppe wusste oft nicht, was die TA-Gruppe macht, es fehlte an Informationen. Informationen über Alexander und seinen Prozess bekamen wir auch zu wenige. Wir hatten oft das Gefühl, alles selber machen und uns auch noch um Alexanders Prozess kümmern zu müssen. Die Zeit war u.a. davon geprägt, dass die U-Gruppe sprichwörtlich herumrannte, um an Informationen zu kommen.

Dem gegenüber steht, dass wir über das strukturelle Modell aus TA-Gruppe, Vermittlungsperson und U-Gruppe aus mehreren Gründen sehr dankbar sind:

1. Das Modell läuft der Individualisierung und der Behauptung es wäre „ein Problem zwischen den zwei“ zuwider und schafft damit Kollektivität statt Vereinzelung. Anne wusste, dass in der TA-Gruppe nicht über die konkrete sexualisierte und psychische Gewalt die ihr Alexander zufügte gesprochen wurde, sondern um seine generellen patriarchalen/sexistischen Verhaltensweisen und auch die des Umfeldes.
2. Daraus resultierte, dass Anne sich auf sich selbst konzentrieren konnte, weil sie nicht mehr die alleinige Verantwortung hatte. Das entspricht einem betroffenenkonzentrierten Ansatz, der Anne die Möglichkeit gab, Zeit und Raum für sich und ihre Aufarbeitung zu finden.

Allein also, dass die Struktur gegeben war, schaffte für Anne Raum für sich selbst. Diesen fand sie in der U-Gruppe als Reflexionsort, in dem Erfahrungen verarbeitet werden, emotionaler Abstand hergestellt werden konnte und die Möglichkeit geschaffen wurde, selbst auszuprobieren, was man erzählen will und was nicht. Hier wurde das Sprechen über sexualisierte Gewalt erprobt und gelernt. Aus einer ohnmächtigen Sprechposition wurde eine selbstbestimmte.

Dadurch, dass die TA-Gruppe ihre grundlegenden Forderungen erfüllte, wie zum Beispiel dem Nicht-Sprechen über die konkrete Gewalt, konnte ein grundlegendes Vertrauen in die Gruppe hergestellt werden, wodurch eine Abgrenzung zu Alexander möglich wurde. Durch das entstandene Vertrauen schien Veränderung für die strukturellen Begebenheiten sexua-

lisierter und psychischer Gewalt im eigenen Umfeld möglicher, auch wenn die konkrete Kommunikation in der Zeit nicht einwandfrei lief.

3.3 Aufarbeitung sexualisierter Gewalt innerhalb der U-Gruppe

Insgesamt würden wir als U-Gruppe unsere Zeit als aufbauend beschreiben. Nach jedem Austausch gingen alle Beteiligten oft mit Päckchen nach Hause, die an anderer Stelle wieder aufgemacht werden konnten, hilfreich und lehrsam für die Zukunft waren und bei eigenen Prozessen weiterbrachten. Es wurde zusammen geweint, gelacht und Wut ausgetauscht. Anne empfand die Gruppe als heilsam und erlebte wie der kollektive Austausch über sexualisierte, psychische und patriarchale Gewalt als emanzipatorisches und empowerndes Gegenmoment zur individualisierten Opferrolle, die Überlebende lediglich stigmatisiert und mundtot macht, wirkte. Gemeinsam fanden sie für erlebte Gewalt Worte, durch das Benennen des Erlebten konnten Konsequenzen gezogen und Handlungsfähigkeit entwickelt werden. Ein gemeinsames Sprechen und gegenseitiger emotionaler Support wirkten gegen das Gefühl, alleine und isoliert zu sein. Das Sprechen über sexualisierte Gewalt untereinander gewann außerdem eine "Normalität", die es außerhalb (noch) nicht besitzt. Kollektivität wurde empowernder als Individualität empfunden. Voraussetzung dafür war natürlich, dass sich alle wohl und verbunden miteinander fühlten.

Auf der inhaltlichen Ebene war die Gruppe schon ein Monat nach Gründung eine Selbsthilfegruppe. Anne nahm natürlich mit ihren Emotionen und ihrem Erlebten am meisten Raum ein, trotz dessen brachten alle Beteiligten ihre Emotionen und ihr Erlebtes ebenso mit und teilten es.

Auf der strukturellen Ebene war die Gruppe noch bis etwa Mitte 2022 eine Unterstützungsgruppe für Anne. Anfragen bzw. Nachrichten, die das Umfeld an Anne hatten, gingen zunächst durch das Einrichten einer extra E-Mail Adresse an die U-Gruppe. Anne hatte keinen Zugriff auf die Mails, bekam die Anfragen von der U-Gruppe kommuniziert. Diese Zwischeninstanz empfand Anne erleichternd. Zum einen, weil es für Gruppentreffen immer feste Termine gab und Anne sich dementsprechend auf Nachrichten/Anfragen zeitlich einstellen konnte. Außerdem wurden diese Nachrichten dann kollektiv besprochen, Anne war damit also nicht alleine. Hätte Anne Zugriff auf die Mails gehabt, hätte sie diese vermutlich auch mal alleine zu Hause gelesen – und wäre dementsprechend dann auch alleine damit gewesen. Sie empfand es als entlastend, dass andere für sie die primäre Kommunikation übernahmen und sie zu gesetzten Terminen erst von Nachrichten erfuhr. Es gab auch Treffen, an denen Anne gar nicht interessiert war, was an Nachrichten und Anfragen rein kam. Wenn dem so war, wurde ihr davon auch nicht berichtet. Anne hatte somit die Möglichkeit, Abgrenzung zu lernen, was sie heute als bestärkend bezeichnen würde. Ebenso lernte sie in der Zeit verstärkt, Unterstützung anzunehmen und einzufordern.

Ebenso verhält es sich mit der Kommunikation mit der TA-Gruppe. Anne erreichten zum einen nur die Nachrichten, die sie zum Treffen auch hören wollte. Zum anderen musste sie nicht direkt mit der TA-Gruppe kommunizieren, denn dazwischen standen die Vermittlungsperson und ihre U-Gruppe. Auch wenn wie schon erwähnt an dieser Stelle die Kommunikation nicht immer einwandfrei lief, empfand sie das grundlegende Ge-

rüst als entlastend. Schritt für Schritt konnte sie dadurch lernen, sich von Alexander abzugrenzen.

Dass Alexander eine TA-Gruppe und Anne ihre Unterstützungs- und gleichzeitige Selbsthilfe-Gruppe hatte, schaffte für Anne Raum, das Erlebte zu verarbeiten, sich auf sich selbst zu konzentrieren und fühlen zu lernen, was sie braucht.

Auf struktureller Ebene musste sie nicht mitwirken bzw. konnte mitwirken, wann sie es wollte. Sie hatte nicht mehr die alleinige Verantwortung für Prozesse. Auf inhaltlicher Ebene befand sie sich im stetigen Austausch mit den anderen Beteiligten der U-Gruppe und fand dort einen Raum, ihre Emotionen zu artikulieren, kommunizieren und zu verarbeiten. Es gab jetzt Zeit und Raum für sie und ihre Gefühle.

Nicht unerwähnt sollte trotzdem bleiben, dass oben beschriebene Reaktionen des Umfeldes Anne zwar nicht zurück warfen, allerdings immer wieder anhalten ließen. Sie erschwerten nicht nur Annes Aufarbeitung, wir würden teilweise von versuchter, wenn auch vermutlich nicht bewusster, Sabotage sprechen. Wir machen große Teile des Umfeldes von Anne dafür verantwortlich, dass sie den Prozess für Anne so schwer machten, indem sie ihr stetig wieder Gewalt antaten. Diese muss und musste logischerweise auch immer wieder be- und aufgearbeitet werden. Die oben beschriebenen Verhaltensweisen des Umfeldes nahmen innerhalb unserer Treffen und für Anne sehr viel Raum ein – nicht nur zeitlich, vor allem auch emotional. Daher wurde für Anne ein zusätzlicher emotionaler Aufwand aus dem Umfeld heraus geschaffen, anstatt sie dabei zu unterstützen, dass sie sich auf sich selbst fokussieren kann.

4. Machtverhältnisse verschieben und kritisch hinterfragen

Die Angriffe auf Anne im Zuge der Konfrontation des Cis-männlichen Umfeldes mit eigenen patriarchalen Verhaltensweisen bewerten wir vor allem als Machtdemonstration, resultierend aus der Angst, den eigenen Status zu verlieren.

Angst ist keine gute Grundlage, um sich sinnvoll mit eigenen Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Allerdings führte diese Angst (die nicht nur Resultat des Outcalls über Alexander, sondern vor allem auch über JD war) auch u.a. dazu, dass sich, wenn auch leider nicht in Bezug auf Anne, einige Cis-Männer erst einmal aus Strukturen zurücknahmen und sich dadurch wiederum FLINTA* Räume wieder aneigneten. Dadurch wurden diese Räume nun von feministischeren Diskursen bestimmt. Als die Angst der Cis-Männer langsam nachließ, sie vielleicht sogar darauf warteten, bis alles „wieder beim Alten“, also bei der patriarchalen Logik ist, betraten sie Räume, die nun viel feministischer gestaltet wurden als zuvor und in denen sich FLINTA* viel mehr Raum und damit Macht zurücknahmen. Sie wurden dementsprechend gezwungen, sich weiterhin zurückzunehmen, denn FLINTA* wollten definitiv nicht mehr „zum Alten zurück“. Dadurch konnten Machtverhältnisse punktuell verschoben werden, wodurch auch die Entstehungsbedingungen für sexualisierte Gewalt minimiert wurden. Diese Machtverschiebung findet auch immer noch allgegenwärtig statt,

wir betrachten es als „positiven Nebeneffekt“, wengleich die Zeit für Anne nur von weiterer Gewalt geprägt war.

Die stattgefundenen Verleugnungen, Stigmatisierungen und Angriffe auf sie zeigen auf, dass sie im Vergleich zu den Cis-Männern im Umfeld eine niedrigere Position hatte, denn „hohe Tiere“ sind solchen Verhaltensweisen eher seltener ausgesetzt. Dennoch mussten wir in der Zeit auch erkennen, dass Anne im Vergleich zu anderen gewalterfahrenen Personen viel machtvoller war.

TJ-Prozesse und Reaktionen auf Outcalls hängen auch immer sehr stark von der Position der gewalterfahrenen Personen ab.

Zwar hatte der Outcall von Anne nicht bewirkt, dass sich wirklich alle in der Verantwortung sehen, aber eben ein Teil. Die Gewalt wurde mehrheitlich nicht abgesprochen, wengleich Anne dafür auch als „Opfer“ herhalten musste. Veränderungen konnten teilweise eintreten.

Anne war offenkundig in der Position, dass ihr geglaubt wird – was bei vielen gewalterfahrenen Personen nicht der Fall ist. FLINTA* wird generell weniger geglaubt als Cis-Männern, aber auch unter FLINTA* gibt es Unterschiede. FLINTA* beispielsweise, die politisch organisiert und aktiv sind, wird eher geglaubt. Genauso wie FLINTA*, die mit machtvollen Cis-Typen befreundet sind. Ihr Standing wächst durch Cis-Männer und durch ihren politischen Arbeitsaufwand. Ein Spiegel neoliberaler und patriarchaler Logiken u.a.. Ob eine Cis- oder beispielsweise Trans*frau oder nicht binäre Person spricht, macht ebenso einen Unterschied. Genauso, ob die Person weiß oder eine BPoC ist, welche Staatsangehörigkeit sie hat oder welche Sprache sie spricht u.a.

Das im Blick zu behalten finden wir sehr wichtig. Wenn euch das nächste Mal eine Person von übergriffigem Verhalten erzählt, beobachtet euch selber. Vertraut ihr der Person oder zweifelt ihr an, was sie sagt? Wenn ihr zweifelt, woran liegt das? Meistens findet sich die Antwort darin, dass die betreffende Person kein hohes Ansehen hat, dementsprechend ihre Worte viel weniger Gehör findet als von Menschen, die mehr Macht inne haben.

5. Abschluss für Anne und des Prozesses innerhalb der TJ-Struktur

Trotz der vielen oben genannten unsolidarischen, antifeministischen und unemanzipativen Punkte, die eine Aufarbeitung erschwerten, konnte Anne Mitte 2022 mit der Gewalt, die Alexander auf sie ausübte, abschließen.

Der Abschluss definiert sich für Anne durch eine intensive Auseinandersetzung mit patriarchaler/sexistischer/psychischer in Verbindung mit klassistischer Gewalt. Klassistische Gewalt benennen wir an dieser Stelle bewusst gesondert, weil sie für Anne eine große Rolle im eigenen Prozess spielte. Oft wirken Diskriminierungsformen zusammen, sie verstricken sich untereinander und bedingen sich gegenseitig. Deswegen machen wir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs zu klassistischer in Verbindung mit patriarchaler/sexualisierter Gewalt im Bewusstsein, dass diese Intersekt-

ionalität der erfahrenen Gewalt auch austauschbar mit anderen Formen der Diskriminierung (beispielsweise Rassismus) ist:

Patriarchat, Sexismus und Klassismus

Im Laufe der Aufarbeitung von Anne stellte sie sich immer wieder die Frage, weshalb Alexander handelte, wie er es tat. Viele Antworten, konnten in der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Patriarchats gefunden werden, aber eben nicht alle. Da Anne selbst, wie auch Alexander, einen Lower Class Background hat, fielen ihr Verhaltensweisen an ihm auf, die sie aus ihrer eigenen Klassen-Sozialisation kennt und daher sogar nachfühlen konnte.

Zum Beispiel erkannte sie einen sich darstellenden „starken Einzelkämpfer“, der u.a. auch Resultat einer Klassenerfahrung sein kann. Wer aufwächst unter der Tatsache, von niemanden, vor allem nicht vom Staat, unterstützt zu werden und sehr früh eigenständig das Leben regeln muss, lernt vor allem, dass es auf einen selbst, als auf andere ankommt, um zu überleben. Diese Rolle abzulegen kann in eine Existenzangst münden, daher wird sie eher aufrechterhalten. Das Verhalten eines Einzelkämpfers kann dementsprechend u.a. ein Resultat von Klassenerfahrung sein. Bei Lower Class Cis-Männern zeigt sich dieses Verhalten oft aber noch intensiver als bei FLINTA*, weil nicht nur die Klassenerfahrung eine Rolle spielt. Auch aufgrund des Patriarchats wird der „Einzelkämpfer Modus“ stetig reproduziert. „Sich alleine durchboxen“, „keine Hilfe annehmen“, im sprichwörtlichen Sinne „seinen eigenen Mann stehen“ sind u.a. auch patriarchale Werte, denn Care Arbeit, Fürsorge, Hilfe und Unterstützung für andere sind im Bestehenden eher weiblich gelesene Eigenschaften. Der „starke Einzelkämpfer“ kann also verschiedene Ursachen haben. Dementsprechend können sich Diskriminierungsformen überschneiden und gegenseitig bestärken.

Auf einer theoretischen Ebene ist das natürlich vielen klar, unterschiedliche Diskriminierungsformen aber im konkreten Verhalten zu erkennen ist nicht immer leicht. Anne hat es sehr geholfen, Alexander nachzuvollziehen. Wichtig: Nachzuvollziehen heißt nicht gutzuheißen oder zu rechtfertigen. Wenn beispielsweise erkannt wird, dass bestimmte Verhaltensweisen auch Resultat eines Klassenhintergrundes sein können, heißt das nicht, dass dieses Verhalten nicht kritisiert werden darf. Es bedeutet lediglich, das Verhalten einordnen zu können.

Für Anne war dieses Einordnen zunächst noch voller Widersprüche. Zum einen die enorme Wut und Traurigkeit über sein gewalttätiges Verhalten. Zum anderen konnte sie aber auch nachvollziehen, weshalb er gewisse Gewaltformen anwendet bzw. reproduziert, weil sie diese aus ihrem eigenen Background mitbekommen hat. Das Nachvollziehen war ein wichtiger Teil für Anne zum abschließen, denn Wissen kann Sicherheit herstellen. Ebenso wichtig war die intensive Auseinandersetzung mit der gefühlten Wut, dem Schmerz und dem immer wieder auftretenden Verständnis und gar Verbundenheitsgefühl zu Alexander in der Klassenfrage.

Ebenso maßgeblich für den Heilungsprozess war es für Anne, Verbündete zu finden, um sich mit der erlebten Gewalt nicht alleine zu fühlen aber auch, um konkrete Unterstützung zu erhalten. Diese Verbündeten fand sie in der U-Gruppe. Hier war der Raum für ihre Emotionen, hier musste sie sich nicht verstellen, verstecken oder schämen. Dadurch, dass alle

in dieser Gruppe ihre Erlebnisse, vor allem mit dem Patriarchat, teilen, verschwand bei Anne auch schnell das Gefühl, dass sie allein mit dem Erlebten ist. Durch das Teilen konnte außerdem eine umfangreiche Wissenspalette erstellt werden, die alle handlungsfähiger werden ließ. Negativ gemachte Erfahrungen der Vereinzelung konnten somit positiv durch Kollektivität und Verbundenheit überschrieben werden.

Unterstützend dazu wirkte auch die TA-Gruppe, durch die Anne lernte, dass sie Alexander und seinen Prozess nicht braucht, um erlebte Gewalt zu verarbeiten und zu heilen.

Anne hat für sich festgestellt, dass sie keinen Schutz mehr vor Alexander braucht. Das liegt nicht daran, dass sie behaupten könnte, er würde sich nicht mehr grenzüberschreitend oder übergriffig verhalten. Generell ist niemand vor Gewalt geschützt, dafür passiert sie in dieser Gesellschaft viel zu allgegenwärtig. Wichtig ist auch anzumerken, dass gewalterfahrene Personen nicht für die erlebte Gewalt verantwortlich sind. Allerdings sind sie leider gezwungen, einen Umgang damit zu finden. Anne fand diesen durch:

Wissensaneignung und der strukturellen Einordnung von z.B. patriarchalen Verhaltensweisen, in dem Fall aber auch verbunden mit Verhaltensweisen resultierend aus einer Klassen-Erfahrung

das Durchbrechen der Vereinzelung durch Verbundenschaft und Kollektivität, damit auch eine emotionale Abgrenzung zu Alexander, er wird „überflüssig“, der kollektiven Organisierung gegen patriarchale, sexistische und sexualisierte Gewalt, bei gleichzeitiger Eröffnung und Erhaltung eines Raumes für die eigenen dabei entstehenden Emotionen.

Alexander konnte ihr „egaler“ werden. Nicht er ist unser großes Problem in dieser Welt, sondern die sexistischen und patriarchalen Begebenheiten, die Alexander überhaupt die Möglichkeit gaben zu handeln, wie er es tat. Das bedeutet nicht, dass Einzelpersonen nicht gefährlich oder gewalttätig sein können und dafür Verantwortung übernehmen müssen. Allerdings braucht es für sie einen Raum, gefährlich und gewalttätig zu sein. In Annes Fall wurde dieser Raum minimiert, weswegen sie abschließen konnte.

Ab Mitte 2022 formierte sich die U-Gruppe deswegen auch strukturell um. Anne fühlte sich nun bereit, direkt mit Alexander und der TA-Gruppe direkt auseinanderzusetzen, sie brauchte die „Zwischeninstanz“ nicht mehr. Sie vereinbarte mit Alexander ein Treffen zu zweit.

Dieses Treffen hatte für Anne zwei Beweggründe: Zum einen wollte sie ihn sehen, um bei sich selbst gegenzuchecken, ob es für sie ok ist, ihm zu begegnen. Durch die bestehende Verbundenheit zwischen den beiden bei gleichzeitiger Wut, die Anne zu ihm empfand, war es ihr aber auch zum anderen wichtig, diesen Gefühlen Ausdruck verleihen zu können. Anne wollte dieses Gefühle nicht mehr alleine mit sich „rumschleppen“ müssen, sondern stellenweise bei Alexander ablegen, weil sie dort hingehören.

Anne empfand das Treffen als sehr empowernd. Alexander verhielt sich zwar während des Treffens mal wieder manipulativ, Anne ließ sich darauf aber nicht ein. Das machte für sie einen deutlichen Unterschied zu früher, was sie sehr bestärkte. Sie teilte ihm mit, dass sie keinen Schutz mehr vor

ihm brauche und deswegen einige Forderungen, wie beispielsweise die Einhaltung der Distanz zu ihr, verfielen.

Sie teilte ihm außerdem alle Emotionen mit, die sie zu ihm hatte. Zwar hatte sie nicht das Gefühl, dass er verstand, worauf sie hinaus wollte, das war aber auch nicht wichtig. Allein dadurch, dass sie fähig war, Worte für diese Komplexität zu finden und sie an ihn zu richten, empowernte sie. Sie ging absolut glücklich aus dem Treffen raus. Weil sie ihn sehen konnte, ohne dass der Schmerz überwog, weil sie patriarchale Verhaltensweisen sofort erkannte und weil Worte für alle Facetten der Gefühle zu ihm gefunden wurden und so ein selbstermächtigendes und selbstbestimmtes Sprechen dadurch ermöglicht wurde.

Nach dem Treffen mit Alexander schrieb die U-Gruppe das letzte Mal in ihrer Funktion eine Mail an alle Einzelpersonen und Gruppen, die Alexander kennen: Ab jetzt sollte noch kollektiver Verantwortung getragen werden! Weil Anne keinen Schutz mehr vor Alexander brauchte, entfiel ihre Forderung nach Distanz zu ihr und alle Kollektive sollten nun selber entscheiden, welche Orte er aufsuchen kann und welche nicht bzw. an welcher Stelle sie Schutz brauchen und an welchen nicht.

Im November kam das erste face-to-face Treffen zwischen Anne und Alexander, TA-Gruppe, Vermittlungsperson und U-Gruppe zustande. Dieses Treffen und erste gemeinsame Kennenlernen wurde ebenfalls als sehr empowernd empfunden. Kritik, die wir in diesem Text mitteilten wurde ausgetauscht, ebenso wie alle Emotionen, die alle Beteiligten im Laufe des Prozesses hatten.

Bestärkend war dort vor allem von der TA-Gruppe zu hören, dass der Prozess mit Alexander zwar unglaublich anstrengend, gleichzeitig aber wertvoll für alle Beteiligten war. Auch hier konnten alle bei sich selbst durch die intensive Auseinandersetzung mit patriarchalen Verhaltensweisen positive Veränderungen für sich erwirken. Augenscheinlich wurde dies vor allem für Anne bei einigen Cis-Männern der TA-Gruppe, die zu Alexanders und Annes Umfeld gehören. Während sie diese Männer noch bis vor einem Jahr als unglaublich patriarchal beschrieben hätte, stellenweise den Kontakt bewusst mied, zeigten sie sich im Treffen einfühlsam, Rücksicht nehmend, sensibel und gleichzeitig Anne als selbstbestimmtes Individuum, nicht als Opfer anerkennend. Diese Veränderung bei diesen Cis-Männern zu sehen gab Anne viel Kraft für die weitere Hoffnung auf Veränderungen.

Wir würden trotz der vielen miserablen Reaktionen des Umfeldes an dieser Stelle von einem erfolgreichen Prozess sprechen. Dieser ist vor allem der TA- und U-Gruppe und Anne selbst zuzuschreiben. Anne konnte mit der erlebten Gewalt abschließen und jede*r Beteiligte*r des Kollektivs, welches sich entschied Verantwortung zu übernehmen, also die TJ-Struktur, konnte viele wertvolle empowernde und emanzipatorische Erkenntnisse für sich selbst und weitere politische Kämpfe aus dem Prozess mitnehmen. Alle Beteiligten haben damit dem Neoliberalismus, dem Patriarchat und dem Sexismus etwas Praktisches entgegengesetzt: Verbundenheit, Kollektivität und emanzipatorische Ideen für ein gemeinsames Zusammenleben. Wir nehmen diese Werte für unser weiteres Leben mit und sind nun auch fähiger, sie weiterzugeben.

6. Fazit

Mit diesem Text wollen wir vor allem an "Umfelder" appellieren, denn eure Übernahme der Verantwortung ist mitunter das Wichtigste. Wartet nicht darauf, dass es überhaupt zu Outcalls kommen muss. Wenn sexualisierte Gewalt als ein strukturelles Problem begriffen wird, das jederzeit angegangen und bekämpft werden muss, auch unabhängig von vermeintlichen "Einzelfällen", können wir jederzeit etwas dagegen tun. Egal in welchen Kreisen ihr euch bewegt, egal wie fit ihr euer Umfeld einschätzen würdet: sexualisierte Gewalt ist alltägliche Gewalt, deswegen gibt es sie immer, jederzeit und jederorts. Ihr könnt also noch heute mit der Auseinandersetzung beginnen.

Dieser Text ist explizit kein Appell an gewalterfahrene Personen, das Schweigen zu brechen. Es ist nicht deren Zuständigkeit, soziale Missstände aufzuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft die körperliche Selbstbestimmung und die Autonomie aller Menschen anerkannt wird. Es sind außerdem nicht diejenigen, welche die Gewalt erlebt haben, die sich verändern, anders verhalten oder "besser durchsetzen" müssen.

Es sind die Zuhörer*innen, welche gewalterfahrenen Personen Beachtung schenken und daraus echte Konsequenzen ziehen sollten. Auch sie können politisch über sexualisierte Gewalt sprechen, ohne gewalterfahrene Personen zum Sprechen zu zwingen, denn politisches Sprechen über sexualisierte Gewalt zielt auf strukturelle, politische und soziale Veränderungen und damit auf einen Kampf gegen die Ermöglichungsbedingungen der Gewalt ab. In diesem Sinne: Fangt an politisch über sexualisierte Gewalt zu sprechen, schaut euch die Ermöglichungsbedingungen in eurem eigenen Umfeld an und verändert sie. Jede Veränderung minimiert die Gewalt, jede Veränderung führt uns ein bisschen mehr zu dem Zusammenleben, der Autonomie und Kollektivität, die wir uns für uns alle wünschen.

Literatur:

<https://www.edition-assemblage.de/buecher/sprechen-und-schweigen-ueber-sexualisierte-gewalt/>

7. Bezug zum Outcall von Johannes Domhöver

Zur besseren Verständnis und Einordnung folglich eine chronologische Auflistung der öffentlichen Debatte zwischen 2021-2022 rund um den öffentlichen Outcall über JD: <https://knack.news/1665>

Dieser Text richtet sich an Teile der Umfelder von JD und Alexander und alle Umfelder von Personen, die sexualisierter Gewalt erlebt haben. Das Umfeld, das wir hier beschreiben, ist überwiegend weiß und cis-heteronormativ.

Der nachfolgende Text vergleicht den internen Outcall über Alexander mit dem internen Outcall über JD.

Mit „internem Outcall über JD“ meinen wir, dass ein Umfeld offensichtlich von einer Gewaltbeziehung zwischen JD und einer gewalterfahrenen Person wusste, die gewalterfahrene Person aber offenkundig nicht gehört wurde (zu entnehmen durch den öffentlichen Outcall: [\[dymedia.org/node/156448\]\(https://de.in-dymedia.org/node/156448\) \). Daher musste es u.a. zu einem öffentlichen Outcall kommen, um potentiell weitere Personen vor Gewalt zu schützen. Wenn das Umfeld versagt und keine Veränderung bei der gewaltausübenden Person wie auch dem Umfeld möglich scheint, ist ein öffentlicher Outcall notwendig. So schien es offensichtlich bei JD zu sein. In seinem Fall gab es offenkundig schon einen gescheiterten TA-Prozess, emanzipatorische Ideen und Mittel anzuwenden war offenkundig aussichtslos.](https://de.in-</p></div><div data-bbox=)

Außerdem ist spätestens seit der Veröffentlichung von dem Soli-Antifa-Ost-Bündnis klar, dass es mehrere Menschen gab, die seit 2020 von JD's gewalttätigen Verhalten in einer anderen Beziehung zu JD wussten. Dementsprechend schien er schon lange intern und auf mehreren Ebenen in Umfeldern geoutcallt (vgl. <https://www.soli-antifa-ost.org/oeffentliche-stellungnahme-des-solidaritaetsbuendnisses-antifa-ost-zu-den-outcalls-betreffend-johannes-domhoever-in-solidaritaet-mit-allen-betroffenen-von-sexualisierter-gewalt-und-insbesond/>).

Wenn wir folglich vom "internen Outcall über JD" sprechen, meinen wir damit die Übermittlung der Information an Umfelder, dass JD gewalttätig ist bevor er öffentlich geoutcallt wurde.

Wir vergleichen explizit nicht den internen Outcall über Alexander mit dem öffentlichen Outcall über JD.

Wie die internen Outcalls über JD stattgefunden haben wird von uns nicht verglichen, weil die Vorgehensweise komplett irrelevant für Umfelder ist. Unabhängig davon, wie Menschen sprechen, die Gewalt erfahren haben, sollten sie gehört werden bzw. selbst, wenn sie nicht sprechen (siehe unter Punkt 1 „Das Schweigen der Gewalterfahrenen hören“).

JD wurde offenkundig intern ab 2020 geoutcallt, öffentlich im Oktober 2021. In diesem Jahr fand auch der Outcall über Alexander statt.

Gemeinsamkeiten der beiden Outcalls

Anne und die gewalterfahrene Person von JD eint, dass sie beide über einen langen Zeitraum vom Umfeld pathologisiert und beiden, entweder vom Täter selbst oder dem Umfeld, körperliche Gewalt angedroht wurde. Ebenso wurde ihr Schweigen nicht gehört, weswegen sie gezwungen wurden laut zu werden.

Alle Punkte weisen sehr stark darauf hin, dass es sich um ein sehr für sexualisierte Gewalt unsensibles und antifeministisches Umfeld handelt. Ein Umfeld, das das Patriarchat als Wort kennt, aber nicht mit Inhalt zu füllen versteht.

Den Ursprung darin sehen wir in einem Umfeld, das Kapitalismus, den Staat und Faschismus als Feind*innen der Freiheit begreift, weniger aber u.a. das Patriarchat. Dieses wurde sehr lange nicht mitgedacht.

Zusätzlich lag eine vorherrschende Analyse von Macht zugrunde, die vor allem nach außen gerichtet war, weniger nach innen. Die Feind*innen der Freiheit waren z.B. Nazis oder Bullen, weniger aber wir selbst mit unseren eigenen verinnerlichten Werten.

Gewalt als legitimes bzw. notwendiges Mittel zu begreifen, um gegen vorherrschende und diskriminierende Verhältnisse zu kämpfen, sehen wir als unabdingbar. Wenn aber die umfassende Analyse dazu fehlt, wer sich in welcher Position befindet und nach welchen Maßstäben unsere Gesellschaft aufgebaut ist, kann es aufgrund fehlender Analyse schnell die Falschen in allen erdenklichen Richtungen treffen.

In diesem Fall wurde über Jahre von vielen nicht mitgedacht, inwiefern u.a. FLINTA* strukturell unterdrückt werden und welche patriarchalen Werte wir alle in uns tragen, die diese Unterdrückung reproduzieren. Dementsprechend fehlte aber auch ein generell emanzipativer Ansatz. Das eröffnete das Einfallstor für Menschen wie JD und die daraus resultierende Gewalt an FLINTA*. Gewalt gegen BPoC, Menschen mit Klassen- und/oder Ableism Erfahrung uvm. gab es folglich ebenso.

Die Menschen, die eine Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse nicht nach innen richten und daher gewaltvoll gegen u.a. FLINTA* agieren, gibt es auch immer noch. JD oder Alexander sind keine „Einzelfälle“ innerhalb von Umfeldern die sonst mit emanzipativen Verhaltensweisen glänzen.

Aber es gibt auch diejenigen, die der Gewalt etwas entgegensetzen wollen, verinnerlichte Werte anschauen und ihr Verhalten verändern.

Unterschiede der beiden Outcalls

Die Konsequenzen der internen Outcalls unterscheiden sich in vielen Punkten maßgeblich. Während bei JD ein angestrebter TA-Prozess gänzlich scheiterte und es zu einem öffentlichen Outcall kommen musste, würden wir den Prozess um Alexander als einen erfolgreichen beschreiben. Auch, wenn sich Teile der Umfeldler extrem antifeministisch und sexistisch verhielten, gab es trotzdem auch Reaktionen, die den Erfolg des Prozesses mit begünstigten.

Gewalt wird nicht verleugnet vs. Gewalt wird nicht anerkannt

Während einige von einer Gewaltbeziehung zwischen JD und einer FLINTA* wussten, diese aber offenkundig absprachen (vgl. Solibündnis Statement) und nicht ernst nahmen, wurde Anne die erfahrene Gewalt nicht abgesprochen, auch wenn sie dafür als „Opfer“ herhalten musste (vgl. 3.2).

Eine Begründung dafür finden wir in dem zeitlichen Verlauf. Seit 2020 wussten mehrere Menschen von der Gewalt, die JD ausübte, im Oktober 2021 wurden sie damit öffentlich konfrontiert. Parallel dazu wurde Alexander geoutcallt. Wir gehen davon aus, dass in dieser Zeit einige lernten, sexualisierte Gewalt ernster zu nehmen. Das offenkundige Versagen im Fall von JD mündete bei einigen darin, sich mit Gewalt (-beziehungen) im Umfeld näher zu befassen und zumindest zu erkennen, dass diese Gewalt nicht abgesprochen gehört. Dass die Gewalt gegenüber Anne also ernst genommen wurde, liegt u.a. an dem internen wie öffentlichen Outcall über JD, der die Reaktionen des Umfeldes stark hinterfragte. An dieser Stelle möchten wir uns deswegen bei den Menschen, die die Outcalls über JD veröffentlicht haben, für diesen Schritt bedanken. Wir wissen, was ein Outcall alles nach sich ziehen kann und dass die Konsequenzen nicht immer leicht auszuhalten sind. Vor allem, wenn keine positiven Veränderungen wahrgenommen werden, ist dieser Schritt sehr erdrückend. Durch

die Outcalls über JD konnte zumindest für Anne ein positiverer Prozess in die Wege geleitet werden. Der Sinn und Zweck von Outcalls, weitere Menschen vor Gewalt zu schützen, ist damit ein bisschen mehr gelungen.

gewalterfahrene Person wird unterstützt vs. sie wird allein gelassen

JD musste öffentlich geoutcallt werden, weil von ihm weiterhin viel Gefahr ausging, u.a. weil das Umfeld jahrelang nichts unternahm und damit keinen sicheren Rahmen für gewalterfahrene Personen herstellte. Annes Prozess mündete u.a. darin, dass sie keinen Schutz mehr vor Alexander brauchte. Das liegt weniger daran, dass Alexander sich nicht mehr übergriffig verhält, sondern vielmehr darin, dass Anne sich u.a. in einem Umfeld bewegt, in dem sie sich sicher fühlen kann.

Diese Sicherheit wurde durch mehrere Faktoren hergestellt. Die Unterstützungs- und TA-Gruppe sind darin ein wesentlicher Bestandteil gewesen, weil patriarchale und sexistische Verhaltensweisen kollektiv angeschaut und aufgearbeitet werden konnten. Die Gruppen leisteten damit auch präventive Arbeit, übergriffiges Verhalten wird nun schneller erkannt, dementsprechend kann auch seitens des Kollektives früher (im Fall von Alexander und auch in weiteren potentiellen Fällen) eingegriffen werden. Außerdem wurde durch die TA-Gruppe für Anne eine Distanz zu Alexander hergestellt, die u.a. wichtig für ihre Sicherheit war.

Maßgeblich waren aber auch die vielen Konfrontationen des Umfeldes von außen, die im Zuge des Outcalls von JD entstanden. Durch öffentliche Texte und interne Auseinandersetzungen wurde der Druck erhöht, sich mit patriarchalen und sexistischen Verhaltensweisen auseinander setzen zu müssen, und dadurch einige antifeministische Stimmen leiser. Auch dieser Faktor kreierte für Anne nach und nach mehr Sicherheit, weil sie sich dadurch nicht mehr allein fühlte aber auch, weil Teile des Umfeldes das Verhalten veränderte.

Die Zukunft wird jetzt zeigen, ob diese Sicherheit, also ein weniger gewaltvolles Umfeld, weiterhin aufrecht erhalten bis verbessert werden kann. Dies ist keine Geschichte mit Happy-End. Dadurch, dass die Verantwortung von der organisierten TJ-Struktur auf ein gesamtes Umfeld, damit „unorganisierter“ abgegeben wurde (siehe Punkt 5), liegt es folglich am gesamten Umfeld, patriarchale, sexistische und übergriffige Verhaltensweisen zu durchschauen und zu bekämpfen. Alexanders Verhalten und das aller Menschen im Umfeld sollte weiterhin kritisch beäugt werden, um ein gewaltfreieres und emanzipatorischer gestaltetes Leben aller zu ermöglichen.

Hoffnung dafür geben uns derzeit vor allem die Menschen, die vor nicht all zu langer Zeit noch extremes sexistisches und übergriffiges Verhalten an den Tag legten und/oder im Zuge vom internen Outcall über JD komplett versagten, Anne aber während des gesamten Prozesses unterstützten und ihr Verhalten step by step in eine feministischere Praxis rückten.

So gab es, wenn auch sehr wenige, Cis-Männer, die Anne auch nach dem Outcall über Alexander auf dieselbe Art und Weise begegneten, wie zuvor. Ohne Mitleid, ohne Pathologisierung, ohne Anne als „Opfer“ zu betrachten. Von diesen wenigen Cis-Männern waren es dann noch einmal weniger, die auch direkte Unterstützung anboten – aber es gab sie immerhin.

Es gab beispielsweise einen, der auf Anne zugeht und ihr mitteilt, dass er Interesse an der TA-Arbeit hätte, im Vorfeld aber mit ihr darüber sprechen wollte. Begründung: Er sehe sich mitverantwortlich dafür, dass es zum Outcall kommen musste, weil er auch patriarchale Verhaltensweisen reproduziert. Durch die TA-Arbeit denkt er, für sich Inhalte mitnehmen zu können, die ihn feministischer und solidarischer agieren lassen können. Er räumt außerdem im Zuge der Anfrage ein, im Prozess um JD versagt zu haben, was für ihn ebenfalls ein Antrieb wäre, einen erneuten TA-Prozess besser mitzugestalten.

Kollektive Verantwortung statt Vereinzelung

Diese Form der Anfrage war genau das, was wir unter kollektiver Verantwortung verstehen. Dieser Cis-Mann erkannte eigene problematische verinnerlichte Werte und Verhaltensweisen, weswegen er an sich arbeiten wollte. Dies wollte er nicht im stillen Kämmerlein mit sich selbst, sondern

transparent innerhalb der TA Arbeit, um u.a. gemachte Schäden innerhalb des Prozesses um JD wieder gut zu machen, Wissen mitzunehmen und einen Prozess erfolgreicher zu gestalten als den zuvor.

Teile des Umfeldes (längst nicht alle!) fangen offensichtlich an zu verstehen, welchen massiven Einfluss patriarchale Sozialisation auf unser Zusammenleben hat. Teile des Umfeldes befinden sich in Prozessen, die auf ein emanzipatorischeres, feministischeres und weniger gewaltvolles Zusammenleben hinarbeiten. Angestoßen wurden diese Prozesse vor allem durch Druck: Durch die internen wie öffentlichen Outcalls über JD, durch den Outcall über Alexander und nicht zuletzt auch durch die vielen Menschen, die dieses Umfeld immer wieder konfrontieren, sei es von außen oder von innen heraus. Wir wissen aus eigener Hand, dass das nicht immer leicht ist und wenig Anerkennung findet. Deswegen danken wir allen, die diese Stärke und den Mut aufbrachten und weiterhin aufbringen.

not truth - no justice - no peace

Das Statement der IL vom 18. August (<https://de.indymedia.org/node/299097>) zu ihrem Outing ist widersprüchlich, politisch enttäuschend und liest sich wie eine gefällig formulierte aber inhaltlich schwache Regierungserklärung - tatsächlich ist es ein Dokument vollständiger Unglaubwürdigkeit, ein Zeugnis des politischen Abgesangs. Die IL räumt darin ein, dass sie keinerlei Hinweise auf ein Männernetzwerk rund um den vermeintlichen Täter C. hat und dass die Mail der Kontaktaufnahme der einzigen externen Zeugin erfunden sein muss. Zur damit zentralen Frage: WER hat denn nun Emails und Sachverhalte gefälscht und ein Männernetzwerk herbeigelogen? fehlt dem Schreiben der IL lediglich ein "Der Kanzler kann sich nicht erinnern." Die IL deklariert diese Frage schlicht als "wahrscheinlich nicht mehr aufzuklären" und spricht damit allen ab, die dennoch Aufklärung fordern, diese Frage weiter sinnvoll zu stellen.

Zur Beschwichtigung soll nun eine neue abstruse (Not-)Lüge herhalten:

Vergesst das Männernetzwerk, vergesst die Fälschungen bei der Kontaktaufnahme der angeblichen Zeugin "Jennifer Hills" mit dem Ex-Partner der Betroffenen, lasst uns einfach gemeinsam daran glauben, dass es ein Videotelefonat zwischen Zeugin und Betroffener gab (wie auch immer die Verabredung dazu zustande gekommen sein soll) und lasst uns nun (per Definitionsmacht) der Betroffenen vertrauen, dass sie bei diesem Videocall Bilder vom Sexdate mit C. gezeigt bekommen hat. Zur Frage, woher die Bilder stammen könnten, schreibt die IL nun "Es bleibt für uns die plausibelste Erklärung, dass diese durch C. aufgenommen wurden."

Mit dieser abstrusen Hilfskonstruktion soll C. partout weiter Täter sein und eine umfängliche Übernahme der politischen Verantwortung für dieses desaströse Outing vermieden werden. Mit dieser Hilfskonstruktion wird zudem verschwiegen, dass M. als Sprecher der IL und Ex-Partner der Betroffenen der (vorgebliche) 'Empfänger' dieser Mails ist. Jetzt, wo die



IL nun endlich eingesteht, dass M. diese Mails nicht 'empfangen' haben kann, stellt sich die Frage: warum besteht sie nicht auf Klärung des naheliegenden Verdachts, M. habe die Mails, die Kontaktaufnahme mit der externen Zeugin, die komplette Geschichte gefälscht?

Die IL deckt also ihren Käpt'n Blaubär weiter und nimmt das Outing auch nicht vollumfänglich zurück. Sie schreibt lediglich: "Wir würden diese Form des Outings in diesem Fall nicht noch einmal wählen." Das ist gelinde gesagt krasser Scheiß. Warum eigentlich nicht offen zugeben? Wir sind da einer komplett gefälschten Erzählung von Protagonist*innen unserer IL-Ortsgruppe seered aus Düsseldorf aufgesessen und haben diese Lüge dummer Weise ein Jahr lang gegen erdrückende Inkonsistenzen verteidigt. Das war falsch. Wir ringen weiter um Aufklärung der Hintergründe ...

Es klingt zwar selbstkritisch, wenn die IL schreibt: "Wir haben Fehler gemacht und wollen dazu stehen. Wir halten Kritik aus, durchdenken sie, nehmen sie an, wenn wir sie für richtig halten." Nur leider ist das erneut

eine aufgehübschte Unwahrheit. Richtiger wäre zu schreiben: "Wir halten Kritik aus, lassen uns jedoch nicht aus dem Konzept bringen und geben nur soviel zu, wie es für den Selbsterhalt als politische Organisation unbedingt notwendig ist."

Der Aufklärungswille in dieser dubiosen Geschichte, die erst mit einer schlecht konstruierten Lüge glaubwürdig gemacht werden sollte, dann (nach Enttarnung) nun aber auch ohne Lügenverpackung noch weiter glaubwürdig sein soll, fehlt der IL bereits seit einem Jahr. Denn schon vor gut einem Jahr (noch VOR dem outing!) gab es a) begründete Zweifel und b) die Aufforderung, die externen Hinweise der vermeintlichen Zeugin auf ein Männernetzwerk genau zu prüfen. Für diese Überprüfung gab es sogar ein Kooperationsangebot. Der zentrale politische Vorwurf, den wir und mittlerweile mehrere feministische Zusammenhänge der IL machen, ist ihr autoritärer Alleingang. Es ist nachweislich falsch, so zu tun, als hätte die IL vor einem Jahr nach bestem Wissen gehandelt: "Auf Basis der heutigen Informationslage hätten wir andere Wege der Konfrontation mit dem Täter gesucht und einen anderen Umgang mit seinem Umfeld gewählt." Auf die Unzulänglichkeit des inhaltlich grob geschnitzten und auf diesen Fall ganz und gar nicht anwendbaren Leitfadens der IL zum Umgang mit sexualisierter Gewalt wurde die IL von extern aber auch intern zuvor(!) hingewiesen.

Die Enttarnung der Lügengeschichte war von Anfang an alleinige Sache von externen Recherchegruppen. Die skandalöse Untätigkeit der IL-internen Untersuchungskommission ist über den geleakten Kommissionsbericht <https://tumulte.org/2023/06/articles/il-leak-zum-k%C3%B6lner-outing/> öffentlich geworden. Die notwendige Aufklärungsarbeit zuerst als "Täterschutz" und nun als aus dem "erweiterten Täterumfeld" stammend und als "höchst zweifelhaft motiviert" zu delegitimieren, ist mehr als schlechter Stil. Es ist politisch untragbar und zeugt von keinerlei Verantwortung gegenüber einer Gesamtlinke.

Gleichermaßen verantwortungslos ist es, die (leider reale!) Repressionsgefährdung der linken Szene (zumindest in Köln und Düsseldorf) durch ermittelnde Bullen C. und eben diesem "erweiterten Täterumfeld" zuzuschreiben. Hätte sich die IL verweigert, die machtmisbräuchliche Lügengeschichte ihres Sprechers M. zu decken, wäre kein Bulle auf die Suche nach Anhaltspunkten für das herbeigelogene Männernetzwerk gegangen.

Stattdessen verrennt sich die IL in immer abstrusere Lügen und diskreditiert leider nicht nur ihre eigene, sondern die Glaubwürdigkeit der gesamten Restlinken. Sich nicht einmal bei C. zu entschuldigen, wenn sich die Vorwürfe als haltlos herausstellen, das ist 'feministische' Verantwortungsübernahme à la IL (Ignorante Linke).

fake as fake can? – strategisches Verhältnis zur Wahrheit

Es wäre jedoch falsch, die Verantwortung für diese Glaubwürdigkeitskrise allein bei den mutmaßlichen Fälscher*innen aus Düsseldorf und den Funktionär*innen der IL auf Bundesebene zu suchen. Was bedeutet es, dass uns so viele IL-Vorturner*innen und -Nachbeter*innen aus verschiedenen Ortsgruppen 'versichert' haben, dass sie die "eindeutigen Beweise" (selbst) gesehen haben wollen, nun aber beiläufig eingeräumt wird, dass es diese gar nicht gibt. Erschüttert das unser Vertrauen? Kratzt das an der Glaubwürdigkeit dieser Personen? Oder sind wir bereits so gewöhnt an das (macht-)strategische Ringen um Deutungshoheiten, in denen die rhetorische Entschiedenheit des medienpolitischen Auftritts mehr zählt als dessen Wahrheitsnähe, dass uns die aktive Lüge nicht mehr stört. 'Aktiv' gelogen wurde von vielen Iler*innen in dem Sinne, dass sie nicht bloß einer Missinformation aufgesessen waren, sondern mit der (falschen) Zusicherung tatsächlich Desinformation gegenüber Genoss*innen betrieben haben. Diese wesentliche Unterscheidung zwischen Miss- und Desinformation geht in der ungenauen Bezeichnung des 'fake' aktueller Debatten verloren.

Wirklichkeit wird nicht mehr gesucht, sondern inszeniert. Diejenige Lüge mit der aktuell größten Aussicht auf Akzeptanz soll die 'Wahrheit' sein? Kein gutes Zeichen für eine radikale Linke und ihre gesellschaftliche Glaubwürdigkeit, wenn sie sich Strategien der populistischen Rechten zu eigen macht. Worauf dürfen wir in politisch entscheidenden Momenten zählen, wenn das Geschäft der Desinformation so leichtfertig auch gegenüber Mitstreiter*innen betrieben wird. Wer noch nicht resigniert angesichts der Belanglosigkeit mancher linker Kämpfe sondern zum Teil mit hohem Wagnis weiterkämpft, muss sich auf seine Mitstreiter*innen in politischen Zusammenhängen verlassen können. Ein rein strategisches Verhältnis zur Wahrheit wie es hier bei der IL zum Vorschein kommt, ist für uns nicht tragbar. Eine radikale Linke muss auf Vertrauen aufbauen. Wir müssen auf der Basis dieses IL-Statements weiterhin vor einer Zusammenarbeit mit der IL warnen - nicht aus Antipathie sondern zum Selbstschutz. Wir haben kein Vertrauen (mehr) in die IL als politische Organisation.

Die Düsseldorfer Gruppe des Geschichtenerzählers M. ist selbst Zeugnis dieser Glaubwürdigkeitskrise. Just am Tag der Veröffentlichung des IL-Statements verkündet die Mehrheit der zuvor ausgetretenen Mitstreiter*innen die Neugründung einer Gruppe namens R.o.s.a. - und zwar ohne M.

Eine der drei Recherchegruppen

Weitere Lektüre:

<https://k3-2022.tumblr.com/post/727430346043506688/scheitern>

<https://kontrapolis.info/11038/>

<https://tumulte.org/2023/06/articles/il-outing-skandal-vorletzter-akt/>

Ein Brief von St. Mp. aus dem Gefängnis von Koridallos

Athen (17.10.22)

Vorbemerkung der Übersetzer:innen:

Wir haben uns entschieden diesen Brief zu verbreiten, da es eine Möglichkeit ist die Isolation der Gefangenen zu durchbrechen, auch wenn es nur eine minimale Geste ist, die hoffentlich dazu beitragen wird die relative Unwissenheit über die Situation von ihr zu überwinden. Wir haben uns entschieden diesen Brief zu übersetzen, da wir denken, dass es notwendig ist die Parameter der dürftigen Konversation zu verändern, welche bis jetzt nur dazu geführt hat, dass sich Menschen in den bereits existierenden Loyalitäten verschanzen (als Freund:innen/ Feind:innen oder politische Verbündete/ Antagonist:innen). Andere Leute müssen involviert werden – nicht um zum neusten Szenedrama beizutragen – sondern um einen bedeutungsvollen Unterschied in ihrem Kontext auszumachen (was für manche auch diesen Kontext miteinbeziehen wird).

Wenn wir Geschichten über Übergriffe hören, die weit entfernt von unserem Umfeld passieren, werden die Verurteilungen leichtfertig ausgedrückt, Schuld und Gründe klar aufgezeigt, alle rufen „Nieder mit dem Patriarchat“. Wenn es zu übergriffigem Verhalten in unserer engen Umgebung kommt, sind die „hättes“ und „abers“ zahlreich, Unklarheiten und Nuancen verkomplizieren die Sache und das Patriarchat ist anscheinend nicht mehr involviert. Das ist nicht das erste mal, dass wir über Übergriffe innerhalb anarchistischer Kreise hören und es wird nicht das letzte mal sein und wir sind es satt Diskussionen darüber zu führen, ob diese oder jene Person uns ausreichend Hinweise geliefert hat, um sie unserer Unterstützung für würdig zu erachten (und sind wir ehrlich, es ist eine Unterstützung die immer sehr am Spielfeldrand verbleibt). Wir sind stets fast genauso traurig wie schockiert über die Reaktionen des direkten Umfeldes davor, währenddessen und danach. Wir müssen das besser machen.

Abgesehen von den Parolen auf Demonstrationen und den persönlichen Zeugnissen auf Indymedia, müssen wir fähig sein darüber zu sprechen und dagegen zu kämpfen, wie die patriarchale Gesellschaft auch unser Verhalten, unsere Beziehungen, unser Denken und uns selbst formt. Wir haben weder Antworten, noch beanspruchen wir die Wahrheit – wir wollen leben und nicht bloß in dieser unterdrückenden Gesellschaft überleben – lasst uns von hier aus ausgehen.

(Triggerwarnung: Der Text spricht über explizite gewalttätige Handlungen)

Ein Brief von St. Mp. aus dem Gefängnis von Koridallos, Athen (17.10.22)

Es gibt Ereignisse, die das Leben eines Menschen für immer zeichnen können. Ereignisse, die dich bis zu dem Punkt hin brechen und ängstigen können, Alpträume zu haben und Angst vor dem Schlafen zu haben; bis dahin dich zu fragen, ob du Leuten trauen kannst, da du von der Person verraten wurdest, die dir am nächsten war, deinem Partner.

Am 1. Mai 2020 habe ich auch ein solches Ereignis erlebt, welches ich nie vergessen werde und welches mich bis zu meinem Lebensende verfolgen wird.

Nach einem sehr heftigen Streit mit meinem Partner, hat er mich verprügelt, mich mit einem Messer angegriffen und mein Bein verletzt. Unsere Nachbarn und mein Vater haben die Polizei und den Krankenwagen angerufen, um häusliche Gewalt anzuzeigen. Nach der Ankunft und der Abfahrt der Polizei (wir haben wegen unserer politischen Ansichten keine Anzeige aufgegeben) und der Notärzte (um erste Hilfe zu leisten), begann der Streit von neuem und eskalierte. Mein Partner griff mich zum zweiten mal an, diesmal mit dem Ziel mich zu töten. Ich verteidigte mich selbst und mein Partner wurde nach einer Konfrontation zwischen uns verletzt. Ich rief den Krankenwagen, er wurde mit ins Krankenhaus genommen, wo er unglücklicherweise als ein Resultat der inneren Blutungen, die er von seiner Verletzung davon getragen hatte, verstarb. Ich wurde davon später informiert, nach meiner Verhaftung, da die erste Einschätzung der anwesenden Ärzte war, dass er einen Herzstillstand erlitt.

Es war nicht das erste Mal, dass wir eine intensive Auseinandersetzung hatten, aber es war das erste mal, dass er mich einem Messer bedroht hatte.

Ich hatte die Streits nie mit anderen diskutiert, da ich immer hoffte, es wäre das letzte mal, da es nicht zu Beginn unser Beziehung geschehen war, sondern nur im letzten Jahr. Ich war darüber verwirrt, was uns verbindet und was uns trennt, da wir sechs Jahre unseres Lebens zusammen verbracht hatten. Da es nicht einfach ist zu realisieren, dass du das Opfer von Gewalt bist, auch wenn du denkst, du kannst es erkennen. Da ich Angst hatte, niemand würde mir glauben. Und ich habe immer noch Angst...

Ich wurde wegen willentlichen Mordes verurteilt, den ich in einer ruhigen mentalen Verfassung begangen haben soll, obwohl wir beide unter dem Einfluss von Drogen waren, wie unsere toxologischen Tests bewiesen haben. Obwohl das Gericht die Möglichkeit akzeptiert hat, dass ich teilweise in einer defensiven Position war, wurde ich in der ersten Instanz zu zwölf Jahren für Mord plus drei Monaten für Waffenbesitz verurteilt.

Ich bin seit mehr als zwei Jahren im Frauengefängnis von Koridallos eingesperrt und ich versuche das Trauma und die physische Gewalt, die ich erlitten habe zu bewältigen, sowie die psychologische Gewalt, die auf meine Isolation und meinen Ausschluss hin folgte, besonders während des ersten Jahres (ich beziehe mich nicht nur auf die Umstände des Gefängnisses), aber auch den Umgang mit dem Verlust durch den Tod.

Ich bin immer noch hier, warte auf meinen zweiten Prozess, hoffe und frage nach einer Umwandlung meiner Anklage, basierend auf den tatsächlichen Ereignissen. Nicht notwendigerweise nach einer Umwandlung meines Urteils, so komisch es klingen mag. Denn was ist letztlich Gewalt

und was ist Selbstverteidigung? Für mich ist das eine Frage der Moral und der Prinzipien.

Ich würde mich gern an all die Frauen richten, die in ähnlichen Situationen sind, und ihnen sagen, nicht darin zu verbleiben. Hört auf euch schuldig zu fühlen. Geht weg, egal was es kostet. In einer toxischen, übergriffigen Beziehung zu bleiben kann katastrophale Konsequenzen haben. Was passiert ist, war schrecklich und hätte nie passieren sollen! Diese Art von Situationen haben nie ein schönes Ende.

Wenn ich den Nachrichten folge, sehe ich jeden Tag einen neuen Femizid passieren und ich frage mich, ob wir die Bedingungen schaffen können,

damit wir all diese Stimmen ohne Angst hören können. Um die tatsächliche Erscheinung der Gewalt zu begreifen, welche (nicht nur) Frauen erleiden. So dass die Gewalt aufhört normalisiert zu werden und der Widerstand von Frauen aufhört als irrational und marginalisiert gesehen zu werden.

Es hat lange gedauert bis ich begriffen habe, was mir geschah und bis ich etwas von meinem Mut wiedergewinnen konnte. Das ist einer der Gründe, warum ich nun spreche. Damit sich niemand anderes in der selben Situation befindet. Damit jede:r von uns sprechen kann. Um der Angst ein Ende zu setzen.

Auslieferung

eine neue Broschüre über „Frauen“Knast

Das Ziel dieser Broschüre ist, die Erfahrung und die Gedanken einer anarchistische GefährtIn, die 2016 und 2019 im sog. „Frauen“knast war, zu teilen.

Die Themen der Broschüre sind:

- Knast, Gender und Patriarchat
- Figur der politischen Gefangenen
- Knasttransport
- Gefühle im Gefängnis

Die Broschüre findet ihr hier :

<https://de.indymedia.org/node279804> (TOR:
<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspunueqdx-4csrslhpc2z3haiflnrn6dqd.onion/node/279804>)

Und die französische Version :

<https://nantes.indymedia.org/zines/88800/une-nouvelle-brochure-sur-la-prison-dite-pour-femmes/>

Einleitung

Nach meiner 3 Monate langen Inhaftierung im Herbst 2016/2017 (nach einer Demo in Solidarität mit dem Berliner Squat Rigaer Straße 94) und meiner 9 tägigen Inhaftierung in November 2019 (Vorwurf war versuchte Brandstiftung an einem Polizeiauto) in Deutschland habe ich mich noch intensiv mit dem Thema Knast auseinandergesetzt - ohne dass ich es direkt bewusst wahrnehme, bin ich wieder zum Thema Patriarchat weitergerutscht.

Selten habe ich Analysen, Diskussions oder Communiqués über Knäste und Haft gefunden, die meiner Erfahrungen in 5 verschiedenen deutschen „Frauen“JVA entsprachen und meinen Schwierig-

keiten, meine Position als (politische) Gefangene zu erleben, erleuchteten. Es blieben immer Fetzen in mir, die rätselhaft und dreckig waren, unverständlich für viele. Ich versuche, diese Fetzen zusammen zu flicken aber sie passen kaum zusammen, es kommt kein passendes Bild heraus.

Meistens enden Gespräche zum Thema „Gender und Knast“ im Rollenbilder Dead End „Liebe, Care und Kinder“. Versteht mich nicht falsch, das sind sehr wichtige Themen, ich finde es nur unerträglich, das es weiterhin so oft das Einzige ist, was wir zum Thema Gender und Knast zu sagen haben. Ich habe da drinnen etwas anders gespürt, etwas was mich getrennt hat, von den Erfahrungen cis-männlicher Gefangener, von der üblichen Antiknastarbeit und mich entfremdet hat von Seiten von mir. Es bleiben so viele Fragezeichen.

Meistens enden Gesprächen zum Thema „Politische Gefangene“ mit dem „alle Gefangene sind politisch, manche sind subversiv/re bellisch/solidarisch“. Es ist auch gut. Nur hilft es mir nicht zu verstehen, was da drinnen passiert ist, dieser lange Schnur der Beziehungen mit meinen Mitgefangenen, die so bunt und wechselhaft war. Da drinnen haben wir zusammen Politik gemacht. Aber welche Politik?

Ich fand Spuren, Ariadne Fäden, in ein paar Autobiographien wie die von Inge Viett oder Barbara Balzerani. Ich musste weinen, als ich das großartige, lustige, tief berührende Interview mit S. das erste Mal gehört habe. Gespräche mit manchen Antiknastkollektiven haben mich beruhigt und gestärkt. Ein paar Folgen von „Un podcast à soi“ haben mich erschüttert (1). Das sind die seltene Griffe, an die ich mich halten könnte in meiner überlangen Verdauungsarbeit von dem, was mit mir in diesen Zellen geschah.

Mir fällt es wahnsinnig schwer, diese Broschüre rauszubringen. Es belästigen mich tausend Fragen wie : Ist es nicht Größenwahnsinnig, eine Broschüre nur mit meinen Texten zu machen Ist es überhaupt OK, einen Text mit meinem Namen zu unterschreiben? Macht es nicht andere Gefangene

unsichtbar? Ist das, was ich geschrieben haben, es überhaupt wert, es auf Papier auszudrucken? Werde ich mich nicht zum Tod schämen, wenn Leute diese Brochüre lesen? Diese Fragen sind zwar sehr wichtig, aber ich weiss doch auch, dass der Fakt, dass ich mir diese Fragen stelle und andere weniger, einer der Gründe dafür ist, dass bestimmte Stimmen gehört werden und andere nicht.

Diese Zweifel liste ich hier nicht auf, um Komplimente anzuregen oder um mich irgendwie zu rechtfertigen, sondern um eine Verbindung zu schaffen mit den Menschen, die sich auch diese Frage stellen. Viele Texte werden veröffentlicht als ob es nichts wäre, als ob wir, denen der einfache Gedanke, unsere Stimmen hören zu lassen, weh tut, Einzelfälle wären. Doch sind wir viele und die Tatsache, dass wir uns unsere Frage stellen ist genau der Grund, wieso wir sie unbedingt überschreiten müssen. 6 Jahre Mühe hat es mich gekostet, um meine Beiträge zum Thema Knast als Verbreitungswert zu schätzen. 6 Jahre wo ich immer wieder mit Situations konfrontiert wurde, wo GefährtInnen vielleicht weniger gelitten hätten, wenn ich meine Stimme früher lauter gemacht hätte und meine Erfahrung geteilt hätte, 6 Jahre wo ich die selben Punkte wiederholen musste, weil ich vorher zu leise nirgendwohin hingeflüstert hatte.

Oft werden der Alltag im Gefängnis, Haft und die Repression als ein zweiseitiger Kampf dargestellt wo es darum geht, durchzuhalten. Meine Erfahrung war anders. Ich befand mich in einem großen Spinnennetz von Stärken und Brüchen, wo meine Privilegien letztendlich die Waffen sind, mit denen ich besiegt werde, wo ich oft mein schlimmster Feind bin und wo ich mich für manchen meiner größten, schönsten Erfolge immer noch schäme. Auf diesem Spinnennetz muss ich mich ganz langsam bewegen und leise betrachten, was dann passiert, wie beim Schach spielen, nur dass mein ganzes Herz, mein Körper und meine Freiheit dabei im Spiel sind, und zwar nicht nur meine. Doch wenn ich mich nicht bewege, ist mein Schicksal bereits besiegt.

Ich habe mich entschieden, diese Texten zu veröffentlichen ohne sie zu bearbeiten, auch wenn es mir an manchen Stellen unangenehm ist.

Ich biete euch jetzt an, mich durch die Jahre zu begleiten, mit allen Inkohärenzen, die dazu kommen. Hier sind fast alle Texte, die ich zum Thema geschrieben habe sowie ein Paar Neuheiten.

(1) alle diese Texte findet ihr wieder in der Bibliografie.

Kontakt: [auslieferung-auslieferung\[at\]riseup.net](mailto:auslieferung-auslieferung@riseup.net)

Neues vom Spitzenstuhl für Boris

Besançon, Frankreich - Juli 2023

Anfang März wurde ein vierseitiger Bericht veröffentlicht, der die Geschichte des Besançonner Anarchisten Boris nachzeichnet, von seinem Angriff auf zwei von der Polizei und den Mobilfunkbetreibern genutzte Telekommunikationsmasten im Jahr 2020 im Jura über seine Inhaftierung im Gefängnis von Nancy, seine Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Haft auf Bewährung und seinen öffentlichen Brief aus dem Gefängnis, in dem er seine Tat verteidigt, bis hin zu seinem langen Krankenhausaufenthalt nach einem Brand in der Zelle, der ihn querschnittsgelähmt machte. Und schließlich der Kampf um die Entlassung aus der Palliativstation, wo er begraben wurde. Inzwischen wurde das vom Arzt dieser Abteilung gegen den Gefährten eingeleitete Vormundschaftsverfahren nach Einlegung von Rechtsmitteln aufgehoben, und Boris hat die letzten sechs Monate in einem Pflege- und Rehabilitationszentrum (CRDD) verbracht, wo er sich einigermaßen erholen konnte.

In diesem Text haben wir auch einen Aufruf zur finanziellen Unterstützung gestartet, um Boris die Rückkehr auf die Straße und ins Sonnenlicht zu ermöglichen - weit weg vom Bett und den Geräten, die ihn zu lange unter den Neonlichtern eines Krankenzimmers gefesselt haben - für den Kauf eines maßgeschneiderten vertikalen elektrischen Rollstuhls.

Nun sind die zahlreichen Rollstuhltests von Boris beim Ergotherapeuten der SSR abgeschlossen, und der Kostenvoranschlag des Unternehmens ist gerade im Juni eingetroffen: 35.000 Euro nach Abzug des „Sozialversicherungsanteils“! In der Zwischenzeit wurden in nur vier Monaten und dank der Solidarität, die von vielen Seiten kam - anonyme Einzelpersonen und

öffentliche Initiativen (Konzerte, Debatten, Karaoke, Kantinen) oder Solidaritätsfonds - bereits fast 22.000 Euro für den Superstuhl gesammelt. Ein großes Lob an alle, aus Bielefeld, München und Hamburg (Deutschland), aus Gent und Brüssel (Belgien), aus Portland (Vereinigte Staaten) und Kanada, aus Italien und Griechenland, aber auch aus Besançon, Caen, Cévennes, Dordogne, Drôme, Marseille, Poitiers, Paris, Toulouse... und anderswo.

Es fehlen also noch 13.000 Euro für die vollständige Anschaffung des Stuhls, auch wenn seine Herstellung mit Hilfe von vorübergehenden Darlehen von Genossen erstmal in Gang gesetzt wurde. In der Zwischenzeit läuft noch ein bürokratischer Finanzierungsantrag, dessen Höhe und Zeitpunkt ungewiss bleiben. Angesichts der Dringlichkeit rufen wir jetzt erneut dazu auf, Solidaritätsgelder für die Aktion „Ein Spitzen-Rollstuhl“ für Boris zu sammeln, denn der Gefährte braucht auf jeden Fall noch Geld für viele andere Hilfsmittel als nur den Stuhl, um mehr Autonomie und/oder Komfort zu erlangen.

Der Gefährte bleibt mit zwei Orten koordiniert, um das restliche Bargeld zu sammeln, das immer per Scheck oder Überweisung geschickt werden kann (schreiben Sie an retourausoleil@riseup.net), oder hinterlegt werden bei:

Bibliothèque Libertad - 19 rue Burnouf - 75019 Paris
Librairie Autodidacte - 5 rue Marulaz - 25000 Besançon

*Anarchist*innen in Solidarität und Komplizenschaft mit Boris*

(B) Für Mouhamed Dramé

Rache 1 Jahr nach Polizeimord in Dortmund

Dokumentation:

Am Abend des 4. August haben wir einen Konvoi aus zwei Polizeifahrzeugen, die gerade entlang des Parks am Gleisdreieck fuhren, mit Steinen angegriffen. Ihre Fenster gingen zu Bruch und sie flüchteten panisch aus dem Bereich.

Wir befürworten solche Angriffe immer und überall, haben aber den Zeitpunkt fast ein Jahr nachdem die Polizei Mouhamed Dramé in Dortmund ermordet hat, gewählt. Mouhamed Dramé war bei seinem Tod 16 Jahre alt und war nach einer langen Migrationsroute aus dem Senegal gerade erst in Deutschland eingetroffen.

Kapitalismus basiert auf dem Konstrukt des Rassismus. Die polizeiliche Kontrolle, die in den Kolonien entwickelt wurde, sichert die weiße Vorherrschaft bis heute.

Es ist kein Problem von Einzelfällen oder ein Rassismusproblem in der Polizeibehörde, wie uns die liberale Lüge glauben machen will. Der Staat, der Kapitalismus und die Polizei sind von Grund auf rassistisch und sollten angegriffen und zerstört werden.

Wir leben in einer Welt, in der Teile der Gesellschaft als unnötig eingestuft werden und massenweise ermordet werden, hauptsächlich anhand

ihrer Hautfarbe und ihrer Herkunft. Das kann man im Fall von Mouhamed sehen, man kann es bei dem fortgesetzten Morden an Massen von Migrant*innen an den europäischen Grenzen sehen und man kann es am Fall von Nahel in Paris sehen.

Die Polizei schreitet dabei voran, ihre repressiven Techniken auszubauen, wobei insbesondere People Of Color und migrantische Körper von der ganzen Bandbreite der Kontrolle betroffen sind.

Aber die staatliche Legitimität ist nur ein Trugbild. Das beweisen unsere Revolten, Aufstände, die Organisierung von Widerstand und unserer Leben von Unten. Je stärker unsere Antworten auf jeden Mord sind, desto besser. Wir waren im Geiste bei den massenhaften Ausschreitungen und Angriffen auf die Polizei und den Staat in Frankreich als wir unsererseits einen Weg gefunden haben, um eine minimale Antwort auf den brutalen Mord an Mouhamed Dramé zu geben.

Die Polizei ist immer nur einen Steinwurf weit entfernt.

anonym

Mord an Mouhamed Lamine Dramé

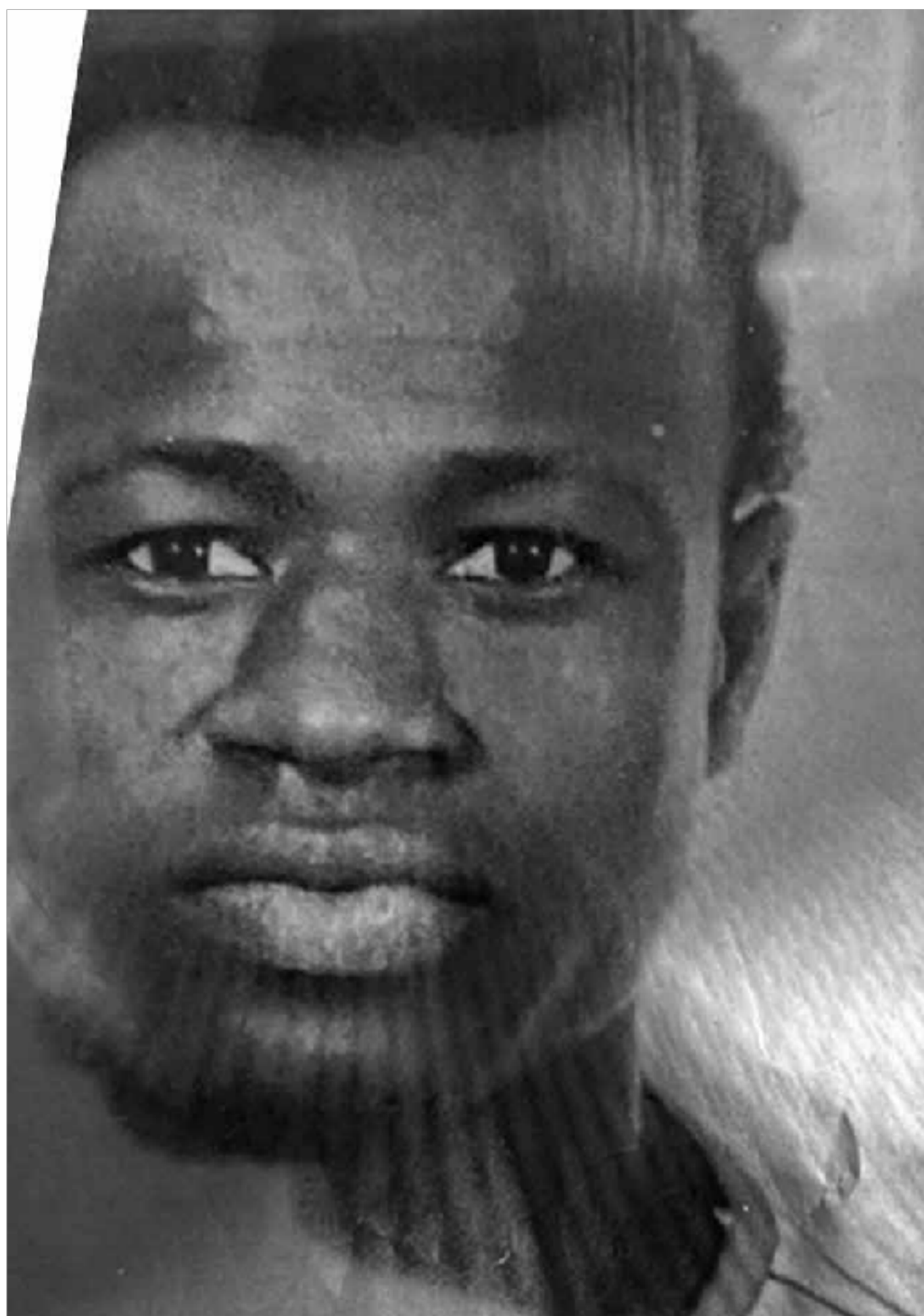
Wie gehts weiter nach der Demo vom 12. August?

Die Demonstration in Dortmund zum Jahrestag der Ermordung von Mouhamed belegte eindrucksvoll, dass es eine Basis gibt um diesen Mord durch die Polizei nicht dem Vergessen zu überlassen; im Gegensatz zu den unzähligen weiteren Fällen. Was bei den meisten Toten durch staatliches Handeln selten gelingt, ist vom Solidaritätskreis Justice4Mouhamed vollbracht worden. Nämlich ein Jahr nach den Schüssen aus einer Maschinenpistole, eine Menge zu versammeln die Aufklärung, Gerechtigkeit und teilweise auch Vergeltung forderte.

Die Demonstration wurde nicht von weißen Linksradiكالen dominiert, sondern ist über die Szenegrenzen hinaus verankert. Teilnehmende liefen trotz starkem Regen nicht auseinander und es wurde sich über eine Auflage der Versammlungsbehörde hinweggesetzt, nicht vor der berüchtigten Nordwache stehen zu bleiben. Der Weg durch die Fußgängerzone und Haupteinkaufsmeile Dortmunds wurde zu einer erfolgreichen militanten Propaganda gegen die Polizei und damit auch gegen den Staat, ohne das etwas randaliert wurde, (was durchaus möglich gewesen wäre). Aus den skandierten Parolen sprach klar der Hass auf die Polizei und dem zum Schutz der Mordwache abgestellten Kontingent riefen Hunderte entgegen: „Wir kriegen euch alle!“

Von dieser Artikulation der Demonstrierenden und den verbreiteten Texten des Solidaritätskreises ausgehend, ergeben sich mehrere Fragen.

- Wenn Gerechtigkeit gefordert wird, – von wem erwarten wir diese bzw. an wen richtet sich die Forderung? Es dürfte klar sein, dass der deutsche Staat, genauso wenig wie andere Staaten, weder Interesse hat noch vom Wesen her in der Lage ist, Gerechtigkeit zu schaffen. Das hat dieser Staat, der zum Zweck seiner Existenzsicherung verschiedene bewaffnete Organisationen unterhält, eindrucksvoll durch unablässiges Töten bewiesen. Daraus ergibt sich, dass eigentlich nur diejenigen, die in dem staatlich kontrollierten Gebiet leben, für sich selbst Gerechtigkeit schaffen können.
- Von wem erhoffen wir uns die Aufklärung der Ereignisse in einem Hinterhof der Nordstadt? Der Ruf nach Aufklärung ist verständlich, schließlich ist es nicht nachvollziehbar, warum ein Haufen schwer bewaffneter Beamt*innen ihr ganzes Arsenal einsetzt, um einen Jugendlichen zu ermorden, der zuvor noch nicht einmal gegen eines ihrer Gesetze verstoßen hat. Leider hat die bewundernswerte Oury Jalloh Initiative belegt, dass der Staat und seine Polizei und Justiz, alles dran setzen werden um



jede noch so unglaubliche Lüge für immer als ihre historische Wahrheit festzuschreiben. Wir hingegen müssten selbst für diese Aufklärung sorgen, es gibt keinen anderen Adressaten.

- An wen richten sich die vorgebrachten Appelle zur Scham? Erneut haben Stadt Dortmund und Polizei glaubhaft bewiesen, dass sie keine moralischen Grenzen kennen. Weder um das von ihnen beanspruchte Gewaltmonopol durchzusetzen, noch um den daraus entstandenen Verletzungen einen humanitären Anstrich zu verpassen. Polizist*innen schämen sich nicht für etwas, was der einzige Grund ihrer Existenz ist: Gewalt ausüben. Und auch ihre Auftraggeber in Politik und Verwaltung schämen sich nicht für etwas, für das sie jedes Mittel bereit stellen: die Aufrechterhaltung des Status Quo. Die Scham kann lediglich bei uns liegen, die wir nicht auf jeden staatlichen Mord angemessen reagieren, sondern uns in den meisten Fällen dran gewöhnt haben.
- Abolish the police, wie es einige Demonstrant*innen gefordert haben, ist eine mögliche Lösung für das Problem. Doch auch hier, – an wen richtet sich diese Forderung bzw. welche konkreten Schritte sollen dafür unternommen werden?

Selbst in den wenigen Momenten des Untergangs einer Regierungsform; als sich der Deutsche Kaiser verpisste, als die Wehrmacht kapitulierte oder als sich die DDR selbst abschaffte, war die Gesellschaft fähig oder stark genug es einmal ohne Polizei zu versuchen. Abolish the police, wenn es mehr bedeuten soll als eine Theorie, bedeutet einen Zusammenstoß mit Staat und Gesellschaft.

Vergeltung und Selbstverteidigung

Der Solidaritätskreis Justice4Mouhamed hat in dem kurzen Zeitfenster nach dem Mord einen wichtigen Schritt getan, um Vergessen und Gewöhnung zu verhindern. Wenn nicht unmittelbar nach einem staatlichen Mord begonnen wird Gegenöffentlichkeit herzustellen, ist es dafür zu spät. Wir finden uns also jetzt in der sozialen Basis wieder, die den Mord an Mouhamed nicht einfach hinnehmen kann. Der Solidaritätskreis hat zudem erfolgreich den Versuch abgewehrt, das Gedenken parteipolitisch zu vereinnahmen.

Mit der Dortmunder Nordstadt ist ein Gebiet zum Schauplatz geworden, dass seit langem Ziel einer rassistischen Hetze durch Medien und Politik ist. Hier werden neue Instrumente der Repression ausprobiert, wie z.B. die Videoüberwachung der Münsterstraße und Null-Toleranz Konzepte der Polizei. Diese Nachbarschaft ist kaum noch zu gentrifizieren weil viele Weiße und Besserverdienende die Nordstadt aufgrund der Pressekampagnen seit Jahren verlassen haben (gut so, ihr Trottel!). Ein Kiez wie geschaffen für den Widerstand im sozialen Krieg, ein internationales Subproletariat in nicht mehr ganz so frischen Häusern und Straßen voller Barrikadenmaterial.

Indes blieb die Reaktion aus nach dem Mord an Mouhamed, die wir in Frankreich nach dem Tod von Nahel oder George Floyd und anderen Schwarzen in den USA, als angemessene Antwort registrieren. In Deutschland explodiert keine Wut auf den Straßen, wenn die Polizei hier Schwarze, Weiße, Frauen, Jugendliche, psychisch Kranke, Einbrecher, Autofahrer, ... erschießt, erschlägt, verbrennt, vergewaltigt, mit Pfefferspray oder Brechmittel tötet, lagebedingt erstickt ...

Was kommt nach der Demonstration vom 12. August in Dortmund? Nach einer Gerichtsentscheidung, nach dem nächsten Mord durch die Polizei?

Irgendwann muss doch der Moment gekommen sein, in dem wir uns in unseren Nachbarschaften verteidigen und für die unendliche Liste staatlicher Morde Vergeltung üben. Vergessen wir erstmal die linke oder linksradikale Szene, sie hat während der Maßnahmen gegen Covid bewiesen, dass sie von Angst und „Vernunft“ gesteuert wird. Angst und „Vernunft“ sind schlechte Ratgeber wenn wir mit Gewalt konfrontiert sind. Die Angst, dass es noch schlimmer kommt wenn wir zurückschlagen. Die „Vernunft“, die flüstert, dass wir der Polizei nichts entgegenzusetzen haben. Hier liegt der Unterschied zu der sozialen Basis, in der Nahel oder George Floyd getroffen wurden. Der Unterschied zwischen Zuschauer*innen und Beteiligten, die sich mit den Ermordeten identifizieren.

Wir haben keine Identität, keine nationalistische (zum Glück), kein Klassenbewusstsein, weder Clanmentalität noch familiäre Identität, keine nachbarschaftliche Verbundenheit. Wir sind vereinzelte Individuen. Nur wenn wir diese Position aufgeben, können wir uns so sehr als Betroffene eines Angriffs auf eine Klasse oder eine Community identifizieren, dass Angst und „Vernunft“ überwunden werden.



In Berichten aus Frankreich nach den jüngsten Unruhen, heißt es, die Beteiligten an den Auseinandersetzungen haben kein Verlangen nach Mediation. Ein weiteres Problem, wenn wir die Reaktionen in Deutschland genau betrachten, ist der Wunsch nach Mediation. Der Mord an Mouhamed kann als Ausdruck des ungebrochen kolonialen Verständnisses deutscher Behörden verstanden werden. So selbstverständlich wie die BRD weiterhin andere Kontinente ausplündert, als Müllhalde und Absatzmarkt für die eigene Industrie missbraucht, so selbstverständlich löschen deutsche Beamt*innen Menschenleben aus, weil Migrant*innen aus ihrer Sicht in Europa einfach nichts zu suchen haben. Aus diesem Denkmuster vom

Herrschenden und den Beherrschten entwickelte Frankreich 2017 das berühmte Gesetz, welches der Polizei das Recht gibt Schusswaffen einzusetzen, wenn eine Person die Zusammenarbeit mit ihr verweigert. Darin liegt vermutlich auch das Motiv des Bullen in Dortmund, der den Abzug der Maschinenpistole gegen Mouhamed drückte.

Malcom X bezeichnete die Gewaltfreiheit von Martin Luther King als beste Waffe der Weißen, Im Zuge des Auftauchens der Black Panther in den USA, wurde die Gewaltfreiheit als Selbstaufopferung benannt, die drei Ziele verfolge: die moralische Überlegenheit der Schwarzen, weil die Polizeigewalt nicht legitim und inakzeptabel ist; das politische Versagen des Staates weil die Gewalt gegen Schwarze illegal ist; psychologisch werde durch die Gewaltfreiheit der Schwarzen, die Polizeigewalt selbst in den Augen der Täter nicht mehr akzeptabel. Sechzig Jahre und einige Tausend Tote später wissen wir, nur die Selbstverteidigung der Angegriffenen erhöht die Chance des eigenen Überlebens. Der Widerstand im Abzug einer Schusswaffe, der eine versehentliche Schussabgabe verhindern soll, lässt sich weder politisch noch juristisch oder moralisch erhöhen. Einzig die Angst des Bullen vor den Konsequenzen erhöht diesen Abzugswiderstand. Der Staat sichert seinen Beamt*innen vollständige Immunität zu. Mithin liegt es an uns dem Bullen eine Angst vor Konsequenzen zu vermitteln.

Ein Moment der randalierenden Revolte

[*Temps Critiques, erschienen in lundimatin#392 am 22. Juli 2023*]

In Fortsetzung der zahlreichen Artikel, die wir über die Unruhen veröffentlicht haben, die sich nach dem Tod von Nahel M. in Frankreich ausbreiteten, hat uns die Zeitschrift Temps Critiques diese sachliche, historische und politische Analyse übermittelt.

1) Zunächst ein wesentlicher Punkt in der semantischen Verschiebung, die sich zwischen 2005 und 2023 auch in Temps critiques vollzogen hat. Während wir also in unserem Artikel in Nr. 14 („La part du feu“) von einer Revolte in den Vorstädten berichteten, die damals nur wenige von uns begrüßten, ohne sie zu mythisieren, ist heute - also auch innerhalb der Zeitschrift, wenn man einigen Briefen oder mündlichen Diskussionen Glauben schenken darf - scheint es, dass die Frage der Revolte in den Hintergrund getreten ist oder sogar durch die neue Betonung des Phänomens „Auf-ruhr“ verdeckt wird, als ob es alles, was es zu diesem Thema zu sagen gibt, überdeterminiert oder konzentriert. Dabei ist der Aufruhr nur ein konkreter Ausdruck, in einer bestimmten Form, dieser ursprünglichen Revolte, die auf Wut und Emotionen beruht, die keine politische Umsetzung mehr finden. Wenn man von der amerikanischen Situation absieht, hat die Praxis des Aufruhrs in Frankreich ihren Ursprung in neuen Formen der städtischen Gewalt, die seit Ende der 1970er Jahre aus den „Vierteln“ oder Vorstädten [1] kommen.

Doch ihr geografisch begrenzter Charakter und die Entwicklung alternativer, „politischer“ Praktiken wie der „Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus“ von 1983, der zumindest in der Linken eine politische Anerkennung dieser Bewegung bewirkte, bildeten keinen fruchtbaren Boden für die Entwicklung neuer Krawallpraktiken, trotz des Auftauchens neuer „radikaler“ Strömungen, die den Aufruhr verherrlichten [2].

Umso größer war die Überraschung im Jahr 2005, als die Revolte plötzlich das Scheitern der verschiedenen Stadtpolitiken und das weitere Abgehängtwerden bestimmter Gebiete bedeutete. Schon damals war das Unverständnis groß, dass die „Randalierer“ durch ihre Angriffe auf öffentliche Gebäude oder Privateigentum in ihren eigenen Stadtvierteln den Weg für die eigene Misere ebnen würden.

Sicher ist, dass sie isoliert blieben in dem, was für die Nachwelt zu einer „Revolte der Vorstädte“ (eigentlich einiger Vorstädte) wurde, da sie sich nicht auf die Städte und erst recht nicht auf die Innenstädte ausdehnte [3]. Nun ist die Revolte vom Sommer 2023 aber nicht nur eine Revolte der Vorstädte, denn im Gegensatz zu 2005 betrifft sie auch die Innenstädte. Sie ist also nicht ausschließlich das Werk von Jugendlichen aus den Vorstädten, sondern von Jugendlichen im Allgemeinen, die Formen der direkten Aktion praktizieren, die bereits in der zweiten Phase des Kampfes um das letzte Rentenprojekt, d. h. nach dem Durchbruch des Artikels 49.3, präsent waren. Eine neue Situation, in der es bereits zu zahlreichen

Ausschreitungen von Demonstrierenden oder zum „Zerschlagen“ von wirtschaftlichen und finanziellen Zielen innerhalb der Demonstration und nicht nur an ihrer Spitze gekommen war. Doch niemand hatte wirklich etwas dagegen; noch weniger wurde es von den anderen Demonstranten als inakzeptabel angesehen. Nach den „Stellvertreterstreiks“, die ab 1995 zur Gewohnheit wurden und für niemanden ein Problem darzustellen schienen, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei (Schwarzer Block, Autonome; Mitglieder des vordersten Blocks) und zum „Zerschlagen“ von Gegenständen, auch hier stellvertretend; mindestens in Form von Applaus, aber manchmal auch in Form eines Blocks, um die aktivsten und offensivsten Demonstrierenden nicht zu isolieren.

Dies wurde allerdings einerseits durch einen zahlenmäßig recht schwachen und wenig entschlossenen gewerkschaftlichen Ordnungsdienst und andererseits durch eine Polizei erleichtert, die Befehle mit variabler Geometrie und ohne große Lesbarkeit oder Kohärenz erhielt, wie einige Verantwortliche des Ordnungsdienstes berichteten. Darmanin allein sah dort dann die Hand von „schwarzen Bourgeois“ und „Kindern aus gutem Hause“ (24. März 2023), bevor er die Aufständischen in den Vorstädten als „Kriminelle“ bezeichnete (4. Juli 2023).

Die Karte der Unruhen stimmt nicht mit der von 2005 überein. Damals fanden sie eindeutig in den ärmsten Vierteln Frankreichs statt, in denen ein Gefühl der Vernachlässigung durch den Staat und die öffentlichen Behörden herrschte. Die Karte der aktuellen Vorfälle bestätigt dieses Merkmal nicht. Im Übrigen ist festzustellen, dass es 2005 in Nanterre keine Unruhen gegeben hatte. Auch Paris intramuros war davon verschont geblieben, während es heute im Zentrum von Paris, Lyon, Marseille, Rennes, Toulouse, Montpellier usw. zu zahlreichen Demonstrationen, Zusammenstößen und Zerstörungen kommt. Tatsächlich handelt es sich seit 2017 nicht mehr um das Äquivalent eines „Zehn Jahre sind genug“, das die Demonstranten im Mai 1968 an de Gaulle richteten, sondern um ein Gefühl des Hasses gegenüber Macron; ein Gefühl, das zu einer Art basaler Solidarität gegen Maßnahmen der Regierung und der Polizei führt, die nicht mehr als Fehlfunktionen oder Gratwanderungen erscheinen, sondern zu Recht oder zu Unrecht als „System“ oder, treffender gesagt, als systembildend [4]. Ein Kontext und ein Bewusstsein, das nicht immer politisch im strengen Sinne des früheren linken politischen Bewusstseins oder des Klassenbewusstseins ist, aber dennoch nicht auf ein „Gefühl“ reduziert werden kann, denn diese Tendenz der Macht, die Repression gegenüber der Prävention zu bevorzugen, hat sich seit den 2000er Jahren objektiviert.

Tatsächlich war dieses „Bewusstsein“ in den Jahren 2005–2006 erst im Entstehen begriffen und vor allem wurde es nicht so sehr geteilt. Die Trennung zwischen der Revolte in den Vorstädten einerseits und der Bewegung gegen den studentischen CPE andererseits erschien als vollkommen, obwohl weniger als ein Jahr zwischen den beiden Phänomenen lag. Es stimmt, dass die Spannungen zwischen Jugendlichen während der Anti-CPE-Demonstrationen, bei denen es manchmal zu Plünderungen und körperlichen Auseinandersetzungen kam, Anlass zur Verzweiflung gaben.

Wir befinden uns nicht mehr in dieser Situation. Eine „Legierung“, und nicht die Sahnetorte des gewerkschaftlich-linken Diskurses über „Konvergenz“, hat sich zwischen verschiedenen Fraktionen der Jugend und bestimmten sozialen Schichten oder Kategorien gebildet, die sich zuvor



im Kampf gegen die herrschende Macht engagiert haben. Diese unwahrscheinlich erscheinende Legierung wurde allmählich in einer gewissen Vorbildlichkeit der Kämpfe seit 2017 geschmiedet und nicht auf der Grundlage von zu verteidigenden Interessen. Die Präsenz einer größeren soziologischen, politischen und generationellen Vielfalt der Demonstrierenden als zuvor, die Entwicklung von Frontblöcken, die Initiativen der Gelbwesten und einige direkte Aktionen gegen kapitalistische Großprojekte (Notre-Dame des Landes, der TGV Lyon-Turin, Sivens und die großen Becken) oder andere zum Thema Klima zeugen von dieser Legierung, bei der es auch nicht darum geht, irgendeine mögliche „Schnittmenge“ zu suchen und zu finden. Sie äußerte sich konkret in einer Ähnlichkeit der Praktiken zwischen einigen der direkten Aktionen in den Stadtzentren und den wilden Umzügen, die in den Nächten nach dem Ende des Kampfes gegen das Rentenprojekt stattfanden. Es bestand derselbe Wille, die Kontrolle über die Straßen und Verkehrsachsen zu übernehmen.

Für die einen liegt es daran, dass diese Kontrolle seit den Gelbwesten zu einer Herausforderung geworden ist, die weit über die Frage des genauen Ortes hinausgeht. Für die anderen, die Macht- und Vertretungslosen, geht es darum, ihre Existenz und möglicherweise ihre potenzielle oder latente Macht zu beweisen, wo die öffentliche Macht nur noch polizeilich erscheint, und möglicherweise, wie die Gelbwesten vor ihnen, diese Territorialisierung, die manchmal mehr erlitten als gewählt wird, zu überwinden, indem sie bis ins Herz der Städte, den Orten der Macht und des Konsums, vordringen.

Der Flächenbrand ist zwar geografisch und von der Zahl der Teilnehmenden her viel weiter verbreitet als 2005 [5]. Aber die Dimension des Aufruhrs bleibt in der Minderheit: Viele Protestierende, die unter denselben schwierigen Bedingungen oder Diskriminierungen leiden, belassen es bei eher defensiven oder ordnungsliebenden Praktiken wie „weißen Märschen“. Betroffen sind praktisch alle Vorstädte und auch die letzten Arbeiterviertel der Städte [6], und in ganz Frankreich Hunderte von Gemeinden unterschiedlicher Größe. Darüber hinaus sind, wie während der Gelbwesten-Bewegung, auch Kleinstädte betroffen, aber wie wir bereits in unserem Artikel in Nr. 14 und auch in der Analyse der Gelbwesten-Bewegung festgestellt haben, ist die Revolte, auch wenn sie überall auschwärmt oder sich ausbreitet, immer noch keine Massenrevolte; selbst und zweifellos ist dies einer der Gründe, warum sie randalierend oder infra-politisch bleibt. Diese letzte Charakterisierung ist für uns nicht infam, zumal sie für einige bereits dazu diente, die Revolte der Gelbwesten zu delegitimieren.

Aus dieser Fokussierung auf die Krawalle ergibt sich zwangsläufig eine Interpretation in Begriffen wie entweder aufständisch (die reine Apologie des Krawalls, auch wenn er nichts Aufständisches ist), spektakulär und medienwirksam mit der Idee eines Krawalls um des Krawalls willen oder auch die Rede von einer Virtualität des Krawalls wie bei Macron, der darin eine perverse Erweiterung der Videospiele sieht, um sich vor jedem Vorwurf der politischen, persönlichen oder Regierungsverantwortung zu schützen.

2) Aus diesem Punkt ergibt sich ein weiterer, fast ebenso wichtiger, der darin besteht, das, was geschieht, nicht als einen neuen Aufstand zu betrachten, einfach als einen weiteren Aufstand. Es gibt keinen Grund, warum unsere Charakterisierung des Aufstands von 2005 im Jahr 2023 nicht mehr zutreffen sollte. Es handelt sich heute nicht um ein Ritual wie am 31. Dezember an verschiedenen Orten, wo eine Art jährlicher Wettbewerb um die meisten verbrannten Autos stattfindet, sondern um ein Reaktionsniveau, das man seit zwanzig Jahren nicht mehr erlebt hat, genauso wie zwischen den „Rodeos“ in Vaulx-en-Velin und Vénissieux in den 1980er Jahren und der Revolte von 2005 ebenfalls zwanzig Jahre vergangen waren. Es stimmt, dass dieser Moment der randalierenden Revolte selbst Teil eines Kontinuums von Kämpfen ist, deren Häufigkeit seit fast sieben Jahren den Eindruck erweckt, dass sie gemeinsam kommen. Jeder würde in Erinnerung bleiben (Arbeitgesetz-Projekt, Gelbwesten, Renten, Sainte-Soline, Vorstädte), wobei sich eine Idee verankert, nämlich die, dass wir es mit einem Staat zu tun haben, der ständig von Reformen spricht, aber seine wichtigsten Institutionen auflöst, indem er sich von einem „republikanischen Modell“ entfernt, das sowohl im Inland für große Teile der Bevölkerung als auch im Ausland unvorstellbar wird, wie man kürzlich in der englischen Presse [7] oder der deutschen Presse sehen konnte (siehe unten).



Sobald diese Institutionen in der kapitalisierten Gesellschaft resorbiert sind, bleibt nur noch das Skelett des Modells übrig und nicht viel mehr, das eine „französische Ausnahme“ fortbestehen lassen kann, die dem Test der Zeit nur schlecht standhält. Letztlich sind es die Ordnungskräfte, die heute den Sockel dieses geschwächten Staates darstellen. Eine Situation, die auch erklärt, warum die Justiz, eine wesentliche Institution des alten Staates in seiner nationalen Form, heute, da sie sich in einer Krise befindet und dies manchmal (z. B. gegenüber Sarkozy) kundtut, nichts Besseres zu tun hat, als die Entscheidung der Exekutive zu ratifizieren, hart auf mutmaßliche Beschuldigte, die als Randalierer gelten, einzuschlagen.

Die meisten dieser Aufständischen haben jedoch, wie die Anhörungen zeigen, nicht den nötigen Rückhalt dazu (revolutionär, aufständisch, radikal-islamistisch oder sogar mafiös). Nach und nach ist der französische Staat also vom Glauben an das Wunder einer meritokratischen Schule, die die Rigidität seines sozialen Aufstiegsprozesses ausgleichen soll, zur Idee einer Sicherheitspolitik übergegangen, die zum Teil einen Diskurs und eine Politik der sozialen Unterstützung verdrängt.

Wenn wir schon vor einiger Zeit auf den Übergang von der nationalen Form des Staates zu seiner Netzwerkform mit dem anschließenden Phänomen einer „Resorption“ der wichtigsten staatlichen Institutionen hingewiesen haben, so weitet sich dieser Trend aus und beschleunigt sich, allerdings in einer Form, die insofern überraschen kann, als diese Resorption nicht unbedingt und einseitig zu einer Schwächung der Institution führt, wie im nationalen Bildungswesen, sondern zu einer Reaktion der mehr oder weniger offensiven und effektiven Autonomisierung. So war es in Italien am Ende der 1970er Jahre bei den Sonderverfahren gegen bewaffnete Kampfgruppen und die Mafia, dann bei der Operation Manipulate der Richter, die vielleicht den Staat, nicht aber die Parteien rettete; so ist es vielleicht heute in Frankreich, mit der Tendenz zur Autonomisierung der Polizeikräfte über das Erstarken ihrer Gewerkschaft und deren Rechtsradikalisierung, die sich sehr von der Periode der 1960er bis 1980er Jahre unterscheidet, in der Gérard Monatte und seine autonome Polizeigewerkschaft die Karte der Annäherung der Polizeikräfte an die Arbeitergewerkschaft spielten, z. B. im Mai 1968.

Dieser Resorption der republikanischen Institutionen waren sich die Gelbwesten sehr wohl bewusst, die die Erinnerungen und Slogans der Französischen Revolution positiv wecken wollten; auch die Jugendlichen in den „Stadtvierteln“ sind sich dessen auf ihre Weise bewusst, manche von ihnen eher nihilistisch, wenn sie sich in eine Art „Anti-Frankreich“ flüchten, weil sie der Ideale der Republik beraubt zu sein scheinen. So wurden auf den angegriffenen und in Brand gesteckten öffentlichen Gebäuden demonstrativ Flaggen verbrannt. Es ist dieser nihilistische Charakter und letztlich das Fehlen von Forderungen, die diese Revoluzzer von vornherein disqualifizieren und dazu führen würden, dass sie nicht von der relativen Anerkennung profitieren können, die der Staat den Gelbwesten schließlich ab Januar 2019 zukommen lässt, nachdem er in den ersten Momenten der Bewegung versucht hatte, sie verbal und brutal zu demütigen.

Die Medien haben es sich zur Aufgabe gemacht, zwei Arten von Gewalt, die beide unerträglich seien, als gleichwertig nebeneinander zu stellen. Auf der einen Seite die einer Polizei, die auf ihrer jüngsten Jagdliste dreißig Verstümmelte der Gelbwesten-Bewegung, sechs der Bewegung gegen die Rentenreform sowie die von Sainte-Soline verzeichnet, zu denen man noch die Versechsfachung der tödlichen Schüsse auf Fahrzeuge seit dem Gesetz von 2017 hinzufügen muss [8]. Das alles wird von einer Justiz gedeckt, die ihnen de facto die Verletzung elementarer Rechte bis hin zum Recht auf Leben erlaubt, indem sie ihnen meist Straffreiheit gewährt; auf der anderen Seite die von Jugendlichen, die nach den Worten einer in Bedrängnis geratenen Regierung „ensauvagés“ (verwildert) oder „décivilisés“ (entzivilisiert) seien, wobei sie Begriffe und Themen aufgreift, die der klassischen extremen Rechten lieb und teuer sind [9].

Wenn wir zugeben, dass wir es mit zwei Formen von Gewalt zu tun haben, dann ist das Mindeste, was man sagen kann, dass sie asymmetrisch sind.

2005 wiesen wir auf den Fehler hin, die Revolte in den Vorstädten mit einer Klassenanalyse zu durchleuchten, die nur dazu führen konnte, dass das bedrohliche Bild eines „Lumpenproletariats“ wieder auftauchte, während das Bild seines mythisierten Gegenstücks, des Proletariats, bereits verblasste. Heute und hier ist davon nicht einmal mehr die Rede, weder in der offiziellen Presse noch in den linken Offiziellen, die sich nur zögerlich äußern, abgesehen von Mélenchon und einigen der LFI nahestehenden Personen, die momentan „den Tiger reiten“, aber außerhalb einer Klassenlinie (die Rede von „den Armen“ oder den Segregierten).

3) Es ist die Verkettung der Ereignisse seit 2017, die zu einer Art Sedimentation der Revolten führt, auch wenn sie nicht die gleichen Ausgangsgründe oder Ziele haben. Auf dieser Ebene gibt es zwar die Unmittelbarkeit der Revolte und ein damit einhergehendes Pathos, aber nicht nur die Unmittelbarkeit, denn für viele ist der Hass, der sich in der Anti-Macron-Bewegung personalisiert, auch ein Hass auf den Staat, der sich auf seine Ordnungskräfte überträgt, die von den Politisiertesten als Keufs, Bastarde, Pigs oder andere Milizen des Staates oder des Kapitals beschimpft werden, die allgemeiner den Kapitalismus angreifen, der sehr oft auf die Banken und die Finanzwelt reduziert wird.

Was man sagen kann, ist, dass, wenn es zu einer Abfolge von Revoltephasen kommt, diese Abfolge den Eindruck erweckt, dass sich die Einzigartigkeit jeder Episode auflöst und als gewöhnlich oder zumindest als erwartet angesehen wird.

4) Wie wir damals sagten, ist das, was die spätkapitalistischen Revolten (und ihre „Krawalle“) kennzeichnet, nicht in erster Linie ihr kollektiver Charakter, sondern eine Mischung aus individuellen, subjektiven und affinen Reaktionen von Banden oder Stadtvierteln, die man sowohl bei den proletarischen Jugendlichen in den Vorstädten als auch beim Schwarzen Block oder sogar in den „Antifa“-Kreisen findet. Auch aus diesem Grund können sie nicht mit sozialen Bewegungen oder gar neuen sozialen Bewegungen gleichgesetzt werden, wie einige Soziologen (Touraine, Dubet) die Bewegungen der 1980er Jahre charakterisierten.

Sie existieren nur als Ausdruck einer Art Handhabe auf der Vorderseite der Demonstration und auf Praktiken der „Ausschreitungen“, die sich nicht wie während der Gelbwesten auf die Bewegung draufsetzen, sondern sie als Objektivität konstituieren [10]. Auf unsere Weise haben wir diese Frage in der Broschüre „Die Seitenwege der sozialen Frage“ (Interventions Nr. 20, Oktober 2022) behandelt, in der wir von der Exklusion in der Inklusion durch die Unwesentlichkeit der Arbeitskraft, das Ende der Notwendigkeit einer industriellen Reservearmee und die verstärkte Produktion einer Bevölkerung von Überzähligen mehr als von „Aktiven“ innerhalb eines Sozialstaats sprachen, der größtenteils aufrechterhalten wird, wenn auch nicht mehr auf der Grundlage eines Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit.

All dies wird nicht „erwartet“ in dem Sinne, wie es beispielsweise eine wahrscheinliche gewerkschaftliche Opposition und folglich ein Kampf um das Rentenprojekt war. Es wird vielmehr von einer Zentralmacht befürcht-



tet, die dazu neigte, eine nationale Politik aufzugeben (vgl. die Aufgabe des Borloo-Plans), um die kurzfristige Verwaltung ganzer Landstriche den Bürgermeistern zu überlassen, die kaum verpflichtet sind, z. B. die Vorschriften für den sozialen Wohnungsbau umzusetzen, die aber andererseits größtenteils die Bewaffnung ihrer Stadtpolizei befürworten.

Gefürchtet, sagten wir, denn wenn es in diesen Revolten keine aufständische Perspektive gibt, dann gibt es auch keine langfristige Perspektive für die bestehende Zentralmacht. Aus ihrer Sicht geht es nicht mehr darum, an Lösungen wirtschaftlicher und sozialer Art durch Beschäftigung, Wohnraum und die Ausweitung der Lohnarbeit als Integrationsquelle zu glauben; auch nicht darum, eine Lösung im republikanischen und laizistischen Rahmen „à la française“ angesichts seiner aktuellen Krise anzubieten. Denn für den Staat wird es schwierig, auf den alten Werten zu bestehen, die ihn angeblich definieren - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit -, während gerade die tatsächliche Umsetzung dieser Werte in den sozialen Beziehungen schwächer wird. Für die rebellischen Jugendlichen wird der Mangel in eine Verneinung übersetzt und erzeugt im Gegenzug einen Bumerang-Effekt.

Zweifellos gibt es diese Befürchtung seitens einer Regierung, die die Schwierigkeiten auf sich konzentriert haben wird und Opposition und Kämpfe in einem seit 2016 selten erreichten Ausmaß erleiden wird. Vielleicht ist es diese Abfolge von heiklen Phasen, die den vorsichtigen Start der Regierung, die formelle Verurteilung des beschuldigten Polizisten und eine relative Unterberichterstattung über die Reaktionen der Unruhen erklärt. Dies wurde jedenfalls von einigen „Experten“ für Information und Kommunikation während der aufsteigenden Phase in den ersten zwei oder drei Tagen festgestellt. Und zwar ... bis die Plünderungen und auch ihre Inszenierung eine derartige Bedeutung erlangten, dass sie dem Staat und insbesondere der Regierung als Gegenfeuer in Richtung einer wiedergefundenen oder wiederhergestellten öffentlichen Meinung dienen konnten.

Diese Angst der Machthaber drückt sich auch in autoritären Entscheidungen der Präfekturen aus, wie der Einstellung des öffentlichen Nahverkehrs am Abend; der Abschaffung der meisten lokalen Feste, Konzerte (Mylène Farmer in Lyon) und anderer Veranstaltungen, selbst in kleinen Städten wie Hyères, wo das Terrassenfest zur Eröffnung der Saison abgesagt wurde; bis hin zum Verbot jeglicher Versammlungen oder Demonstrationen heute. Nicht zu vergessen sind die ersten unverhältnismäßig hohen „heißen“ Strafen, die von Gerichten verhängt wurden, die die Verfahren ohne Rücksicht auf den Grundsatz der Individualisierung der Urteile beschleunigten (vgl. Libération, 3. Juli), wobei jede*r als „Auführer*in“ galt,

bevor sie sich anscheinend besannen und zu den üblichen Strafnormen zurückkehrten (vgl. *Enquête Le Monde*, 8. Juli). Nichtsdestotrotz ist der Anteil der Sofortverfahren höher als während der Repressionen gegen die Gelbwesten [11].

Diese Erinnerung an den Begriff der Negativität mit einem Teil Nihilismus bedeutet natürlich nicht, dass wir Demonstrationen oder Aktionen, die Negativität enthalten, ablehnen müssen, und darf uns auch nicht daran hindern, sie zu beschreiben und zu interpretieren. Die Feststellung, dass es in diesen Aufständen etwas Erwartetes und Wiederholtes gibt, bedeutet nicht, dass sie politisch uninteressant sind. In der Tat enthalten sie auch „Neues“, übrigens eher in der Form als im Inhalt (aber welcher Inhalt?). Man könnte also von formalen Innovationen sprechen...

Temps critiques 14. Juli 2023



[1] Die Plünderung des Quartier Latin am 5. Juni 1971 stellt hier eine große Premiere dar, die jedoch an den besonderen Kontext der damaligen Kämpfe gebunden ist. Sie ist das Ergebnis einer „Legierung“ zwischen ehemaligen Protagonist*innen des Mai/Juni 1968 und jungen Proletarier*innen, deren geografische Herkunft nicht überwiegend aus den Vorstädten stammt, gegen den symbolischen Ort der Revolte, der zu einem Schaufenster der kapitalistischen Ware geworden war. Die Plünderung ist dort dann eine eindeutig politische Praxis (vgl. die Zeitschriften *ICO* und *Négation*, *Le Voyou* zu dieser Zeit), auch wenn sie von linken Gruppen als Provokation denunziert wird.

[2] Zum Beispiel kleine Gruppen wie *Les fossoyeurs du vieux monde* (<http://archive-sautonomies.org/IMG/pdf/autonomies/fossoyeursvieuxmonde/lesfossoyeursdouxmonde-n04.pdf>); später und auf medienwirksamere Weise die Zeitung *Mordicus*.

[3] Die spätere Existenz des Adama-Komitees hatte nie einen ähnlichen Einfluss wie der „Marsch“, und die Gründung der „Indigènes de la république“ (Eingeborenen der Republik) und später der PIR erreichte nicht den Einfluss von *SOS Racisme*. Was die Kandidaturen auf den politischen Listen der Parteien für die Wahlen betrifft, so waren diese zwar zahlreicher, wurden aber meist dadurch behindert, dass sie auf diesen Listen auf schwer wählbaren Plätzen eingetragen wurden.

[4] Vgl. die Spirale aus Zahlenpolitik, Identitätskontrollen ohne Straftatbestand und Bußgeldern.

[5] Natürlich wurde keine Zählung der Demonstrant*innen vorgenommen. Es kursieren jedoch Schätzungen. Einige davon sind zu berücksichtigen. Sie basieren auf der Zahl der in Brand gesteckten oder beschädigten Gebäude (2.500), der in Brand gesteckten Fahrzeuge (6.000), der Festnahmen (3.500, darunter mehr als 1.000 Minderjährige) und der eingesetzten Polizisten (45.000), was bei einem Polizisten pro zwei Randalierer (plus die Mobilisierung von 60.000 Feuerwehrleuten) und unter Berücksichtigung der anderen Daten ein Ergebnis um die 100.000 Personen ergibt.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Schätzung weit unter der Realität liegt. Wie dem auch sei, wie bereits erwähnt, handelt es sich keineswegs um ein „Massenphänomen“. Wenn es überhaupt eine Masse gab, dann auf der Seite der Polizeimobilisierung, die total war.

[6] Zum Beispiel in Lyon, den 7., 8. und 3. Arrondissements und in Villeurbanne, das nicht als Vorort betrachtet werden kann.

[7] In *The Guardian* vom 29. Juni heißt es über die Situation in Frankreich: „Es war Krieg, ich glaube wirklich, dass die jungen Leute hier sich im Krieg sehen. Sie sehen es als einen Krieg gegen das System. Es ist nicht nur gegen die Polizei, es ist mehr als das, sonst würde man das nicht überall in Frankreich sehen. Es wird nicht nur die Polizei angegriffen, sondern es werden auch Rathäuser und öffentliche Gebäude ins Visier genommen. Der Tod dieses Teenagers hat etwas ausgelöst. Es gibt viel Wut, aber es geht noch weiter, es gibt eine politische Dimension, ein Gefühl, dass das System nicht funktioniert. Die Jugendlichen fühlen sich diskriminiert und ignoriert.“

[8] Vgl. Sébastien Roché, Autor von *La Nation inachevée. La jeunesse face à l'école et la police* (Grasset, 2022) in *Le Monde*, 5. Juli 2023.

[9] Dieselbe Regierung, die die Positionen der Gewerkschaften gegen die letzte der Rentenreformen nicht berücksichtigt hat, scheint nur eine Art von Gewerkschaften zu berücksichtigen, nämlich die der Polizei, wie alle Rückzieher der Regierung schon vor Macron und die fehlende Reaktion auf die letzte Mitteilung von Alliance und UNSA zeigen, die von vielen Beobachter*innen und einem Teil der Presse als aufrührerisch angesehen werden.

[10] Dies ist nicht der Grund, warum man einen Ausdruck und eine Unterscheidung von Adrian Wohlleben in seinem Artikel in der Montagmorgenausgabe Nr. 313 vom 21. November 2021, in dem er von einer „realen Bewegung“ spricht, die sich von der sozialen Bewegung unterscheidet, unterstützen oder übernehmen kann. Der Artikel befasst sich hauptsächlich mit der Situation in den USA mit ihren rassistischen und moralischen Dimensionen (was er als Ethik der Geste des Aufbruchs bezeichnet). Da die Bewegungsdimension in den Protesten gegen Polizeigewalt in den USA präsent ist, baut der Autor seinen Artikel auf einer bewegungsorientierten Voraussetzung auf. Für ihn ist die „wirkliche Bewegung“ der randalierenden Revoltierenden das Mehr an Selbstbewusstsein, das sie durch die randalierende Aktion erlangen.

Wir sind der Meinung, dass die dominierende Form des Aufbruchs nicht mehr als die sozio-historische Dynamik einer Bewegung analysiert werden kann, selbst wenn sie als „sozial“ bezeichnet wird. Wir haben nicht erst seit heute die Gleichsetzung der kleinsten (oder größten) kollektiven Aktion oder Reaktion mit einer Bewegung in Frage gestellt. Seit langem kritisieren wir diese „mouvementisme“-Tendenz der linken und linkspolitischen Positionen von gestern, der postmodernen und partikularistischen von heute. Der Mouvementismus ist kein Äußeres der Kapitalisierung menschlicher Aktivitäten. Nach 1968 wurde alles zur „Bewegung“; auch die Arbeiterschaft, die sich zum *Mouvement des entreprises de France* (MEDEF) umwandelte.

[11] Diese Befürchtung gilt auch für andere europäische Länder, und deutsche Zeitungen wie der *Berliner Tagespiegel* hatten dann leichtes Spiel, zu titeln, man müsse „seine Muslime“ besser berücksichtigen, ohne dass klar war, ob sie sich damit an ihre eigene Regierung oder an die französische wandten. Deutschland hat sich gewiss nicht mit großen ethischen Prinzipien herumgeschlagen; eine alternde Bevölkerung und das Fehlen eines kolonialen und postkolonialen Reservoirs haben eine Arbeitsmigration begünstigt, die in der Aufrechterhaltung einer weitaus größeren verarbeitenden Industrie als im übrigen Europa ein Arbeitsangebot gefunden hat. Obwohl diese Situation heute geschwächt ist (vgl. *Le Monde*, 8. Juli 2023), hält sie an und bietet den Bevölkerungsgruppen mit jüngstem Migrationshintergrund und insbesondere jungen Männern Chancen in Form von manuellen Berufen. Frankreich, das sich seit den 1980er Jahren zu einer Dienstleistungsgesellschaft gewandelt hat, verfügt nicht über diese Fähigkeit und es gibt in diesen Bereichen mehr Arbeitsangebote für Frauen als für Männer. Nun hatten wir bei der Gelbwesten-Bewegung darauf hingewiesen: Die Zahl der Frauen, die sich aktiv daran beteiligten, war sehr hoch, während die Revolten von 2005 und 2023 aufgrund der ihnen innewohnenden Gewalt nach wie vor von jungen Männern getragen wurden, auch wenn sie breiter unterstützt werden können. Die urbane Gewalt ist ein konstitutives Merkmal, während dies im Rahmen der Gelbwestenbewegung erst im Nachhinein und auch dann erst zum Tragen kam.

Update zum Fall in Budapest

Wir schreiben dieses kurze Update über die Situation der Verhaftungen in Budapest, insbesondere wegen der derzeit inhaftierten italienischen Mitstreiterin. Für weitere Informationen über den Kontext verweisen wir auf den vorherigen Text, der bereits veröffentlicht wurde.

<https://kontrapolis.info/10487/>

Bis heute befinden sich sowohl der deutsche Antifaschist als auch die italienische Mitstreiterin seit Februar 2023 im Gefängnis in Budapest.

Trotz vieler Schwierigkeiten konnten wir uns nach längerer Zeit vor allem durch den Austausch mit den ungarischen Verteidigern ein Bild von der aktuellen Lage machen, das in einigen Punkten von den bisherigen Informationen abweicht.

Derzeit ist nur die italienische Mitstreiterin wegen der angeblichen Beteiligung an den Vorfällen, bei denen einige militante Nazis verletzt wurden, inhaftiert. Von den fünf Vorfällen, die sich alle in den Tagen vor dem „Tag der Ehre“ in Budapest ereigneten, wollen die Ermittler beweisen, dass die Mitstreiterin möglicherweise an zwei von ihnen beteiligt sein könnte. Wegen des ersten Angriffs wird gegen sie nicht mehr ermittelt, da sie ihre Abwesenheit zum fraglichen Zeitpunkt mittels Flugtickets belegen konnte.

Der deutsche Inhaftierte ist nunmehr nicht direkt wegen der angeblichen Körperverletzung von damals beschuldigt, sondern wegen seiner angeblichen Beteiligung an einer internationalen kriminellen Vereinigung, deren Existenz die Ermittler nachweisen wollen.

Die Anklagen sind also recht unterschiedlich und die Strafen, die im Falle einer Verurteilung durch die ungarische Justiz verhängt werden, sind das damit auch.

In beiden Fällen laufen die Ermittlungen noch, aber wir wissen, dass die maximale Dauer der Untersuchungshaft für die italienische Gefährtin 4 Jahre beträgt. Die endgültige Strafe im Falle einer Verurteilung wird dagegen zwischen 2 und 12 Jahren Gefängnis liegen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nur die italienische Mitstreiterin unter dem Vorwurf der schweren Körperverletzung inhaftiert ist, und dass die Dauer der Untersuchungshaft noch sehr lang sein kann.

Wie bereits erwähnt, haben sich ihre Haftbedingungen nach einer anfänglich schwierigen Phase verbessert. Sie erhält von der Botschaft regelmäßig Pakete mit so ziemlich allem, was sie beantragt, die Beziehungen zu ihren Mitgefangenen sind sehr gut und sie hat ein Mobiltelefon, mit dem sie ihre ungarischen Anwälte und die italienische Botschaft jederzeit kontaktieren kann. Leider sind Gespräche mit Familienangehörigen und Freund*innen und damit jede Art von Kommunikation und Korrespondenz nach wie vor verboten, weil die Behörden eine Gefahr der Verdunkelung von Beweisen droht. Sowohl die Anwälte als auch die Botschaft versuchen, diese Situation zu entschärfen, aber niemand weiß, ob oder wann ein direkterer Kontakt mit ihr möglich sein wird. Über dieselben



Anwälte werden wir ständig über ihren psychophysischen Zustand, der bisher gut ist, und über die Entwicklung des Gerichtsverfahrens auf dem Laufenden gehalten.

In den nächsten Monaten wird ein Antrag auf Hausarrest auf italienischem Boden gestellt, obwohl es unwahrscheinlich ist, dass die örtlichen Behörden diesem Antrag zustimmen werden, da es angesichts der Anschuldigungen im Interesse der Behörden liegt das Risiko zu vermeiden, dass sie das ungarische Staatsgebiet verlässt.

Gleichzeitig wurde die Haft am 14. Juni bis zum 14. August verlängert.

Die Anwälte gehen davon aus, dass die Haft angesichts der bisher von der Polizei gesammelten indirekten Beweise weiter verlängert wird. Außerdem wird im August das Ergebnis eines von der Staatsanwaltschaft beantragten anthropometrischen Gutachtens vorgelegt werden – also eine Videoanalyse, die die Statur der Mitstreiterin mit der der auf den Videos zu sehenden Person vergleicht.

Es ist wichtig zu verstehen, dass angesichts der heiklen juristischen Situation die Inhaftierung noch sehr lange dauern kann und daher die juristischen Kosten und die Kosten für die Aufrechterhaltung des Knastalltags der Mitstreiterin enorm sind und sein werden. Aus diesem Grund bitten wir alle, den zu diesem Anlass eingerichteten Solidaritätsfonds mit jeder Art von Spende, Zuwendung oder Initiative zu unterstützen, um ihr in dieser schwierigen und langwierigen Situation zu helfen.

Für Spenden:

Kontoinhaberinnen: Alice Zaffaroni & Martina Franchi

IBAN: LT52 3250 0629 2249 2633

BIC: REVOLT21

*anarchist*innen – Juli 2023*

Einige Gedanken zu Status quo und Perspektive der antifaschistischen Bewegung

Nach über eineinhalb Jahren ging am 31. Mai 2023 in Dresden ein Prozess zu Ende, welcher in die Geschichte eingehen wird und neue Maßstäbe im Vorgehen gegen die linke und antifaschistische Bewegung in der Bundesrepublik gesetzt hat. Es ist das erste Mal, dass ein deutsches Gericht seit der Reformierung des 129-Paragraphen im Jahr 2017 einige Linke als „kriminelle Vereinigung“ verurteilt hat. Zu diesem Prozess wurde bereits vieles gesagt, was an dieser Stelle nicht wiederholt werden soll. Mit der Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt, der Anklage vor dem Staatsschutzsenat eines Oberlandesgerichts und der „besonderen Bedeutung“, die dem Fall verliehen wurde, sollte deutlich gemacht werden: Wer in diesem Land organisiert und konsequent gegen die faschistische Bedrohung eintritt, wird in die Nähe von Terrorismus gerückt. Die langen Haftstrafen sprechen für sich und zeigen eine klare politische Positionierung der Justiz und Sicherheitsbehörden vor dem Hintergrund einer gesellschaftlich erstarrenden Rechten und wachsenden faschistischen Bedrohung.

Mit diesem Urteil geht die erste Runde des Antifa Ost-Verfahrens zu Ende. Leider ist davon auszugehen, dass viele weitere Verfahren folgen werden. Bereits jetzt sind verschiedene neue Prozesse seitens der Behörden in Planung und angekündigt. Der Antifa Ost-Prozess war also erst der Anfang einer viel größer angelegten Repressionswelle, welche antifaschistische Zusammenhänge in den kommenden Jahren treffen und zur Folge haben wird, dass weitere Genoss:innen hinter Gittern landen.

Eine andere Form dieses Durchgreifens konnte man zum sogenannten „Tag X“ in Leipzig und zuvor schon bei den Demonstrationen zur Urteilsverkündung in verschiedenen anderen Städten beobachten. In Leipzig wurde der Protest schlichtweg verboten. Versammlungen von Menschen, welche diesem Verbot zum Trotz Solidarität bekunden wollten, wurden angegriffen. Im vierstelligen Bereich wurden Personalien von Demonstrationsteilnehmer:innen aufgenommen und gegen zwölf Personen wurden Haftbefehle erlassen. Ein Ausmaß an Repression, welches seit den G20-Protesten im Jahr 2017 in Deutschland seinesgleichen sucht.

Jenseits aller Diskussionen um die Sinnhaftigkeit der Mobilisierung und der gewählten Protestformen muss festgestellt werden: Der Polizeistaat, mit dem Antifaschist:innen es wohl die nächsten Jahre über weiterhin zu tun haben werden, hat sich an diesem Wochenende in enormer Härte gezeigt. Ziel dahinter ist neben Abschreckung auch eine Verhinderung öffentlich wahrnehmbarer Solidarität und damit einhergehend eine weitere gesellschaftliche Isolation der verfolgten Antifaschist:innen. Der Wind in diesem Land scheint sich zu drehen, nicht erst jetzt, doch eine immer eindeutiger Entwicklung hin zu einem autoritäreren und deutlich härteren Durchgreifen gegen die antifaschistische Bewegung zeichnet sich ab.



Bereits die Wochen und Monate vor dem Urteil waren geprägt von einer Verschärfung der Repression. Auf Basis faden-scheiniger Indizien wurden ganze Häuser vom SEK gestürmt, Türen aufgeschossen und Wohnungen durchsucht. Viele der Durchsuchungen und Maßnahmen werden im Nachhinein von einem Gericht wieder als rechtswidrig eingestuft, doch das interessiert niemanden. Namen, Gesichter und private Informationen von Antifaschist:innen wurden in diversen rechten, aber auch bürgerlichen Medien veröffentlicht und es wurde förmlich zur Jagd auf die Betroffenen aufgerufen. Schnell ist dies mittlerweile scheinbar zur Normalität geworden und fast täglich

erschieden reißerische Artikel, in denen eine neue linke Bedrohung heraufbeschworen und die Gefährlichkeit der Beschuldigten betont wird, begleitet von den üblichen hysterischen Schlagzeilen.

Die aus der Vergangenheit bekannte, besorgniserregende Zusammenarbeit zwischen Nazis, Behörden und Teilen der bürgerlichen Presse war dabei einmal mehr zu beobachten. Einige Medien, insbesondere die Springerpresse, machen sich in alter Tradition zum Sprachrohr und Propagandamedium der Behörden, greifen Narrative und „Informationen“ aus Quellen der extremen Rechten auf und erdichten ihre Fiktion von designierten Terroristen noch hinzu. Wie schon in der ersten Runde des Antifa-Ost-Verfahrens wird antifaschistische Praxis von Polizei- und Ver-

fassungsschutzbehörden ohne wahrnehmbaren Widerspruch als „Terrorismus“ oder „an der Schwelle zum Terrorismus“ bezeichnet. Antifaschismus wird als Bedrohung der Bevölkerung dargestellt und es wird von einer „Gewaltspirale“ zwischen links und rechts fantasiert.

Die qualitative und quantitative Zunahme der Repression kann nicht isoliert begriffen werden, sondern ist Teil einer besorgniserregenden gesellschaftlichen Entwicklung. Zunächst ist festzustellen, dass die extreme Rechte in ganz Europa spürbar an Einfluss gewinnt. Dies äußert sich in Deutschland weniger durch das Anwachsen ihrer traditionellen Organisationen, als durch ihre zunehmende Verankerung in der bürgerlichen Gesellschaft. Neben einer Zunahme von Rechtsterrorismus, die insbesondere hierzulande in den letzten Jahren zu beobachten war, werden rechte und faschistische Ideologie und Diskurse immer salonfähiger. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer Zuspitzung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und klimatischer Krisen, die sich in den kommenden Jahren weiter fortsetzen wird. Die staatliche Repression gegen die antifaschistische Bewegung wird dabei begleitet von zunehmenden Versuchen einer gesellschaftlichen Isolation und Delegitimierung antifaschistischer Praxis.

Auch wenn es zwischen staatlichen Akteuren und der extremen Rechten bislang nur Überschneidungen gibt, wie sie etwa bei Nordkreuz oder den zahlreichen Polizeiskandalen der letzten Jahre zum Vorschein kamen, gibt es ein geteiltes Interesse. Die Zurückdrängung und teils präventive Zerschlagung der linken und antifaschistischen Bewegung vor dem Hintergrund der Zunahme gesellschaftlicher Krisen. Und der Erfolg dieses Vorgehens ist kaum zu übersehen. Die radikale Linke ist so schwach wie selten zuvor in ihrer Geschichte. Es fehlt an gesellschaftlicher Verankerung, inhaltlicher Klarheit und gemeinsamer Strategie. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit einer linken, einer antifaschistischen Antwort auf die gegenwärtigen Entwicklungen offensichtlich. Viele Genoss:innen werden für ihre Überzeugungen und ihre politische Praxis ins Gefängnis müssen – ob aufgrund ihres Engagements in der Klimabewegung oder aufgrund ihrer Betätigung in sozialen oder antifaschistischen Auseinandersetzungen.

Gleichzeitig zu all dem häufen sich auch die Angriffe auf antifaschistische Militanz aus den vermeintlich „eigenen“ Reihen. Verstärkt zu beobachten ist ein sich immer häufiger artikulierendes strategisches Unverständnis antifaschistischer Militanz. Anstatt aber offene Fragen zu formulieren scheint es sich bei bestimmten Teilen der Szene durchzusetzen, die Militanten durch denunziatorische Annahmen zu diskreditieren. In diversen Beiträgen verschiedenster Gruppen und Szeneakteure werden bürgerliche Narrative einer angeblichen „Gewaltspirale“ zwischen links und rechts unkritisch übernommen. Es scheint einigen Akteuren schwerzufallen, solidarische Kritik zu üben oder zumindest zu der Einsicht zu kommen, dass das Fehlen von Nachvollziehbarkeit strategischer Parameter daran liegen könnte, dass man kein Teil von geführten Diskursen der letzten Jahre war. Stattdessen werden anmaßende Verdächtigungen und Spekulationen in den Raum gestellt, garniert mit den üblichen anklagenden Buzzwords wie „Mackertum“, „Gewaltfetisch“ oder „fehlende politische Reflektion“. In ahistorischer Manier wird von „Faschomethoden“ schwadroniert, wo sich Faschisten und ihren Zusammenhängen entschlossen entgegengestellt wurde, antifaschistische Interventionen werden als „Folter“ diskreditiert. In ähnlicher Form werden Erzählungen über den ungehemmten Einsatz von Hämmern oder anderem Handwerksbedarf gegen den Kopf und angebliche Tötungsabsichten, die Nazis oder Springerpresse in die Welt

setzen, unkritisch übernommen. Dass hierbei propagandistische Kunststücke der betroffenen Nazis adaptiert werden, scheint kaum jemanden zu stören.

Angesichts dessen, dass zum Thema in den letzten Jahren wenig mit Substanz veröffentlicht wurde, sollen im Folgenden einige Punkte ausgeführt werden, die in den verschiedenen Beiträgen immer wieder ins Auge fielen:

1. Kosten–Nutzen–Rechnung

Oft wird behauptet, aufgrund umfangreicher Ermittlungsmaßnahmen und des Risikos mehrjähriger Haftstrafen, würden sich militante antifaschistische Interventionen nicht „lohnen“. Einen derart ökonomischen Aufrechnungsansatz von Schaden beim politischen Gegner im Verhältnis zum Schaden an den eigenen Strukturen am Beispiel des Antifa Ost-Verfahrens vorzunehmen, ist jedoch zu kurz gedacht. Dieser Logik folgend würde sich Schwarzfahren nicht lohnen, weil ein Fahrschein 3€ kostet, die Stafe aber 60€ beträgt. Diese isolierte Betrachtung offenbart eine gewisse Praxisferne. Es wird vollkommen ausgeblendet, dass Festnahmen und Verurteilungen erstens die absolute Ausnahme und zweitens in der Regel durch entsprechende Vorkehrungen vermeidbar sind. Wenn man schon eine derartige Rechnung aufstellen möchte, muss die Vielzahl an erfolgreichen Aktionen, bei denen die Repression ins Leere lief, miteinbezogen werden.

2. Sinnhaftigkeit antifaschistischer Interventionen

Sowohl die bürgerliche Presse als auch ihre pseudoantifaschistischen Interviewpartner werden nicht müde zu betonen, dass Gewalt gegen Nazis keinerlei Effekt hätte. Belegt wird dies durch einige der Geschädigten des Antifa Ost-Verfahrens sowie die fortgesetzten militanten Aktivitäten der Eisenacher Neonazis. Diese in erster Linie ideologisch motivierte Behauptung zeugt von einer fehlenden Auseinandersetzung mit den Effekten antifaschistischer Interventionen.

Positive Beispiele für die Wirkungen solcher Interventionen gibt es insbesondere in Ostdeutschland viele. Eines der prominenteren Beispiele ist der ehemalige Leipziger NPD-Politiker Axel Radestock, welcher nach einigen militanten Aktionen gegen ihn öffentlichkeitswirksam von allen politischen Aktivitäten zurücktrat. Es ist eher die Regel als die Ausnahme, dass sich organisierte oder gewalttätige Faschisten nach angemessen durchgeführten Interventionen von ihren Aktivitäten zurückziehen. Eine Ausführung dessen würde allerdings den hier gesetzten Rahmen sprengen.

Zudem sei angemerkt, dass Angriffe auf Faschisten nicht nur der Bekämpfung einer rechten Hegemonie im öffentlichen Raum und dem Einschränken des Sicherheitsgefühls der beteiligten Akteure dienen muss. Vielmehr können auch das Sammeln von Erfahrungen und die Optimierung des eigenen Vorgehens zu den positiven Effekten derartiger Interventionen gehören.

3. Exzessive Gewalt

Immer wieder wird betont, dass Gewalt auf das notwendige Maß zu beschränken sei. Das mag von moralischer Integrität sprechen und ist eine

Aussage, die sicherlich jede:r, der militant aktiv ist, unterschreiben würde. Gewalt zu minimieren bedeutet aber auch, genug Gewalt anzuwenden, sodass die strategische Zielsetzung mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht wird. Dementsprechend stellen gezielte Angriffe auf einzelne Faschisten oftmals das erforderliche Mittel dar. Ein kontrollierter Angriff, bei dem Intensität und Art der Gewaltanwendung einer sinnvollen Zielsetzung entsprechen, hat in der Regel den gewünschten Effekt. Ganz im Gegensatz zu den üblichen Scharmützeln und Faustkämpfen erlebnisorientierter Männergruppen am Demonstrationsrand, welche leider oftmals ohne das erwünschte Resultat verlaufen - nämlich eine reale Einschränkung des Handlungsspielraums gewalttätiger Faschisten.

Einem Nazi ein blaues Auge oder eine blutige Nase zu verpassen, dient somit häufig lediglich der eigenen Triebabfuhr. Der politische Effekt dessen wird sich bei einem überzeugten und gewalterfahrenen Faschisten jedoch in Grenzen halten, was in der Konsequenz erneute Gewaltanwendung nötig macht. Häufig wird selbst in der radikalen Linken verkannt, dass es sich bei antifaschistischen Interventionen in der Regel nicht um Gewalt als Selbstzweck handelt, sondern um instrumentelle, aus politischer Abwägung und einer gesellschaftlichen Analyse heraus ausgeübte Gewalt.

4. Selbstjustiz

Ähnlich wie Soko LinX und Bundesanwaltschaft immer wieder fälschlicherweise behaupten, es gehe Leuten, die sich bewusst in Auseinandersetzungen mit Nazis begeben, darum „Selbstjustiz“ zu üben, scheint sich auch in linken Kreisen teilweise ein vergleichbares Missverständnis etabliert zu haben. Immer wieder wird in verschiedenen Beiträgen so getan als sei antifaschistische Militanz legitim, weil die betroffenen Nazis „es verdient“ hätten. Unabhängig davon, ob das so ist, geht es bei antifaschistischen Interventionen nicht darum, ein Bedürfnis nach Bestrafung oder Rache auszuleben und sich damit zur Justiz aufzuschwingen. Stattdessen ist das Ziel eine Schwächung des politischen Gegners und eine damit einhergehende Eindämmung des rechten Gewaltpotentials. Antifaschistisches Handeln folgt also in der Regel einer strategischen Zielsetzung und ist nicht bloßer Ausdruck eines Gefühls von Legitimität.

5. Militanter Antifaschismus ist nicht die Ergänzung staatlicher Gewalt

Ähnlich oft wird eigenmächtiges antifaschistisches Handeln, bspw. im Zuge des Antifa Ost-Prozesses, damit begründet, dass „der Staat“ nichts oder zu wenig gegen Nazis unternahme und Antifaschist:innen deshalb tätig werden müssten. Auch wenn das häufig zutrifft, kann und sollte es nicht der primäre Antrieb für antifaschistische Praxis sein. Um eine befreite Gesellschaft aufzubauen, ist es notwendig im Hier und Jetzt die Zusammenarbeit mit den Institutionen des bürgerlichen Staates möglichst zu vermeiden sowie eigene Handlungsfähigkeit und Alternativen zu Polizei und Justiz zu entwickeln.

Faschismus ist als reaktionäres Krisen-Rettungsprogramm des Nationalstaates in einer kapitalistischen Gesellschaft grundsätzlich angelegt. Antifaschismus muss daher neben der Zerschlagung konkreter faschistischer Strukturen die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft zum Ziel haben. Daher ist die Kritik an der Polizei nicht, dass der Staat effektiver das Gewaltmonopol bspw. gegen Neonazis einsetzen sollte, etwa in Form von

intensiveren Ermittlungen oder härteren Strafen. Militanter Antifaschismus darf nicht als ehrenamtlicher Ersatz für die Arbeit der Polizei fehlinterpretiert werden, sondern sollte als Gegenkonzept zu einer Institution, die für die Durchsetzung der bürgerlichen Eigentumsordnung verantwortlich ist, verstanden werden.

Um zum Abschluss eines klarzustellen: Natürlich ist es wichtig, über politische Strategie zu diskutieren. Manche Diskussionen sollten öffentlich geführt werden, andere nicht. Antifaschistische Interventionen und ihre Wirkung sollten immer auf ihre Sinnhaftigkeit und auf ihre Konsequenzen hin überprüft und bewertet werden. Offensichtlich gibt es Antifaschist:innen, die sich entschlossen haben, abseits von erlebnisorientiertem Hooliganismus, welcher sich einer Ästhetik schwarzer Outdoorjacken und brennender Mülltonnen bedient, der faschistischen Bedrohung mit einer gewissen Ernsthaftigkeit und Effektivität entgegenzutreten. Diesen einen „Gewaltfetisch“ zu unterstellen, erscheint jedoch reichlich absurd. Dass staatliche Repression fast zwangsläufige Begleiterscheinung eines konsequenten und ernst gemeinten Antifaschismus ist, sollten sich alle bewusst machen.

Die antifaschistische Bewegung steht derzeit vor großen Herausforderungen. Während die staatliche Repression gegen ihre Zusammenhänge und Praxisformen zunimmt, besteht eine ungebrochene rechte Bedrohung. Dem haben wir angesichts realitätsferner oder fehlender inhaltlicher Positionierungen, teilweise kaum vorhandener gesellschaftlicher Verankerung und Schwächen in Organisierung und Mobilisierung oft nur wenig entgegenzusetzen. Doch gerade in den letzten Monaten entsteht auch der Eindruck, dass bundesweit wieder vermehrt das Bedürfnis besteht, sich über antifaschistische Analyse und Strategie auszutauschen. In vielen Zusammenhängen existiert ein Bewusstsein über die Notwendigkeit einer linken und antifaschistischen Antwort auf die gesellschaftlichen Krisen unserer Zeit. Daran gilt es anzuknüpfen. In Bezug auf die Repression muss die Dynamik einer anlassbezogenen und kurzweiligen Solidaritäts-Hektik überwunden werden, hin zu dauerhafteren und kontinuierlich arbeitenden Solidaritätsstrukturen und politischen Zusammenhängen, die dem staatlichen Druck standhalten können.

Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, uns organisieren und politische Perspektiven erarbeiten. Das Antifa Ost-Verfahren hat neben all seinen schlechten Seiten auch gezeigt, wie ausdrucksstark Solidarität sein kann. Kein Verrat, keine Haftstrafe und keine Polizeigewalt mindert die Notwendigkeit und Richtigkeit von Antifaschismus. Es ist an uns allen, die Gefangenen nicht alleine zu lassen und die in den kommenden Jahren von Repression Betroffenen zu unterstützen. Damit sind nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch ihre Angehörigen und Freund:innen gemeint. Wir sollten versuchen, diese Repressionswelle zum Anlass zu nehmen, wieder näher zusammenzurücken und, so schwierig das auch wird, neue Kraft daraus zu ziehen. Indem wir inhaltlich diskutieren und unsere Analysen und Strategie weiterentwickeln. Indem wir dafür sorgen, dass niemand alleine gelassen wird und keine Mauern uns spalten und isolieren können. Und indem wir uns antifaschistisch organisieren und dem Vormarsch der (extremen) Rechten eine fortschrittliche Perspektive und unseren organisierten Widerstand entgegensetzen - auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

“Unsere Genoss*innen werden als mediale Galionsfiguren im Sinne eines ideologischen Projektes serviert ...

... lasst es uns beim Namen nennen: den fortschreitenden Faschismus.”[1]

Wer terrorisiert hier eigentlich wen? ist die Frage, die Betroffene der 8/12-Affäre und deren Angehörige und Freund*innen stellen müssen, angesichts der Farce, die vom französischen Geheimdienst DGSI im Schulterschluss mit dem Innenministerium gespielt wird.

Wir befinden uns im Zeitalter einer offensichtlichen (Neu-)Faschisierung Europas. Abgesehen von rassistischen und klassistischen “Diskursen” im staatlichen Alltagsgeschehen, bekommen es soziale Bewegungen, die Widerstand leisten, deutlich anhand von perfiden Angriffen zu spüren. Allerorts werden Gesetze verabschiedet, die die staatliche Kontrolle der linken Opposition verschärfen und diese Angriffe als legitim darstellen sollen. Das als politisch gegnerisch konstruierte Lager der reaktionären Machthaber wird übertrieben als gewalttätig dargestellt und mit dem Terror-Stempel gebrandmarkt.

Über den Zeitpunkt des Angriffs entscheiden tagespolitische Strategien, heißt: Wenn der Staat gerade ein Paradebeispiel zu benötigen glaubt, werden eines frühen Morgens linke Genoss*innen von Spezialeinheiten aus dem Schlaf gerissen, verschleppt und daraufhin in den Medien diffamiert. Kurz vor dem 8. Dezember 2020 gab es in Frankreich Kritik an staatlichem Rassismus und Polizeigewalt, die auch international Wellen schlug. Ein Anlass waren Bilder der Überwachungskamera in Michel Zeclers[2] Musikstudio. Sie bewiesen, wie der Produzent von drei französischen Polizisten minutenlang in einer Ecke zusammengeschlagen wurde. Als es mithilfe von Freunden endlich gelang, die Angreifer hinauszudrängen, schlugen diese die Fenster ein und warfen Tränengasgranaten. Ein wahres Kriegsszenario – welches, wie wir wissen, keine Seltenheit ist, jedoch nur in wenigen Fällen von den Betroffenen bewiesen werden kann. Der französische Staat, der gerade mit dem neuen “Gesetz für globale Sicherheit” verbieten wollte[3], dass Polizeigewalt ans Licht kommt, geriet ins Schwimmen. Wenige Tage später wurden in einer koordinierten Spezialoperation neun Genoss*innen in vier verschiedenen Himmelsrichtungen Frankreichs (Toulouse, Dordogne, Paris, Rennes) festgenommen, weil sie vage “Absichten gehabt hätten, gewaltsame Aktionen gegen Polizei und Militär durchzuführen” (so die Begründung) – und das gemeinsam, da eine lose Abstimmung über dieses Ziel stattgefunden hätte. Diese Darstellungen wurden genutzt, um in den Medien das Bild die allgegenwärtige, furchtbare Gefahr zu beschreiben, in der die Polizei schwebt. Damit sollten die geplanten Gesetzesentwürfe gestützt und Kritik eingedämmt werden.

Inszeniert wurde die Fabel sofort als Terror der “Ultra-Linken” – “Ultra-Gauche” (also ganz links) war ursprünglich eine Bezeichnung für junge Menschen, die die autoritäre Staatslinke, z.B. in der UdSSR oder Mitterrand in Frankreich, infragestellten. Jetzt deutet der französische Staat den Begriff um und nutzt die Etikette “Ultra-Gauche” für repressive Zwecke. Hier ist zu betonen: Die Betroffenen der 8/12-Affäre sind nicht mehr “ultra” als alle anderen, die sich über ethische Maßstäben Gedanken machen und ihr Leben an den Idealen sozialer Emanzipation ausrichten. Sie alle haben sich in verschiedenen Bereichen engagiert, in der Unterstützung von Geflüchtetenfamilien, an kollektiven Orten und bei Besetzungen, in feministischen und ökologischen Kämpfen, bei Tierbefreiung und DIY-Kultur. In einer “politischen und medialen Montage”, so bezeichnen es die Unterstützer*innen, wird hier – unterstelltes oder tatsächliches – “ultralinkes” Gedankengut als gemeinsamer Nenner zum “Terror” fabriziert, um damit jeglichen Aktivismus zu kriminalisieren. Die Betroffenen, die angeblich Teil einer Gruppe oder zumindest irgendeines Abkommens gewesen sein sollen, kennen sich nicht einmal alle. Aber: Wie in jeder staatlichen Ermittlung gegen libertär-autonome Zusammenhänge, wird dieses gelinde Beweisproblem damit gelöst, dass ein Anführer bestimmt wird. Der erkorrene “Anführer” des 8/12-Falles ist Libre Flot, um den herum ein Geheimdienstbericht die gesamte Angelegenheit herumspinnt. Libre Flot hat wie viele andere europäische Linke seine internationalistische Pflicht erfüllt und in Rojava für einige Monate mit der YPG gekämpft. Nachdem er sich an der Befreiung der IS-Hauptstadt Raqqa in Syrien beteiligt hatte, kehrte er nach Frankreich zurück, wo er als angeblicher “ultra-linker” für den Geheimdienst DGSI besonders interessant wirkte.

So berichtet das “Kollektiv französischsprachiger Freiwilliger in Rojava” (CCFR):

„Der DGSI etablierte sofort eine Unterscheidung in die “schlechten” Freiwilligen, die sich einer revolutionären Ideologie anhängig fühlten und die “guten” Freiwilligen, ehemalige Soldaten oder unpolitische, letztere wurden bei ihrer Rückreise nach Frankreich meist nicht einmal befragt. Diejenigen, die als potentielle “Ultra-Linke” identifiziert wurden, wurden systematisch als fiche S[4] klassifiziert und aktiver Überwachung unterzogen – ihre Schuld betraf lediglich eine abweichende Meinung. Verhaftungen am Flughafen, Drohgebärden in Form paternalistischer Ratschläge, Druck auf die Familien – viele von uns haben mehr oder weniger verschleierte Einschüchterungsversuche der Sicherheitsdienste erlebt.“

Besonders ironisch im Fall von Libre Flot ist, dass er genau die Stadt – Raqqa – mit befreite, in die IS-Anschläge auf Paris geplant wurden, die wiederum nun das politische Klima mitbestimmen, um Libre Flot einer Überwachung bis zum Erbrechen im Namen von "Anti-Terror" zu unterziehen. Ab dem Zeitpunkt seiner Rückkehr gab es eigentlich keine Überwachungsmethode, die ihm nicht angeklebt wurde: Mikrofone in privaten Räumen, Abhören von Telefongesprächen, Geo-Lokalisierung über GPS, Beobachtung von Telefonen über IMSI-Catcher. Mit betroffen davon war automatisch auch sein Umfeld, Familie, Freund*innen und Bekannte – von denen einige später zu einer gefährlichen Gruppe (oder irgendeiner Absprache) fantasiert wurden und sich bald darauf in der gefährlichen Situation befanden, von bewaffneten und brüllenden Spezialkommandos GAO auf den Boden gedrückt zu werden. Die GAO - Groupe d'appui opérationnel - ist übrigens die martialische interne Spezialeinheit des Geheimdienstes selbst. Der DGSI spitzelt also nicht nur, er lässt sich auch die eigen-fäustige Verhaftung seiner Opfer nicht nehmen. In jedem Wohnort wurden umliegende Straßen komplett abgeriegelt und die Behausungen der Genoss*innen von einem Über-Aufgebot von 30 bis 50 bewaffneten Truppen überrannt (dies nur die Zahlen derjenigen, die zur Festnahme abgestellt waren! Also ein Verhältnis von 30:1 oder 50:1), die Genoss*innen wurden gefesselt und erst nach 3 bis zu 12 Stunden größtenteils mit einem Sack oder Ski-Maske über dem Kopf abtransportiert.



MINISTÈRE de l'AJUSTICE

— R É P U B L I Q U E F R A N Ç A I S E —

Nach viertägigem Geheimdienst-Verhör wurden zwei Genoss*innen freigelassen. Die anderen sieben vor "Anti-Terror"-Richter Jean-Marc Herbaut gestellt. Der ordnete gegen fünf von ihnen Untersuchungshaft an, sie wurden präventiv in fünf unterschiedliche Gefängnisse gebracht. Das genaue "geplante Projekt" zu kennen oder benennen zu können, sei zur Verhaftung der Genoss*innen nicht notwendig, bestätigte Herbaut. Konkrete Vorwürfe gibt es also keine. Der als "Anführer" definierte Libre Flot kommt sofort in totale Isolations-Haft. Camille, eine weitere Betroffene, sieht sich von Anfang an sexistischen Drohungen und Praktiken ausgesetzt. Sie wird darauf hingewiesen, sollte sie sich ihre DNA nicht freiwillig abgeben, könne man sie sich "aus ihrer Unterhose holen"[5].

Im Knast wird sie unaufhörlich, immer wieder nackten Leibesvisitationen ausgesetzt. Diese Praktiken fallen ebenso wie Libre Flots "präventive" Isolationshaft, die über 16 Monate immer wieder verlängert wurde, unter Weiße Folter. Denn sie zielen darauf ab, den Gefangenen zu vermitteln, dass sie im Rahmen des "Anti-Terror" völlig entrechtet seien und ihnen grundlegende menschliche Eigenschaften wie ihre Würde oder Sozialität vom Staat weggenommen werden können. Diese Weiße Folter hinterlässt auf unsichtbare Weise tiefe Spuren in den Menschen und wurde von Anwält*innen, Angehörigen und Unterstützungskomitees der Betroffenen

von 8/12 immer wieder angeprangert. Dennoch wurde Libre Flots Isolationshaft immer wieder verlängert. Die festgelegte Höchstdauer beträgt 3 Monate und muss dann per Beschluss erneuert werden.

Nach 12 Monaten wird die Entscheidung an den Justizminister persönlich übertragen. Auch Justizminister Eric Dupont-Moretti erneuerte den Beschluss im Dezember 2021, obwohl bekannt war, dass sich Libre Flots Gesundheitszustand immer weiter verschlechterte. Obwohl – oder gerade weil – Libre Flot mitteilte, dass er durch die extremen Bedingungen der Isolationshaft unter chronischen Kopf- und Gelenkschmerzen, Desorientierung, Gedächtnisschwund, Beeinträchtigung der visuellen Wahrnehmung, Schwindelgefühl und Konzentrationsschwierigkeiten litt, setzte der Untersuchungsrichter die Verhöre fort. Das sollte ewig so weitergehen, aber am 27. Februar 2022 entschließt sich Libre Flot zum äußersten Widerstand, legt sein Leben in die Waagschale und tritt in den unbefristeten Hungerstreik. Zu dieser Entscheidung schrieb er später:

„Erst, als ich spürte, wie ich vom Nichts absorbiert werde, setzte ich dem einen letzten Aufschrei des Lebens entgegen, um mich davon zu befreien. Die Situation war so, dass ich nichts zu verlieren hatte, mein Leben war bereits dabei, zu zerfasern.“

Noch während Libre Flots laufenden Hungerstreiks, am 10. März, beschließt Justizminister Dupont-Moretti die Verlängerung der Isolations-Bedingungen.

Nach 25 Tagen ist Libre Flots Zustand so kritisch, dass er ins Gefängnis-Krankenhaus gebracht wird. Er hat 16 kg Gewicht verloren und bekommt Infusionen. Es regt sich Solidarität und Protest gegen das Isolations-Regime auch über französisches Gebiet hinaus und es wird ein Internationaler Aktionstag organisiert. Nach 36 Tagen Hungerstreik fällt Libre Flot fast ins Koma, jedoch finden die Anwält*innen heraus, dass ab dem Tag der Verlegung ins Krankenhaus die Isolationshaft offiziell aufgehoben wurde. Libre Flot beendet den Hungerstreik am 04.04.2022. Durch den kompromisslosen Einsatz seines Lebens gelang es ihm, für die Anwält*innen Spielraum für Verhandlungen mit der Justiz zu gewinnen. Er wird aus medizinischen Gründen aus dem Knast entlassen, zunächst in ein ziviles Krankenhaus überführt und dann mit elektronischer Fußfessel unter Hausarrest gestellt.

Die anderen Gefangenen der 8/12-Affäre wurden ebenfalls "unter strengen Auflagen" – wie Arbeitszwang, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, wöchentliche Meldepflicht und psychologische Beobachtung – nach und nach auf freien Fuß gesetzt. Durch perfide Kontrolle auf allen Ebenen sollen die Menschen außerhalb des Knastes zwangs-normalisiert werden.

Im Moment bereiten sich die sieben Genoss*innen auf den Prozess vor, der vom 03.-27. Oktober vor der 16. Kammer des Pariser Strafgerichts stattfinden wird. Wenn es nach der Anklage geht, drohen ihnen Haftstrafen von mehreren Jahren und Geldstrafen in fünfstelliger Höhe. Es ist zu erwarten, dass der Prozess von reaktionärer Seite stark instrumentalisiert und ausgeschlachtet werden wird. Schon bei der Verhaftung der Genoss*innen wurde das Medienspektakel vom DGSI angekurbelt: Die Massenmedien veröffentlichten insbesondere persönliche Informationen von Libre Flot und sein "interessantes Profil" (Le Parisien etc.) und sogar polizeiliche Fotos von drei Gefangenen (Le Point), die ihnen freimütig ausgehändigt

worden waren. Die Anklage stützt sich grob auf vier Bereiche angeblicher "materieller Elemente":

1. "Waffenbesitz" - zwei der Angeklagten waren Mitglieder im Schützenverein und besaßen eine Jagdlizenz. Daraus machten sie in keinsten Weise einen Hehl. Libre Flot hatte sich eine Schrotflinte besorgt, um damit vor seinem Aufenthalt in Rojava zu üben. Diese und drei weitere Jagdwaffen bzw. unbenutzbare Sammler-Waffen wurden bei insgesamt vier der Angeklagten oder ihren Familien gefunden. Der Besitz dieser Waffen ist ein Verstoß gegen allgemeine Gesetzgebung.

2. "Softair-Training" – drei der sieben Angeklagten spielten gelegentlich mit Softair-Waffen – ein vollkommen legales Geländespiel, bei dem kleine Plastikkügelchen verschossen werden, die nicht mal zu spüren sind, wenn sie auftreffen. Im Kontext der 8/12-Affäre wird das Spiel nun aber als "paramilitärisches Training" bezeichnet. Dabei soll scheinbar mit dem Zaunpfahl gewunken werden, dass Libre Flot in Rojava zu seiner Verteidigung gegen den IS so wie alle anderen auch eine Kalaschnikow genutzt hatte. Was es nun legitimieren soll, eine Softair-Waffe in seinen Händen und auch denen seiner Freund*innen als anscheinend ebenso gefährlich wie eine Kalaschnikow umzumünzen. Das ist schon fast lustig, denn sollte jemand, der eine tödliche Waffe bedienen kann, tatsächlich den großen Angriff vorhaben, warum sollte er sich mit einem Spiel mit Plastikkügelchen aufhalten? Warum sollte er sich als – wie behauptet wird – "charismatischer Anführer einer terroristischen Gruppe" sich nicht nach anderen, fundierteren Möglichkeiten umschauchen. Auch bei diesem Thema dreht sich einfach wieder alles um die politische Meinung, ob ein Spiel zum Indiz wird.

3. "Sprengstoff" – in kleinen Mengen wurde zu zwei Zeitpunkten Sprengstoff aus Haushaltsmitteln hergestellt und zum Spaß detoniert. Ein Mal wollten zwei der Angeklagten ihr Wiedersehen nach vielen Jahren mit Feuerwerk feiern. Ein zweites Mal wurde die Herstellung aus Langeweile mit einer Anleitung aus dem Internet an einem Nachmittag auf einem Hofprojekt ausprobiert. Dies waren Versuche aus Neugier, bei denen keine Sprengstoffe aufbewahrt wurden.

4. "Verschlüsselte Kommunikation" – da keine Verbindung zwischen den Betroffenen bewiesen werden konnte, wird behauptet, sie hätten sich mithilfe verschlüsselter Nachrichtendienste wie Signal, Telegram, Jitsi, . . . abgesprochen. Der DGSf fabriziert aus der bloßen Nutzung von datensicheren Anbietern (darunter auch protonmail, Whatsapp, Tails und Tor) "klandestines Verhalten" und "Geheimhaltungskultur", die die dünne Beweislage ausstopfen sollen. Drei der Angeklagten kommen ausschließlich deshalb vor Gericht, weil sie "weigerten, die Passwörter für verschlüsselte Medien herauszugeben". Das ist tatsächlich strafbar in Frankreich seit der Änderung des Gesetzes der Inneren Sicherheit vom Juni 2016 zur „Verstärkung des Kampfes gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus und deren Finanzierung“. Auch diese Entwicklung ist ein brisantes Detail. Damit wird erstens jegliche Nutzung von Verschlüsselung unter Verdacht gestellt wird – was Staaten in Europa und den USA schon länger diskutieren bzw. in erste Gesetzentwürfe gefasst haben. Zweitens wird damit das Schweigerecht ausgehebelt, denn wenn ich ein Passwort herausgeben MUSS, hinter dem meine Emails stehen, dann kommt dies dem Zwang zur Aussage gleich.

Es ist also Wachsamkeit geboten, nicht nur – aber auch – aufgrund der grundsätzlich notwendigen Solidarität für einzelne Fälle. Die Jagd auf politisch aktive Menschen in verschiedenen Gegenden soll von staatlicher Seite immer effizienter und ruchloser vonstatten gehen. Erweiterte Überwachungsmethoden werden zum Normalzustand deklariert und die Verfolgung libertärer und revolutionärer Menschen unter anderen Vorwänden in Gesetze gefasst. So war es auch wenig verwunderlich, dass faschistische Kräfte in Frankreich den Verhaftungen am 8.12. applaudierten. Der Staat kümmert sich gewissenhaft vorbeugend um die Neutralisierung ihrer Gegner. Wie schon eingangs erwähnt, gibt es eine negative Entwicklung nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa und weltweit. Das Muster ist, libertäre Genoss*innen zu verfolgen, als Terror zu bezeichnen und dann möglichst im dunklen Loch der Isolation verschwinden zu lassen. In Frankreich sind die Fälle von Boris 2020 und Ivan 2022 zu betrachten. Ihnen wird jeweils Sachbeschädigung vorgeworfen, dennoch wurden sie mit militärischen Mitteln von Anti-Terror-Einheiten gejagt und nach ihrer Festnahme bei den weiteren Ermittlungen wie Terroristen behandelt. Boris wurde bei einem Feuer in seiner Zelle schwer verletzt und ist nun gelähmt und auf besondere gesundheitliche Unterstützung angewiesen.



Dank Alfredo Cospitos Einsatz und Widerstand gegen das 41bis-Regime in Italien erlangten die Bedingungen dieser so genannten „Mafia-Inhaftierung“ einen größeren Bekanntheitsgrad. Die Anwendung der vollkommen entrechtenden 41bis-Bedingungen der totalen Isolation in einer winzigen Zelle werden besonders gegen politische Gefangene angewendet. Alfredo befand sich ab Oktober 2022 für 180 Tage im Hungerstreik bis zum Kreislaufstillstand. Seine Gesamtstrafe wurde zwar geändert, jedoch befindet er sich weiterhin in der 41bis-Isolation. In Russland hat sich die Repression seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine/NATO noch verstärkt und richtet sich im Namen von „Anti-Terror“ gegen Kriegsgegner*innen und Antifaschist*innen. Wladimir und Anton, die beide wegen gefundener Molotov-Cocktails der „Terrorismus-Vorbereitung“ bezichtigt wurden, versuchten im Knast den Selbstmord und landeten im Koma. Auch in Chile wurden im Zuge der den Sozialproteste 2019 die Gesetze verschärft und erlauben horrende Verfolgung, wie es sich auch im gerade laufenden Prozess gegen Monica und Francisco niederschlägt. Es ließen sich viele weitere internationale Beispiele nennen. Es ist wichtig, sich zu informieren und gemeinsame Schlüsse zu ziehen, um der staatlichen Willkür grenzübergreifend etwas entgegenzusetzen.

Das Bündnis zur Unterstützung der Betroffenen von 8/12 ruft zu einer Solidarischen Woche vom 16.-23. September auf und sagt dazu:

„Solange Unterdrückung existiert, wird uns die Macht ausfindig machen. Wie können wir uns an der Solidarität beteiligen? Wenn wir mit polizeilicher Repression und Anti-Terror-Politik konfrontiert sind, werden wir uns nicht atomisieren lassen! Wenn wir erkennen, dass Staaten Widerstandsbewegungen, Freundschaften und Genossenschaftlichkeit, Kollektive und alle Arten von Organisation brechen wollen, dann bestehen wir auf Solidarität auf alle Arten und Weisen! Wir laden euch ein, unsere Entschlossenheit und unsere Wut gegen ihre Welt in allen Formen erschallen zu lassen. Und unsere Solidarität mit den Menschen, die vom 03. bis 27. Oktober 2023 in Paris vor Gericht stehen werden. Alle Individuen, Kollektive und Organisationen können sich an diesem Aufruf beteiligen, auf ihre eigene Art und Weise mit ihrer Kreativität und Fantasie!“

Aktionen können mit dem Bündnis geteilt werden per Mail an 812support@riseup.net

Hashtags: #812Support #WhoTerroriseWhom #Solidarity #International #StopFascism #Freedom

All diese und weitere Infos findet ihr auf der Homepage:

solidarityto8december.wordpress.com (Englisch & weitere Sprachen)
soutienauxincolpeesdu8decembre.noblogs.org / soutien812.net (französisch)

1 Zitat des Bündnisses zur Unterstützung der Betroffenen der 8/12-Affäre. Benannt wird die Angelegenheit einfach nach dem Datum der Gefangennahmen, 08. Dezember 8/12.

2 <https://www.bbc.com/news/world-europe-55127815>

3 Das Gesetz wurde einige Monate später (25.05.2021) verabschiedet. Inhalt: mehr Spielraum FÜR Staat und Polizei zur Überwachung (mehr Überwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln, Drohneneinsätze, Nutzung von versteckten Kameras bei Demos ohne besonderen Grund), jedoch Verbot von Aufnahme und Veröffentlichung von Bildern DER Polizei im Einsatz – unter Androhung hoher Geld- und Haftstrafen.

4 Fiche S = Karteikarte S, „S“ steht für Sûreté de l’État, auf deutsch “Staatsicherheit”.

5 <https://lundi.am/Affaire-du-8-decembre-recit-d-une-mise-en-examen-pour-association-de>

Kommentar zur Debatte um die Letzte Generation

Disclaimer: dies ist ein Text von einigen aus der Offenen anarchistischen Vernetzung Leipzig aber stellt keine Gruppenmeinungen da.

Die Letzte Generation (LG) polarisiert. Von Politik und Medien wird geschimpft, gedroht und gehetzt. Aktivist*innen von LG werden vermehrt angegriffen, sind maßloser Repression ausgesetzt und es wird eine „Klima-RAF“ herbeifantasiert.

Aus linksradikalen Kreisen ist wenig zu hören. Jeglichen Protest, den wir nicht initiieren oder beherrschen, stehen wir skeptisch bis ablehnend gegenüber. Wenn wir uns doch mal zu der Thematik äußern, werden die LG Aktivist*innen entweder von oben herab als brave, „Öko-/Bürgerkids“ belächelt (vielleicht mal an die eigene Nase fassen?) oder gleich als Feind ausgemacht. Sie würden Protest emotionalisieren, nur die „armen Arbeiter*innen“ nerven oder ihre Leute verheizen.

Dazu muss gesagt werden, wenn wir uns die Fakten zur Klimakrise anschauen, ist eine gewisse Emotionalität verständlich und die Arbeiter*innenklasse ist hierzulande leider von sehr vielem genervt. Von linken Demos, genauso wie von Streiks bei der Deutschen Bahn. Gerade die meisten Anarchos, die seit Jahren Bahnsabotage bejubeln um „Menschen aufzuwecken oder zu stören“, sollten ganz still sein oder sich an der Diskussion um Schuld an Kapitalismus und Klimakrise beteiligen und ihre Revolutionskonzepte ohne Sympathien der Massen vorstellen.^{1 2 3}

Aktionen von LG fanden vermehrt auch nicht mehr nur gegen Arbeiter*innen gerichtet statt, sondern ebenso an Flughäfen, dem Bundestag und unzähligen Firmengebäuden. Die LG lernt dazu und fängt an sich stärker auf die Hauptakteure der Klimazerstörung zu fokussieren. Dies zeigt auch: Soziale Protestbewegungen sind lernfähig!

Wenn Leute sich nun für Ihre Überzeugungen verhaften lassen, kann man das nicht besonders schlau finden, unseren Respekt für ihre Entschlossenheit und Konsequenz haben sie aber durchaus. Und ihre freie Entscheidung, genau das zu tun, sollten wir ihnen auch nicht absprechen, auch wenn ihre internen Strukturen durchaus zu kritisieren sind.

Manches an der oben genannten Kritik mag dennoch zutreffen. Trotzdem, wir sollten uns erst einmal freuen, dass es Menschen gibt, die erkannt haben: Einfach nur demonstrieren hilft nichts. Wir brauchen (direkte) Aktionen. Und zwar Aktionen, die weh tun, die Aufmerksamkeit erregen und provozieren. Nichts anderes haben die Spaßguerilla und Kommunikationsguerilla in den 60er und 80er gemacht. Und das ist es, was LG tut. Wir sollten anerkennen, dass:

a) Sie (andere) Teile der Gesellschaft nicht nur erreicht, sondern auch motiviert haben aktiv zu werden. Es sind außerdem in der LG viel mehr ältere Menschen aktiv, im Vergleich zu unserer Szene.

b) Sie kontinuierliche Aufmerksamkeit auf die Klimakrise in der Öffentlichkeit schaffen.

c) Sie immer wieder neue Aktionsformen ausprobieren. Während klassischen linken Gruppen oft nichts einfällt als: Demo!

Was wir aber wahrnehmen, ist entweder Schweigen oder gar Boykottaufrufe und verbalradikales draufhauen. Zum Beispiel gab es, nachdem die LG, in einem hier nicht genannten Ladenprojekt, einen Vortrag gehalten haben, einen „Shitstorm“ selbsternannter radikaler Linker. Der Wunsch war, diese Gruppe bitte in keinsten Weise zu unterstützen.

Wir sollten uns nicht einreihen in die Welle der Diffamierungen und Hetze seitens Medien und Politik. Wir sollten nicht von „Klimaklebern“ sprechen oder uns auf das Gerede von einer „Klima-RAF“ einlassen. Lasst uns stattdessen beim relevanten Thema bleiben: Das Verheizen von Mensch und Umwelt zum Zweck des Profits. Wir sollten unsere Diskussionskultur gründlichst überdenken, in der wir auf dem Gipfel des Berges der Moral stehen und alle hinabstoßen, die auch nur einen Fuß unter uns sind. Wir haben nicht die Weisheit gefressen und nicht die Lösung für alles. Wir sollten daher auch aufhören so zu tun, als ob dies der Fall wäre.

Natürlich müssen wir LG weiterhin kritisieren. Neben internen Hierarchien und Event-Aktionen (dies trifft auf den größten Teil der linken Gruppen zu) haben wir vor allem inhaltliche Kritik: Sie schaffen es nicht, die Aufmerksamkeit, die sie generieren, mit Inhalt zu füllen. Es bleibt bei einer Appell-Politik und Minimal-Forderungen (die man bei vielen Aktionen garnicht wahrnimmt). Es fehlt an Radikalität und Analysen. Es ist eine Protestbewegung, die keine neuen Strukturen hervorbringt und keine revolutionäre Perspektive anbietet.

Unsere Kritik sollte aber auf eine vernünftige, sachliche und ja, auf solidarische Art und Weise angebracht werden. Wir sollten mit Ihnen diskutieren und blinde Flecken als auch Schwächen ihrer Konzepte aufzeigen. Und dabei sollten wir nicht erwarten, dass sie am Ende genau die gleiche Meinung wie die linke Splittergruppe XY haben.

Mehr noch, wir sind der Meinung, wir könnten uns von ihrem Aktionismus eine Scheibe abschneiden. Und vielleicht sollten wir auch ein Stück auf Sie zugehen. So wichtig (radikale) Inhalte auch sind (und die kommen nicht über Nacht), ohne direkte Aktionen (die provokant sein müssen) bleiben



diese bedeutungslos. Es hat immer auch spektakuläre, provokante, störende und kreative Aktionen gebraucht, um Gesellschaft zu verändern und Aufmerksamkeit zu generieren.

Wie wäre es, wenn linke Gruppen, anstatt passiv zu kritisieren, mal vermehrt eigene Aktionen starten? Sich mit eigenen Aktionen und Inhalten an Aktionstagen beteiligen? Wie wäre es, wenn das nächste Mal 500 Linksradikale, anstatt auf die nächste Demo zu latschen, ebenfalls anfangen würden, Autobahnen zu blockieren, sich am Ring, am Flughafen oder im Gericht festzukleben?

PS: Einige von uns haben eine starke Kritik an den massefeindlichen Aktionen der Letzten Generation. Trotzdem müssen wir unseren Beziehungen zu neuen sozialen Protestbewegungen, unserer Diskussionskultur und Aktionsformen massiv überdenken.

1 Kurz.Schluss, unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/40279/>

2 B, Bahnsabotage: Die Festung Europa von innen erschüttern und sabotieren!, unter: <https://linksunten.indymedia.org/node/171533/index.html>

3 Nachbetrachtung zu dem Anschlag auf Bahn, Tesla und Krieg, unter: <https://de.indymedia.org/node/180652>

München: Weitere Baumaschinen in Asche verwandelt

Dokumentation:

Ja, wer hat noch mal gesagt, dass der Sommer nicht förderlich für Brandangriffe auf Strukturen der Herrschaft sei? Auf jeden Fall nicht die Polizei der bayerischen Hauptstadt, wo letztere nicht abreißen.

Am 8. Juli etwa brennt im Münchner Norden eine Baumaschine entlang des Föhringer Rings, und zerstört dabei Telekommunikationskabel entlang der Brücke. Am 16. Juli wiederum brennt im Münchner Süden ein

Mobilfunkmast im Forstenrieder Park. Am 26. Juli schließlich gehen fünf Baumaschinen auf der Baustelle für die neue U-Bahn-Station Martinsried in Planegg in Flammen auf, dieses Mal im Münchner Westen. Und am 27. Juli, gegen 22 Uhr 30, im Süden der Stadt, wird eine für das Fällen großer Bäume verwendete Forstmaschine im Perlacher Forst von den Flammen verschlungen, mit wieder einmal mehr als 100 000 Euro Sachschaden.

So viele anonyme Zerstörungen, dass den Uniformierten ganz schwindelig werden muss, und sie nicht mehr wissen, an welchen Schutzheiligen sie sich nun wenden und in welche Richtung sie schnüffeln sollen, sodass sogar Helis begonnen haben im Münchner Nachthimmel zu kreisen um die Saboteur_innen zu erwischen. Immer vergebens. In der Nacht von Sonntag auf Montag des 14. August, gegen 3 Uhr 30 morgens, hat so die Mannschaft eines Polizeihubschraubers – allerdings ein klein wenig spät um die Jagd zu eröffnen – einen weiteren Baggerbrand bemerkt. Dieser befand sich auf der Höhe des zentralen Staudamms der Isar, zwischen Pullach und Höllriegelskreuth, im Süden der Stadt, und gehörte dem kommunalen Unternehmen Stadtwerke München (SWM), eines der größten Unternehmen im Sektor der Energieerzeugung in Deutschland. Der Sachschaden wird von den Bullen auf „mehrere hunderttausend Euro“ beziffert, und die Ermittlungen hat ein weiteres Mal das Kommissariat 43 (Staatsschutz) übernommen.

Doch das ist nicht alles. Einerseits weil der Sommer noch nicht vorbei ist und andererseits weil die kleinen Schlaumeier unter uns sicherlich bemerkt haben, dass eine Himmelsrichtung in dieser schönen Kontinuität noch fehlte. Na klar, es gab keinen Grund dafür, dass die Interessen der Herrschaft, die im Osten der Stadt firmieren, den Flammen entgehen soll-

ten! In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, dem 16. August, gegen 2 Uhr 30 morgens, auf der Autobahnbaustelle der A94 auf der Höhe von Anzing, etwa 15 Kilometer östlich von München, ist also ebenfalls eine dicke Baumaschine in Flammen aufgegangen.

Laut Kriminalpolizei handelt es sich dabei wahrscheinlich um Brandstiftung, und es werden Zusammenhänge zu ähnlich gelagerten Fällen, einschließlich derer im gesamten Bereich des Polizeipräsidiums München, geprüft. Die verkohlte Maschine war ein auf der Baustelle befindlicher Asphaltfertiger, und der Sachschaden wird erneut auf mehr als hunderttausend Euro beziffert.

Mit diesen zwei weiteren wunderschönen in Asche verwandelten Baumaschinen, eine am Vortag des 15. August und die zweite direkt nach Mariä Himmelfahrt, wenn die Schutzheilige, der sich die Münchner Polizei zuwendet um zu versuchen die Brandstifter zu fassen, immer noch Maria heißt ... dann ist sie wirklich ahnungslos!

Zusammenfassung der deutschen Presse (Merkur/Süddeutsche Zeitung), 14. bis 16. August 2023, aus dem Französischen übersetzt, ursprünglich erschienen bei Sans Nom

München: Feuer auf der Baustelle der U-Bahn des Wissenschaftszentrums

Dokumentation:

Auch wenn er die letzten zehn Jahre seines Lebens in Paris verbracht hat, vergisst man aufseiten der grauen französischen Hauptstadt oft, dass der berühmte Maler Vassily Kandinsky seine Bildrecherchen in Deutschland begonnen hatte. Genauer gesagt in München, am Fuß der bayerischen Alpen. Von dieser Frühperiode einer der zukünftigen Begründer der abstrakten Kunst erinnert man sich oft an das Gemälde „Der blaue Reiter“ (von 1903), der auch der Name des expressionistischen Zirkels werden sollte, an dem er wenig später teilnahm, und zwangsläufig eher weniger an sein Gemälde mit dem Titel „München Planegg I“ (von 1901), das eine deutlich klassischere bäuerliche Landschaft zeigt.

Ein Jahrhundert später hat sich das etwa ein dutzend Kilometer westlich von München gelegene Dorf Planegg, wo Kandinsky seine Jugend-Stafefei hintrug, selbstverständlich stark verändert. Seine Felder und seine Bäume sind inzwischen gigantischen Stahl- und Betonbauten gewichen, die vor allem einen Industriepark für Biochemie-Unternehmen, Forschungszentren (wie das Max-Planck-Institut für biologische Intelligenz), sowie einen darauf zugeschnittenen Unicampus beherbergen. Und außerdem, damit diese schöne alptraumhafte Welt nicht täglich eine ordinäre S-Bahn nehmen muss, wurde im Februar 2023 in Planegg eine umfangreiche Baustelle für die Verlängerung der U-Bahnlinie U6 begonnen, mit

der 2027 vorgesehenen Eröffnung dieses Tunnels von mehr als einem Kilometer Länge.

Eine U-Bahnlinie also, die so direkt die zwei großen Wissenschaftszentren der Stadt miteinander verbindet, Garching, das hauptsächlich der Physik gewidmet ist (und das einen Forschungsneutronenreaktor beherbergt), im Norden der Stadt mit dem Forschungszentrum Martinsried in im Westen befindlichen Planegg, das der Biologie verschrieben ist. Also eine Schlüsseltransportinfrastruktur, eine „zentrale Weichenstellung für die Zukunft des Forschungsmekkas in und um München und des gesamten Hightech-Lands Bayern“, wie es der bayerische Wissenschaftsminister Markus Blume beim ersten Spatenstich für die geschätzt 212 Millionen Euro teure Baustelle verkündete.

Jedoch, während die Autoritäten sich am wie geschmiert laufenden Fortschritt der Bauarbeiten erfreuten, ereignete sich in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, den 26. Juli, etwas Unerwartetes, gut geschützt durch die hohen Holzgitterpalissaden, die die Sicht der Passanten auf das große Werk, das da am Laufen war, versperrte. Genauer noch, um die Worte des Bürgermeisters dieses Kaffs zu übernehmen:

„Wir dachten immer, die Baustelle muss gut gesichert sein, damit nichts passiert. Aber dass es Leute gibt, die die U-Bahn-Baustelle abfackeln, damit hat keiner gerechnet.“

Und tatsächlich haben zwei Tage zuvor Unbekannte fragliche Umzäunung überwunden, ehe sie an zwei Baumaschinen Feuer legten, um anschließend mit der milden Sommernacht zu verschmelzen, und mehrere zehntausend Euro Schaden auf ihrem Weg zu hinterlassen (und drei weitere von den Flammen beschädigte Maschinen). Der Blick hat sich sofort gen die sogenannte „politisch motivierte Kriminalität (Links)“ gewendet, und so hat das darauf spezialisierte K43, der „Staatsschutz“, die Ermittlungen übernommen. Was die lokalen Journalistenbullen angeht, waren sie nur in der Lage ihre Perplexität angesichts dieses erneuten anonymen Angriffs

auf das Mekka des deutschen Technoingenieurswesens auszudrücken: „Setzt sich damit eine Serie von noch ungeklärten Anschlägen fort? In den vergangenen Monaten gab es in und um München mehrere mutmaßliche Brandstiftungen an Fahrzeugen und Infrastruktur - jüngst an einem Mobilfunkmast im Forstenrieder Park [16. Juli] und an Kabelschächten am Föhringer Ring [8. Juli].“

[Zusammenfassung der deutschen Presse (Münchener Merkur & Süddeutsche Zeitung), 26. Juli 2023, ursprünglich auf Französisch bei Sans Nom erschienen]



[B] Angriff auf Deutsche Bahn

Stop Tren Maya - Switch Off!

Dokumentation:

Wir haben in der Nacht auf den 27. Juli den Bürokomplex der Deutschen Bahn in der Caroline-Michaelis-Straße in Berlin-Mitte mit Hämmer und Brandsätzen angegriffen. Dabei haben wir die Scheiben im Eingangsbereich von zwei Bürogebäuden zerstört und den Schriftzug „Stop Tren Maya“ gesprüht. Auf dem dazugehörigen Parkplatz wurde jeweils ein DB Flinkster E-Auto und ein DB-Service Fahrzeug in Brand gesetzt. Um heranrückende Bullen auszubremsen haben wir in der Straße Krähennüsse ausgestreut.

Es gibt viele Gründe, warum die Deutsche Bahn als Ziel gewählt wurde. Ganz konkret wollen wir mit diesem Angriff aber die anhaltenden Proteste, die sich im Süden Mexikos gegen den sogenannten „Tren Maya“ richten, aufgreifen und dahin tragen wo hierzulande die Verantwortlichen sit-

zen. Die Deutsche Bahn, die sich im Besitz des deutschen Staates befindet, fungiert mit dem Tochterunternehmen DB Engineering and Consulting als Schattenbetreiber dieses Infrastrukturprojektes und verdient daran blutige Millionen.

Allein der zynische Namen „Tren Maya“ verschleiert schon was wirklich dahinter steckt. Denn dieses Megaprojekt ist nicht „nur“ ein Zug. Es ist ein neokoloniales Infrastrukturprojekt. Ein ökozidales Unternehmen, das die Zerstörung der letzten Regenwälder Südamerikas bedeutet. Ein Projekt der Aufstandsbekämpfung gegen indigene Gemeinschaften und die Zapatistxs im Süden von Mexiko, ihrer Vertreibung und der kolonialen Landnahme. Eine Mauer aus Beton und Schienen der Abschottung des reichen globalen Nordens gegen die Migration aus dem globalen Süden, verwal-

tet vom mexikanischen Militär und mitverantwortet vom deutschen Staat durch die DB.

Eine glitzernde Fassade für den (grünen) Kapitalismus

Neben anderen deutschen Unternehmen wie Siemens, TÜV Rheinland oder die GIZ ist die DB Engineering and Consulting GmbH mit einer Auftragssumme von 8,6 Millionen Euro vom mexikanischen Ministerium für Tourismus mit der Beratung zu eisenbahnbetrieblichen Entscheidungen innerhalb des Bahn- und Autobahnprojekts, dem sogenannten "Tren Maya", beauftragt. Der Vertrag wurde am 1. Dezember 2020 geschlossen und läuft erst einmal bis zum Dezember 2023.

Auf über 1.500 Kilometern soll die neue Bahnstrecke im Süden Mexikos die Städte Palenque und Cancún verbinden und durch die Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatan und Quintana Roo führen. Politik und Unternehmen vermarkten die Entstehung von Arbeitsplätzen, einen Anstieg des Tourismus, Fortschritt und Entwicklung. Ein genauer Blick legt diese Lügen offen. Arbeitsplätze bedeuten keinen vermeintlich sicheren Lebensunterhalt, sondern Lohnkürzungen, Lohnwegfall, Unfälle, Todesfälle und die Ausbeutung mittel- und schutzloser Migrant:innen auf den Baustellen. Gleichzeitig nimmt der Landraub den indigenen Gemeinschaften ihre Lebens- und Arbeitsgrundlage weg. Ein Anstieg des Tourismus bedeutet die kapitalistische Erschließung von Natur und indigener Kultur, wovon große Unternehmen profitieren werden. Auch hat sich in der bisherigen Geschichte gezeigt, dass mit dem Tourismus und der Entstehung urbaner Zentren sich Armut und Drogenhandel ausbreiten. Das Projekt ist also nichts weniger als das Einfallstor für Militär, Staat und Kapital und droht, die bisherige, auf Subsistenzwirtschaft und Gemeineigentum beruhende Lebensweise und Kultur der betroffenen Bevölkerung nachhaltig zu zerstören.

Fortschritt und Entwicklung made in Germany

"Die 'Entwicklung' und der 'Fortschritt', die das System anbietet, verschleiern, was in Wirklichkeit diese Entwicklung und der Fortschritt des Kapitals sind, und, was noch wichtiger ist, sie verbergen die Tatsache, dass dieser Fortschritt und diese Entwicklung durch den Tod und die Zerstörung von Bevölkerungen und Territorien erreicht werden" Worte des Subcomandante Moise der EZLN, 2022.

Weltweit beteiligen sich deutsche Unternehmen an neokolonialen Strukturen. Sie profitieren von einer auf der Zerstörung der Erde und der Grundlage allen Lebens hinauslaufenden Fortschritts- und Wachstumsorientierung. Diese baut ihre Mauern auf einem seit Jahrhunderten gefestigten kolonialen Fundament, von dem die Gesellschaften des globalen Nordens profitieren. Unser Wohlstand hier, der Lebensstil von Massenkonsum und Ressourcenverschwendung, basiert auf der Ausbeutung der "Anderen". Das bedeutet, dass die katastrophalen Auswirkungen eines Wohlstands für Wenige aus dem hiesigen Blick verschwinden sollen. Sichtbar sind sie für diejenigen, die für ihn schufteten und deren Lebensgrundlagen für ihn zerstört werden. Das zeigt sich auch in der Klimakrise. Während hier ein Anstieg des Anteils sogenannter erneuerbarer Energien die Luft sauberer werden lässt, werden in Kolumbien Minen für deutsche Kohlekraftwerke ausgebaut. Während auf europäischen Straßen die E-Autos rollen, zerstört der Abbau von Lithium, Kobalt und Co. in Guatemala, dem Kongo, Bolivien

und an vielen anderen Orten das ökologische Gleichgewicht und verwandelt lebendige Flora und Fauna in tote und kranke Landstriche.

Seit ihrem Bestehen profitiert die Deutsche Bahn von Mord, Krieg und Zerstörung. Als direkte Nachfolgerin der Deutschen Reichsbahn ist die DB verantwortlich für die Deportationen von Millionen von Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager des Nationalsozialismus. DB Schenker ist auch heute an militärischer Logistik beteiligt und unterhält unter anderem mit zwei anderen Akteuren ein Zentrallager von 17.000m² für die Bundeswehr. Bis heute zieht sich also die blutige Geschichte dieses Unternehmens und mit der Beteiligung an Megaprojekten wie der Bahninfrastruktur zur Fussball - Weltmeisterschaft letztes Jahr in Katar oder nun dem sogenannten "Tren Maya" setzt sich diese ungebrochen fort. Das deutsche Exportprodukt eines vermeintlich nachhaltigen und fortschrittlichen Unternehmens - als "Deutschlands schnellste Klimaschützerin" vermarktet - ist die Missachtung indigener Rechte und Umweltzerstörung.

Die Lüge der guten Schiene

Über die Luft, auf Flüssen, über Straßen und Schienen: Transportwege sind wie Adern, die sich über die Erde legen. Auf ihnen fahren wir vielleicht unsere Verwandten oder Freund:innen besuchen oder fliegen in den Urlaub. Aber vor Allem dienen sie der Zirkulation von Gütern und Arbeitskraft. Je befestigter oder ausgebauter sie sind, desto schneller können sich Menschen und Güter auf ihnen fortbewegen. Und Zeit ist bekanntlich gleich Geld, zumindest im Sinne der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Seit jeher sind Straßen und Schienen dadurch auch die Vorboten heranrückender Armeen, von Kolonialisierung und Erdzerstörung oder der Verwandlung von Mensch und Natur in Arbeitskraft und Ware. Infrastrukturprojekte dienen den Autoritäten zur Erschließung nicht staatlich dominierter oder der kapitalistischen Logik unterworfenen Gebiete und sie bilden ein Vehikel der Aufstandsbekämpfung. Die Kontrolle über Mobilität bildet daher einen der elementarsten Grundpfeiler von Herrschaft. Der sogenannte "Tren Maya" ist ein Projekt der territorialen Neuordnung genau dort, wo sich einer der weltweit größten Migrationskorridore in die Vereinigten Staaten befindet. Dass das mexikanische Militär mit der Verwaltung beauftragt ist und auch dessen Gewinne einstreicht, zeichnet ein deutliches Bild: diese Schiene ist ein militaristisches Projekt und gegen die Bewegungsfreiheit der Menschen gerichtet. Mobilität für diejenigen, die sich die Bahntickets leisten können, dabei vom Norden in den Süden reisen. Aber nicht für diejenigen, die versuchen vom Süden in den Norden zu kommen, um zu überleben, weil ihre Basis dafür zerstört wurde.

Die Klimakrise ist eine ökonomische und soziale Frage

Seit Jahrhunderten wird in antikolonialen Kämpfen auf die Folgen der Zerstörung der Erde und der Grundlagen allen Lebens aufmerksam gemacht. Ihre Stimmen wurden hin und wieder in den imperialen Machtzentren aufgegriffen, jedoch nicht konsequent aufgenommen. Ja, wir sitzen hier im Maschinenraum, wir sind Rädchen in ihrem Räderwerk. Dabei profitiert jede einzelne Person unterschiedlich vom herrschenden System oder wird auf verschiedene Weisen unterdrückt. Der Wohlstand des globalen Nordens, von dem wir sprechen, ist einer, der sich entlang von Klassenfragen verteilt.

Es ist unabdingbar die Kämpfe, die in anderen Regionen der Erde stattfinden, aufzugreifen und ihnen einen Widerhall zu bieten. Das bedeutet, die Verantwortlichen, die in den Metropolen des globalen Nordens sitzen, ins Visier zu nehmen, die von der durch das kapitalistische System bedingten kolonialen und patriarchalen Unterdrückung profitieren. Es bedeutet auch, die Kämpfe sichtbar zu machen und ihre Kritiken, Ideen und Vorschläge aufzugreifen, zu diskutieren und zu vervielfältigen. Gleichzeitig müssen wir eine Perspektive aufbauen, die uns hier kollektiv dazu befähigt, das Bestehende umzustürzen. Wir wollen uns den Worten des Aufrufes "Switch-Off - the system of destruction" anschließen, weiter in die Offensive zu kommen:

"Was wir im Kampf gegen die Zerstörung der Natur und das resultierende soziale Elend brauchen, ist das gemeinsame Streben nach dem tatsächlichen revolutionären Bruch und der Freiheit aller. Nach einer Initiative, die alle Kompromisse und kosmetischen Korrekturen des Staates zurückweist und eine Transformation unserer sozialen Beziehungen herbeiführt. Denn

die Zerstörung des Planeten durch das neoliberale Wirtschaftssystem ist untrennbar verbunden mit patriarchalen Denkmustern, Rassismus und Kolonialismus. Die Initiative dazu muss notwendigerweise von unten kommen. Aus den Kämpfen der Ausgegrenzten. Aus den Kämpfen derer, die gegen das staatliche Rettungsversprechen ein selbstorganisiertes, solidarisches Miteinander setzen. Aus den Kämpfen derer, die sehen, dass es keine Kompromisse im Kampf gegen die systemische Zerstörung der Biosphäre geben kann." (switchoff.noblogs.org)

Mit diesem Angriff auf die Deutsche Bahn wollen wir die Reihe an Aktionen fortsetzen, die in den letzten Monaten bereits zum "Tren Maya" passiert sind und alle Verbündeten zu einer weiteren militanten Beteiligung an Kämpfen gegen die Zerstörung des Planeten einladen.

**Switch Off – das System der Zerstörung nachhaltig angreifen.
Stop Tren Maya!**

anonym

Windenergie angreifen!

Dokumentation:

Die industrielle Produktion „erneuerbarer Energien“ ist der Motor für den wahrscheinlich größten Boom der Zerstörung der Natur, in Form von Minen für den Abbau, Anstieg von giftigem Wasser, Luftverschmutzung, Abholzung, Zerstörung von Böden und Landraub. Egal ob Solar, Wind, Biokraftstoff und andere angeblich „grünen“ Energien. Alle haben, genau wie die fossilen Energieträger ihren Ursprung in der kolonialistischen Rohstoffindustrie, die Ökosysteme zerstört. Allein die Produktion und Installation von Windrädern mit ihren Turbinen und Batterien (ganz zu schweigen vom zentralisierten Stromnetz, an das man sie anschließen muss), erfordert den Abbau sehr seltener und sehr toxischer Stoffe, ebenso wie ölfressende Schiffe zum Transport der Mineralien, gigantische Fabriken um sie zu bauen, Autobahnen um sie zu transportieren usw. Der Eingriff ins lokale Ökosystem ist ebenfalls immens. Für die Errichtung der Windräder müssen riesige Flächen an Wald und kilometer lange Schneisen für Baustraßen in den Wald gerodet werden. Die hunderte Meter hohen Kolosse zerhacken mit ihren Rotoren Greif- und Zugvögel und bedeuten für viele wandernde Wildtiere, wie z.B die Fledermaus den Tod.

Doch wer profitiert von den Windparks und für was wird der Strom überhaupt denn überhaupt benötigt?

Die wesentliche Energie, die gerade verbraucht wird, dient dazu eine industrielle Todesmaschine am Laufen zu halten. Die Staaten und die Industrie können nicht darauf verzichten, monströse Mengen an Energie zu für verschlingen um Kriege zu führen und den kapitalistischen Fortschritt zu bewahren. Während die Auswirkungen des Klimawandels an vielen Stellen auf der Welt immer sichtbarer werden, will uns die Industrie, welche für all das Leid verantwortlich ist, die Lösung verkaufen: Nachhaltigkeit

und „erneuerbare Energien“ 1950 betrug der Energieverbrauch der Wirtschaft jährlich noch bei 90 Millionen terrajoules, während dieser heutzutage bei 580 Millionen terrajoules jährlich liegt. Doch nun fallen fossile Energieträger, wie z.B die Kohle durch ihr dreckiges Image aus der Zeit und die Industrie setzt auf angeblich „erneuerbare Energien“, um sich einen grünen Anstrich zu geben, damit das Streben nach Wachstum, Fortschritt und Profit fortgesetzt werden kann. Zudem ist in einer solchen technologischen Welt, die nicht nur abhängig, sondern super abhängig von der Stromenergie ist, die Diversifizierung der Arten sie zu produzieren angesagt.

Windkraft und andere „erneuerbare Energieträger“ sind somit ein wichtiger Faktor der kapitalistischen, staatlichen Umstrukturierung. So verwundert es nicht, dass die deutsche Regierung den Plan verfolgt bis 2032 bis zu 2% der Landfläche für „erneuerbare Energien“, größtenteils für Solar- und Windparks zu nutzen. Damit dies gelingen kann, wurde extra das Bundesnaturschutzgesetz angepasst, welches nun auch die Errichtung von Energieparks in Landschaftsschutzgebieten erlaubt. Der Trugschluss der „Energiewende“ Viele Politiker*innen, Initiative, Konzerne und Klimagruppen sehnen sich nach einer „Energiewende“. Doch es gibt keine „Energiewende“, die gerade im Gange ist. Es hat sie noch nie gegeben. Dies wäre beim aktuellen Energieverbrauch schlichtweg auch nicht möglich. 2018 lag der Anteil an angeblich „grün“ produzierten Strom bei gerade einmal 30%. Die allgemeine Verbreitung der Verwendung von Erdöl hat nicht zu einer Aufgabe der Kohle geführt. Die gewaltsame Einführung der Atomkraft, hat kein bisschen das Verschwinden der „klassischen“ Kraftwerke, die mit Gas, Öl oder Kohle funktionieren, bedeutet. Es gibt keine Wende, es gibt nur Ergänzung zu herkömmlichen fossilen Energieträgern,

dessen Abbau auch nicht von den neuen angeblich „erneuerbaren Energieträgern“ reduziert wird.

Wenn „grüne Energie“ wächst, wächst fossile Energie umso mehr.

Es sind die gleichen Firmen, die gleichen Staaten, die ein Vermögen mit Erdöl und Gas gemacht haben, die nun massiv in „erneuerbare Energien“ investieren. Die industrielle Windenergie ist somit niemals etwas anderes, als die Fortsetzung der industriellen, kolonialen Konsumgesellschaft mit anderen Mitteln. Wie kann der Kampf gegen Windenergie aussehen? Der Kampf gegen Windparks, sollte in keinsten Weise den Ruf nach alternativen, egal ob angeblich „erneuerbar“ oder fossilen Energieträgern bedeuten.

Vielmehr brauchen wir ein Streben nach einem anderen Nutzen von Energie, nicht wirtschaftlich, um ein System der Unterdrückung, Krieg und Herrschaft aufrecht zu erhalten, sondern lokal und bedürfnisorientiert. Das würde eine Ablehnung gegenüber der Regierung, Kapitalismus, Extraktivismus, Landraub, Kolonialismus und all den anderen Facetten der industriellen Zivilisation bedeuten. Um ohne diese ganze Energie auszukommen, müssen wir auch ohne jene auskommen wollen, die sie erforschen, sie ausbeuten, sie verkaufen, sie benutzen. Unsere Kämpfe dürfen sich nicht nach einer „(Energie)wende“ oder anderen manipulativen Rhetoriken sehnen, sondern müssen sich direkt gegen jede Art der Energiegewinnung richten.

Der Kampf gegen Windenergie bedeutet ein Kampf gegen Herrschaft im Allgemeinen. Lasst uns unsere Kämpfe zusammenführen und das bekämpfen, was die industrielle Todesmaschine am Leben hält: die Energie-

produktion. Es gibt viele potentielle Aktionsformen gegen Windparks. Von Sabotage gegen bestehende Anlagen und Angriffen gegen ihre Betreiber und Profiteure, über das Zerstören von Baumaschinen und Messstationen für geplante Windparkprojekte, bis hin zu Land-/Waldbesetzungen. Um nur ein paar zu nennen. Zukünftige Windparks werden größtenteils in Höhen- und Steillagen entstehen, weil sie dort am effektivsten Wind einspeisen können. Da dies meist die letzten unbebauten und unversiegelten Flächen in einem so dicht besiedelten Land sind, werden überall in Deutschland hunderte Hektar Wald und Naturfläche den Bau von Windrädern weichen müssen, oder tun es bereits. Diese Wälder gilt es zu verteidigen! Nahezu alle geplanten Windparks, sind von großen öffentlichen Kampagnen begleitet, welche gute Informationsquellen für Standorte, Planungen und Fortschritte der geplanten Anlagen sein können. Zudem gibt es bereits viele Initiativen die lokale Kämpfe gegen die Errichtung von Windparks führen.

Vernetzt euch und lasst uns gemeinsam Windenergie bekämpfen! Im September haben wir mehrere Messstationen, welche Messungen für den zukünftigen Windpark im Altdorfer Wald durchführen, zerstört. Neben dem geplanten Kiesabbau, gegen den sich bereits Widerstand in Form einer Waldbesetzung regt, sollen auch mehrere Windparks im Altdorfer Wald, dem größten zusammenhängende Waldstücks Oberschwabens entstehen. Für die Windräder sollen Waldflächen gerodet werden und das lokale Ökosystem, voller Pflanzen, Bäume, Insekten, Fledermäuse, Greifvögeln und anderen Wildtieren zerstört werden. Die Messstationen befinden sich überall im Wald an potentiellen Standorten des Windparks verteilt und dienen Forschungen zur Errichtung des Windparks Altdorfer Wald.

anonym

Sendemast in Berlin-Wuhlheide abgefackelt

Dokumentation:

Oft finden Aktionen statt, die ihren Widerhall in den Medien suchen und demnach geplant werden. Wir wissen nicht aus welchem Grund über unserer Tat bisher keine Presse berichtet hat. Dies ist Bemerkenswert und es wäre interessant zu erfahren, ob es eine Art auferlegte Nachrichtensperre von den Ordnungshütern oder Politik gibt (?) um etwa die Verbreitung von solcher Handlungsmöglichkeiten zu unterbinden(?). Es ist zweifelhaft das Sabotageakte überhaupt kein Interesse in den Medien erzeugen. Jedoch bleibt uns diesbezüglich nur die Spekulation.

Unsere tatsächliche Motivation für unser Vorhaben liegt jedoch nicht in der medialen Aufmerksamkeit, sondern im Angriff und der konkreten Zerstörung. Daher haben wir 3 zeitverzögerte Brandsätze unter der Kabelage, dem Computergehäusen und dem Stromverteiler vom Mast platziert. Dies geschah in der Nacht des 03.08.2023

Weiteres Ziel unserer Tat, war den „Innovationspark Wuhlheide“ mit der Kommunikationsunterbrechung zu stören, der auf einem 32 Hektar großen Gelände in der unmittelbaren Nähe des Sendemasten angesiedelt ist. Über 200 Tech-Unternehmen und Start-Ups entwickeln dort in ihren Laboren die High-Tech von Morgen und benötigen natürlich dafür sensible

Infrastruktur, die ihren Technologie-Wahn verwirklichen kann. Wir wollen ihre Welt nicht und wir sehen diese Sabotage als Beitrag zu dem Aufruf „Switch OFF! - Aufruf zur Revolte“

In Gedanken sind wir bei Monica und Francisco, denen wahrscheinlich eine langjährige Haftstrafe droht. Die Anklage hat für Francisco über 150 Jahre und für Monica 25 Jahre Haft gefordert. Ihre Resilienz und inhaltliche Standhaftigkeit, auch in so einer Situation, hat uns in unserem Handeln befeuert.

Für das Leben und die Freiheit!
Für die Anarchie!

anonym

Heiße Sabotage an Kabeltrassen

RWE den Strom abstellen!

Dokumentation:

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli haben wir zeitgleich an drei Kabeltrassen im Rheinischen Braunkohlerevier Sabotageakte mit Brandsätzen durchgeführt. Die angegriffenen Kabel versorgen u.a. die Kohlebunker der Tagebaue Hambach und Garzweiler sowie den Kohlebunker Fortuna. Ziel der Aktion war es, die Kohleversorgung der Kraftwerke Neurath und Niederaußem zu unterbrechen und ggf. deren Abschaltung zu erzwingen. Leider hatten wir laut Presseberichten nicht genug Brandbeschleuniger dabei, um ernsthaften Schaden anzurichten. Wir werden beim nächsten Mal mehr dabei haben. Dennoch zeigt diese Aktion, dass fossile Energiekonzerne wie RWE verwundbar sind. Und wer weiß, vielleicht haben wir indirekt zu dem Trafobrand am 11. Juli im Tagebau Hambach beigetragen, der den gesamten Tagebau lahmgelegt hat.

Vor allem die Kohlebunker sind eine sehr wichtige Infrastruktur für die Versorgung der Kraftwerke. Ein Großteil der Stromkabel zwischen den Umspannwerken und den Kohlebunkern verläuft oberirdisch und ist gut zugänglich. Wir haben Karten beigefügt, auf denen die Kabeltrassen, die die Kohlebunker mit Strom versorgen, rot eingezeichnet sind.

Inspiziert wurden wir zu dem Angriff durch eine ähnliche Aktion im Jahr 2016 (siehe Autonomes Blättchen Nr. 25, S. 42). Damals gelang es, mit einer „enormen Menge Benzin unter den Kabeln“ einen Schaden zu ver-

ursachen, der den Betrieb des Tagebaus Hambach für fast drei Tage lahmlegte.

Kapitalistische Konzerne wie RWE und die Regierenden arbeiten Hand in Hand, wie jüngst die Räumung von Lutzerath gezeigt hat. Mit ihrer Profitgier und ihrem Festhalten an fossilen Brennstoffen verschärfen sie die Klimakrise, und es bleibt keine Zeit mehr: Wir müssen Kraftwerke und Fabriken jetzt abschalten - Klimaschutz bleibt Handarbeit.

Die Kohleinfrastruktur im Rheinischen Revier ist ein gutes Ziel (einige Unternehmen, die als Subunternehmer am Kohleabbau beteiligt sind, findet ihr auf den Fotos), aber fossile Unternehmen, Fabriken und ähnliche Infrastruktur sind überall. Die Kampagne „Switch Off - System of Destruction“ bietet Inspiration und Öffentlichkeit für Aktionen gegen die Zerstörung der Natur. Stromkabel, Internetkabel oder Funkmasten sind oft leicht zugänglich und mit ein wenig Recherche auch leicht zu finden.

Wir grüßen den „Strommast“, die „Hakenkralle“, den „Trafobrand“ und alle anderen SaboteurInnen auf dieser Welt. Macht weiter so!

Der Widerstand wird kein Ende haben: Lutzi lebt!

anonym

[Switch off the System]

Die Repression gegen Klimaaktivist*innen soll nicht unbeantwortet bleiben

Dokumentation:

In den vergangenen Monaten wurde die Repression gegen Klimaaktivist*innen in Deutschland permanent verschärft. In der medialen Berichterstattung bekommt dabei vor allem die Letzte Generation (LG) die größte Aufmerksamkeit. Ermittlungen von der Generalstaatsanwaltschaft München wegen Bildung einer sogenannten kriminellen Vereinigung, Hausdurchsuchungen, Präventivhaft wegen Sitzblockaden usw. ... Jetzt hat die Berliner Staatsanwaltschaft angekündigt, in Zukunft Strassenblockierer*innen im sogenannten Schnellverfahren abzuurteilen. Die Strafprozessordnung ermöglicht dem Justizapparat dieses Vorgehen, wenn die Vorwürfe gegen die Beschuldigten „aufgrund des einfachen Sachverhalts oder der klaren Beweislage zur sofortigen Verhandlung geeignet“ sind.

Wir verstehen das Vorgehen der Münchner und Berliner Staatsanwaltschaften als Angriff auf alle Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung, nicht nur gegen die LG. Wir haben deshalb als erste Reaktion in der Nacht vom 9.7. auf den 10.7. in einem Schnellverfahren zwei BMW SUVs durch einen Brandsatz zwangspensioniert und in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Die Maßnahme war aufgrund des einfachen



Sachverhalts und der klaren Beweislage (überflüssige Luxusautos und verheerende CO2-Emissionen) zur sofortigen Vollsteckung geeignet.

Inspiziert wurden wir durch die Brände vom 19. Mai und 4. Juli: E-Fahrzeuge der Stadtwerke München (<https://switchoff.noblogs.org/post/2023/05/19/no-hkw-zwei-fahrzeuge-der-...>); Tesla-Ladesäule + Tesla + Elektro-Mini.

Mit dieser Aktion senden wir insbesondere auch den Aktivist*innen, die in den letzten Monaten wegen Kraftwerksblockaden vor Gericht gestellt und zum Teil zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt werden sollen, flammende Grüße. Die LG fordern wir auf, endlich die Augen aufzumachen und die sinnlosen Appelle an die Bundesregierung einzustellen.

len. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass alles gut wird, wenn erstmal das 9-Euro-Ticket und Tempo-100 durchgesetzt und frei ausgewürfelte „Bürger*innenräte“ als Kulisse für das fossile Kaspertheater etabliert worden sind. Das Problem sind nicht die falschen oder zu zögerlichen Klimabeschlüsse einer nationalen Regierung. Das Problem ist das ganze verdammte System!

Für uns bietet sich BMW dafür besonders an. BMW ist einer der großen Autohersteller und hat vor vielen Jahren das Konzept SUV auf den Markt gebracht. Die Planungen für ein großes Batteriewerk in der Nähe von München lässt uns kotzen. Die Produktion von immer mehr Lithiumbatterien für die E-Mobilität hat verheerende Folgen für die Länder des globalen Südens, wo die benötigten Rohstoffe ausgegraben werden, inklusive Landraub, Umweltzerstörung und mörderische Verfolgung gegen diejenigen, die sich diesem Wahnsinn in den Weg stellen.

Genauso widerlich ist die Idee von BMW, sich einen eigenen Autobahnzubringer in die Stadt bauen zu lassen. Das das von einem ‚rot-grünen‘ Stadtrat auch noch beklatscht und unterstützt wird zeigt: das Problem ist systemimmanent!

Auch die Geschichte des Konzerns ist blutig. Rüstungsproduktion für den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, Zwangsarbeit, NATO-Sicherheitskonferenz, ... Wie schon gesagt, das Problem ist das gesamte System!

Switch off BMW, switch off the system!
Am besten im Schnellverfahren!

anonym

Anschlag auf Steinkohle-Kraftwerk Berlin

Sabotage als Streik – Leben als Sabotage

Dokumentation:

- *Le enviamos saludos de apoyo, solidaridad y libertad.* Wir schicken Euch Grüße der Unterstützung, der Solidarität und der Freiheit.
- *No estáis solos: ¡juntos liberaremos la Tierra!* Ihr seid nicht alleine - gemeinsam werden wir die Erde befreien!
- Gebt die Erde zurück! *¡Devuelvan la tierra!*

Unsere Aktion ist ein kraftvoller Gruß zur Unterstützung der indigenen Kämpfe in Kolumbien gegen den Steinkohleabbau und eine Sabotage der deutschen Klima- und Industriepolitik. Für die Räumung von Lützerath ist die Aktion eine nachgereichte Quittung. Und eine Solidaritätsbekundung mit der „Letzten Generation“.

Wir haben heute morgen, am 12.06.2023. einen Brandsatz an das Steinkohle - Kraftwerk Reuter in Berlin geklebt und angezündet. Am Tatort haben wir keinen Sekundenkleber zurückgelassen sondern nur in den frühen Morgenstunden einen größeren Brandsatz gezündet. Damit wollten wir das Steinkohlekraftwerk Reuter im Industrie- und Gewerbegebiet rund um den „Wiesendamm“ und die „Freiheit“ treffen: Wiesen und Freiheit haben wir dort nicht angetroffen, nur eine etwa drei bis vier Meter tiefe Baugrube, in der über zehn Starkstromkabeln freigelegt wurden. Um das Feuer zu legen, sind wir mit einer Leiter in den etwa zwei mal zwei Meter breiten Schacht abgestiegen.

Unsere Hauptabsicht galt dem Steinkohlekraftwerk Reuter und einem Teil seiner Stromversorgung, das auf Höhe der Baugrube über die Spree fast seit Bestehen des Kraftwerkes eine imposante Kabelbrücke hinein in das Kraftwerksgelände unterhält. Diese nicht unwichtige Kabelbrücke ist auf analogen und digitalen aktuellen und alten Landkarten nicht verzeichnet! Sie befindet sich auf Höhe der Kurve am „Wiesendamm“, wo derzeit Baumassnahmen an der Stromversorgung vorgenommen werden, und verläuft quer durch die tiefergelegenen Kleingartenanlage über die Spree. Der Kraftwerksbetreiber VATTENFALL wird kein Interesse

haben, die Auswirkungen des Anschlages zu kommentieren, um nicht seine Angreifbarkeit durch militanten Klimaaktivismus einzugestehen.

Wenn Lützerath für den Energieriesen RWE geräumt wird und wenn für die Energieriesen STEAG, GLENCORE und RWE in Kolumbien Menschen für die „Blutkohle“ sterben, greifen wir hier als Notwehrmaßnahme Teile des großen Steinkohle-Kraftwerks an. Menschenleben haben wir, im Gegensatz zu den Energiekonzernen, durch die Aktion nicht in Gefahr gebracht.

Rund um die „Freiheit“ wird der Schrott der Zivilisation für die Industrie recycelt. Auch Beton- und Zementwerke (CEMEX, DEUTAG, Deutsche Teer- und Asphaltotterwerke u.a.) sind hier angesiedelt. Global werden jährlich über 4,6 Milliarden Tonnen Zement verbaut. Bei dessen Herstellung fallen aber 2,8 Milliarden Tonnen CO² an. Das sind fast acht Prozent der weltweiten Emissionen und damit mehr als Flugverkehr und Rechenzentren zusammen ausstoßen. CEMEX ist alles andere als ein kleiner Fisch. Auch Sicherheitsfirmen (z.B. Sicherungsgruppe Berlin) oder Logistikfirmen wie Tanklager Berlin, Train Truck für Mineralölprodukte haben wir in dem Industrieviertel angetroffen.

Unsere Aktion sehen wir als Bremsstein gegen die Zerstörung unserer Umwelt- und Lebensbedingungen.

Die rote Linie des Erträglichen fühlen wir täglich überschritten. Wir sind Zeug_innen der schrankenlosen Verherrlichung des brutalen Wirtschaftswachstums, des grenzenlosen Fortschritts und der damit verknüpften, im Ausmaß unermesslichen, Verwüstungen auf der Welt.

Wir sehen, hören, lesen ständig von grauenhaften Situationen für Mensch, Tier und Umwelt, die durch Umweltzerstörung und Kriege ausgelöst werden.

Fehlt es an Argumenten? Oder an Wissen? Muss überhaupt noch Überzeugungsarbeit geleistet werden? Und wem gegenüber? Müssen wir nicht zum aktiven Widerstand übergehen? Es ist alles schon tausend mal gesagt, aus den Mündern von Frauen, von Kindern, von Männern, von unzählig vielen Menschen. Gesprochen, geschrien, verzweifelt, stumm. Ihre Haut war braun, sie war schwarz, sie war rot oder gelb und manchmal war sie auch hell. Es ist auch nicht erst gestern alles gesagt worden, es ist dies schon seit Jahrhunderten gesagt.

KOLUMBIEN? ZUM BEISPIEL:

Hier bei uns wird das vermeintliche Ende der Steinkohle als Beispiel ökologischer Nachhaltigkeit gefeiert, während in Kolumbien Tod und Zerstörung gegen Energie für die deutschen Industrie eingetauscht wird – das ist Kolonialismus heute – in grün.

„El Cerrejón“ in Kolumbien war schon vor dem Angriff auf die Ukraine ein Verbrechen an den Menschen und der Natur. Die Steinkohlemine erstreckt sich auf knapp 70.000 Hektar in einem Halbwüstengebiet in Kolumbien. Zwangsent eignungen, Vertreibungen, Bedrohungen und Morde an indigenen Umweltaktivist_innen sind den Yukpa und anderen indigenen Gruppen nicht unbekannt. Auf ihrem Land wurde eine klaffende Wunde in die Erde gerissen. Hinzu kommt der Mord durch Umweltvergiftungen. Die Kindersterblichkeit ist extrem hoch. So beschreiben auch die Mitglieder der indigenen Volksgruppe der Wayuu die Umweltverschmutzung durch die Steinkohlemine El Cerrejón und den dazugehörigen Seehafen Puerto Bolívar als existenzbedrohend.

Täglich(!) verschluckt die im Volksmund „Monster“ genannte Mine mehr als 30 Millionen Liter Wasser und verseucht das Grundwasser. Sämtliche Kohle, die dort aus der Erde gerissen wird, ist für den Export nach Europa, China und in die USA bestimmt. Damit wir hier unsere Gier nach Energie stillen können, wurden schon vor dem Ukrainekrieg 30 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich nach Deutschland exportiert und verbrannt. Ein Wink von Kanzler Scholz beim kolumbianischen Präsidenten per Telefon hat laut rbb am 6. April 2022 dazu geführt, dass eine umstrittene Kohlegrube in Kolumbien erweitert wurde. Noch am selben Tag des Gesprächs zwischen Scholz und dem Präsidenten Duque wurden indigene Gemeinden durch das „Umwelt“-Ministerium „informiert“, so der rbb, dass sie nun weg müssen, um der Ausweitung des „Monsters“ Platz zu schaffen. Deutschland hat sich mit Abkommen während des Ukrainekriegs den Export der Steinkohle gesichert und nimmt einen weiteren Anstieg des CO² in Kauf. Die indigenen, afrokolumbianischen und bäuerlichen Gemeinschaften stehen hingegen mit dem Rücken zur Wand z.B. in ihrem Kampf um Wasser und den Schutz des Bruno-Bachs in La Guajira. „Der Bach Bruno ist der größte Zufluss des einzigen Flusses der Region Río Ranchería. Schon jetzt müssten sie“, laut „taz“, „immer tiefer bohren, einige Brunnen seien bereits kontaminiert. Das Wasser des Bachs ist ihnen heilig, es hat spirituelle und kulturelle Bedeutung.“

Einer der Profiteure ist eines der größten Schweizer Unternehmen. GLENCORE, im Rohstoffgeschäft aktiv, unterhält eigene Minen weltweit. So auch das „Monster“ in Kolumbien. Im Zuge des Kriegs konnte GLENCORE die Kohleförderung zwischen Januar bis Juni 2022 um 14 Prozent auf 53 Millionen Tonnen steigern. Dies wird vor allem auf die Förderung im Bergwerk El Cerrejón in Kolumbien zurückgeführt.

Vor 500 Jahren gehörten die Wayuu zu den Ersten, die von den europäischen Eroberern überfallen wurden. Später gehörten sie zu den ersten Opfern von Drogenkartellen, die unter anderem für den nordamerikanischen und europäischen Drogenmarkt erpresst, vertrieben und ermordet wurden. Nun leben die Wayuu, die Yukpas und andere indigene Gruppen durch die Nähe des schwarzen Goldes, auch „Blutkohle“ genannt, erneut gefährlich: Der Kolonialismus wird immer wieder neu geschrieben, nur die Vorzeichen ändern sich. Immer ging es den Eroberern um materielle Macht – um Gold, um Kokain und heute um Energie. Die Geschäfte, die Kolumbien mit der Kohle macht, belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro, die Energiekonzerne verdoppeln und verdreifachen diesen Gewinn noch.

Seit dem Ukrainekrieg und dem anschließenden Scholzbesuch in Kolumbien stieg die Einfuhr des Steinkohle-Imports nach Deutschland im März auf 690.000 Tonnen – (rund dreimal so viel wie noch im Vormonat). Selbstredend flankiert und begleitet wird das koloniale Energieprojekt durch ein Wirtschaftsabkommen und das dazugehörige Militärabkommen; Krieg und Wirtschaft sind nicht voneinander unabhängige Phänomene – sie sind Wesenszüge des Kolonialismus. Die Eroberung der Märkte und der Diebstahl an Arbeitskraft und Ressourcen, die Ausbeutung der Natur sind ein kriegerisches Verhältnis. Wir sehen die Kämpfe gegen diese Verhältnisse in anderen Ländern – die der Yukpas und der Wayuu zum Beispiel – und möchten jetzt – hier und heute – dazu beitragen, die lebenszerstörende Wechselwirkung zu unterbrechen.

Der schwedische Energieriese VATTENFALL will mit der Steinkohle und seinen zwei Wärme-Kraftwerken in der Stadt Berlin noch immer weitermachen. So muss auch VATTENFALL (neben den Energieriesen GLENCORE, RWE und STEAG) als Kriegsgewinner gelten. STEAG zum Beispiel betreibt an sechs Standorten in Deutschland Steinkohlekraftwerke mit einem Anteil der Gesamtstromerzeugung in Deutschland von etwa fünf Prozent. Der Konzern mit Sitz in Essen ist der fünftgrößte deutsche Stromerzeuger; geführt von der Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & CoKG. Dahinter verbergen sich Stadtwerke Duisburg AG (19%), Dortmunder Stadtwerke AG (36%), Stadtwerke Bochum (18%), Stadtwerke Essen (15%) und andere.

VATTENFALL weist im 1. Quartalsbericht von 2023 eine Umsatzsteigerung von 62 % aus – entsprechend ist auch der Gewinn des schwedischen Konzerns. Krieg rentiert sich also.

Das Mordgeschäft mit fossiler Energie darf sich keinen Tag mehr lohnen! Wir warten nicht, bis VATTENFALL (vielleicht!) in Berlin seine zwei kohle-gefeuerten Blockheizkraftwerke erst im Jahr 2030 abschaltet. Die Zeit haben wir nicht.

Der 4. Mai ist in Deutschland „Earth Overshoot Day“ (Erdüberlastungstag). Was die natürlichen Ressourcen angeht, leben wir in Deutschland ab diesem Datum auf Kosten des Planeten. Wir gehören damit im internationalen Vergleich zu den größten Klimakillern.

Unser Energiehunger wird ständig durch neue smarte Technik befeuert, die wir angeblich brauchen. Betonherstellung, Stahl- & Aluminiumproduktion und -verarbeitung, Versiegelung, Vernichtung von Agrarland, energieintensive Lieferketten, SUVs, (wachsender) Flugverkehr, Luxus-

jachten, „smart cities“ und so vieles mehr heizen die Erderwärmung an. Im Business-Bereich sind die Kurzstreckenflüge 2022 auf insgesamt 100.000 angewachsen.

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche schafft weiteren Hunger nach Energie. Der einzelne Mensch ist Gegenstand der Verwertung bei gleichzeitig (selbst-)optimierter Überwachung. Das die Kontrolle des Menschen durch autoritäre Systeme auch zur Vernichtung führen kann, wenn Menschen als „unwert“ abgestempelt werden, sollte uns eigentlich in diesem Land noch in Erinnerung sein. Wenn aktuell die „Sommerlove“ im Zentralen Mittelmeer kentert oder das Asylrecht weiter entkernt und entmenschlicht wird, dann wegen der „double standards“ von Menschenleben. Wir nennen es unverhohlenen Rassismus.

ÄRGER IM MASCHINENRAUM? ZUM BEISPIEL:

Wir wollen mit der Logik des Profits nichts mehr zu tun haben, mit dem Fortschrittsglauben als Glücksversprechen und (auch nicht) mit einem ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag „Wohlstand auf Kosten anderer“.

Aber kein noch so reflektiertes Leben befreit uns. Wir entkommen nicht durch Auswandern auf eine Insel oder auf den Mars, nicht durch inneres Exil, nicht durch faires Bioessen, nicht durch Beteiligung oder Boykott von Wahlen. Wir kommen aus der Dynamik unserer Konditionierungen aus dem System nicht heraus, wenn wir uns nicht grundsätzlich verweigern.

Wir selbst sitzen im Maschinenraum, in den Metropolen, im globalen Norden - oft ohne uns dessen bewusst zu sein. Mit jedem Bezahlvorgang, mit jedem Smartphone-Use, mit jeder produktiven Beteiligung am ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag, welcher die Ungleichheit und Herrschaft als unverrückbares Naturgesetz zementiert hat, sind wir Rädchen im Räderwerk der Maschine.

Und mit vielen anderen gemeinsam haben wir die meisten Werkzeuge im Alltag zur Hand, die Maschine anzuhalten!

Wir machen uns hier die Auseinandersetzung und die inhaltlichen Vorarbeiten anderer Vulkangruppen zu eigen und nehmen darauf Bezug. Wenn wir im Maschinenraum sitzen, ist unsere Sabotage eine Streikform, um die Maschine anzuhalten. Leben als Sabotage, Sabotage als Streik. Sabotage ist ein super Mittel ein- und anzugreifen: in die Ökonomie, die Verwertung und neokoloniale Ausbeutung und die weltweite Zerstörung. Breitenwirksam ausgeübt kann sie Kämpfe unterstützen.

Wer, wenn nicht wir, kann die Maschine als den Ort der ökonomischen Mehrwertabschöpfung anhalten. Die Revolution ist permanent. Und sie ist sozial. Gemeinsam! können wir uns der täglichen Kollaboration verweigern. Oder um mit den Worten des „Kommando Angry Birds“ zu sprechen: „Unsere Loyalität darf nicht länger durch billiges Spielzeug und seichte Unterhaltung gekauft oder durch plumpe Gewalt erzwungen werden können. Jedes Sandkorn im Getriebe trägt dazu bei, die Ausdehnung der Maschinerie zu blockieren.“

In unserem Fall: Wenn niemand der Verantwortlichen ein Steinkohlekraftwerk vom Netz nehmen will, dann tun wir das. Machen das mehr als ein paar Gruppen, können wir die Maschinerie ins Straucheln bringen.

Wir wollen Sabotage der Infrastruktur innerhalb der Bewegung als moderne Form des Maschinensturms diskutieren.

Der Maschinenraum ist in seiner Funktion als Wirtschaftsstandort durchzogen von Adern, Kabelsträngen, Datenautobahnen, Schienensträngen, Steuerungszentralen, Knotenpunkten, Verwaltungs- und Überwachungseinheiten.

Funkmasten, Telekommunikation, Kraftwerke, Warenverkehr, Transformatoren und Stromleitungen zielgerichtet und absichtsvoll auszuschalten, herunterzufahren, zu zerstören unterbricht das Funktionieren im Maschinenraum, hält die Maschinerien an ausgewählten Punkten kurz an und kann in der Breite auch das Ende von zerstörerischen Projekten erzwingen. Die destruktive Verwertung der Ressourcen der Erde weit über die Nutzung fossiler Energie hinaus fordert von uns vor allem den Mut zur Tat.

Wir stellen uns mit unserer Aktion in die Kontinuität der Vulkangruppen. Wir haben uns auch zu dem Namen entschieden, weil die Räumung von Lützerath für uns alle eine Konsequenz haben sollte. Wir grüßen die etwa 35.000 Menschen, die bei Wind und Wetter versucht haben, Lützerath mit ihren Körpern und Einfallsreichtum zu verteidigen, auch wenn wir nicht alles in Lützerath gewagt haben. Wir grüßen alle, die jahrelang den Widerstand aufgebaut haben.

Die Räumung von Lützerath sollen RWE und die Wirtschaft teuer bezahlen. Und mit ihnen die Heuchler in der Politik und die Robocops.

Unsere Aktion war ein kleiner Beitrag unter vielen. Mit unserer Angst - aber auch mit unserem Mut - sind wir in die Nacht hinaus.

SEKUNDENKLEBER SIND WAFFEN DER GUERILLA? ZUM BEISPIEL:

Gerade überschlagen sich die Kriminalisierungen gegen Klimaaktivist_innen. Schon das Festkleben auf der Straße wurde mit dem Entstehen einer „Klima-RAF“ kommentiert. Die Justizsenatorin in Berlin lässt allen Ernstes prüfen, ob es sich bei der „Letzten Generation“ um eine kriminelle Vereinigung handelt. Die Gewerkschaft der Prügelpops „GdP“ behauptet, die Klimaaktivist_innen seien „in den letzten Wochen in den Guerillaaktionen noch militanter geworden“.

Dem folgte eine Razzia der Terrorermittler in Bayern und in anderen Bundesländern gegen die „Letzte Generation“. Es ist klar: der Angriff auf die Klimabewegung ist politisch motiviert und von höheren Stellen gedeckt.

Die Justiz, als Waffe der Politik, der Wirtschaft und ungerechter Besitzverhältnisse, kommt zum Einsatz, weil eine organisierte Struktur es wagt, symbolische Aktionsformen zu verlassen und die „naturgesetzliche“ Mobilität des Individualverkehrs zu stoppen und Städte lahmzulegen. Und das in einem Land, in dem das Auto König ist. Schon

die Anfänge eines „Zivilen Ungehorsames“, der sich bislang nicht hat einschüchtern lassen, versucht man mit einem Paragraphen wie dem §129 auszuschalten.

Dieser Angriff auf einen Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung meint uns alle, weit über die Klimakämpfe hinaus. Denn Kriminalisierungen sind Vorboten eines autoritärer werdenden Staates, wenn soziale Spannungen in Folge von Klimazerstörungen und Kriegen zunehmen. Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung mit anderen Kämpfen z.B. den des Antifaschismus zu verbinden macht den §129 zu einer stumpfen Waffe (Wir senden solidarische Grüße an Lina und alle kämpfenden bzw. auch verfolgten Antifas).

Denn die staatlichen Angriffe auf die öffentlichkeitswirksamen Klimaaktionen haben unseres Erachtens mindestens zwei Funktionen: sie sollen die Bewegung spalten, von Unterstützer_innen entsolidarisieren, somit schwächen und einen Teil in den Untergrund drängen, um sie so besser als isoliertes Problem bearbeiten zu können.

Zeitpunkt von militanter Aktion, bzw. Guerillaaktivitäten aber entscheidet eine revolutionäre Bewegung nach politischen Kriterien, nicht die Repression!

Die Abwehr staatlicher Angriffe kann durch Ausweitung radikaler und öffentlicher Aktionen einerseits und militanter Unterstützungen durch Gruppen wie der unseren andererseits gelingen.

Und die zweite Funktion des staatlichen Angriffs auf die Aktivist_innen: verschossene Blendgranaten. Man lenkt die Aufmerksamkeit von den eigentlichen sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft und der Unzufriedenheit darüber ab, man verwischt die sozialen Folgen der Klimazerstörung und baut ein Feindbild auf. Der Sekundenkleber wird zum Werkzeug von „Kriminellen“, auf die sich eingeschossen werden kann. So wird Wut kanalisiert. Das Konzept ist lange erprobt – gegen Geflüchtete zum Beispiel. Nicht die Verursacher der weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten geraten ins Visier – nicht rücksichtslose Reiche, die sich auf Kosten der Erde maßlos bereichern und weltweite Fluchtbewegungen auslösen, sondern Gruppen, wie die „Letzte Generation“, die genau genommen gemäßigte und biedere Positionen vertreten, dies aber penetrant tun. Man fürchtet sich nicht vor dem Sekundenkleber, dem bisschen Stau, den anscheinend überschaubaren Forderungen – sondern davor, dass dies der Anfang von etwas Größerem sein könnte und vielleicht bereits ist. Von Bild über FDP, Grüne & AfD bis hin zu Scholz, der die Aktivist_innen für „bekloppt“ erklärt, ist man sich über das Feindbild einig.

Das Gegenmittel auch hier; Ausweitung der Aktivitäten und Verknüpfung der Kämpfe, zum Beispiel mit den Kämpfen indigener Gruppen in Kolumbien. Gegen prekäre Lebensumstände und Klimazerstörung, gegen Misogynie, gegen patriarchale Bündel wie die der Faschisten,

lassen sich viele Kräfte bündeln, um Herrschaft als Ganzes entgegenzutreten. Wenn eine Klimabewegung auch die anderen sozialen Verwerfungen thematisiert, bzw. sich mit anderen Bewegungen verbündet, laufen die Spaltungsversuche durch die Kriminalisierung von Aktivist_innen ins Leere. Und wenn wir uns gegenseitig unterstützen, unsere Absichten gesellschaftlich kommunizieren und dabei verschiedenen Aktionsformen zulassen, geht auch der Vorwurf des Terrorismus ins Leere. Im Fall dieser Aktion; diskutiert die politische Absicht hinter der Tat, aber lacht die Politiker_innen, die Cops und Bewegungschef_innen aus, die uns zur Denunziation von Aktionen auffordern.

Es gibt keinen Grund sich von etwas zu distanzieren was man nicht selbst gemacht hat. Vor allem: politisch distanzieren wir uns nicht von uns selbst, wir haben als Klimaaktivist_innen unterschiedliche politische Strategien und sollten nichts unversucht lassen um die Erde vor der Zerstörung zu bewahren. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt des Widerstandes.

Kriminell sind diejenigen, die die Erde für den grenzenlosen Profit verfeuern, nicht der Widerstand dagegen. Die Terroristen tragen Anzüge und sitzen in den Aufsichtsräten und in den Vorstandsetagen bei RWE, bei VATTENFALL, bei AMAZON, bei BAYER und bei RHEINMETALL und schauen abwechselnd auf ihren Bildschirmen den steigenden Börsenkursen und den Robocops beim Zerstören von Lützerath zu.

Den Vorwurf der kriminellen Vereinigung und des Terrorismus geben wir mit feurigen Grüßen zurück.

In diesem Land wird sich wortreich zur „Freiheit“ bekannt, doch das Fundament der „Freiheit“ fußt auf gestohlenem Land, während ihr bloßes Gerüst aus gestohlenem Leben errichtet wurde und wird.

ZUM BEISPIEL:

Verteidigt das Leben der Indigenen in Kolumbien

„Gebt die Erde zurück! ¡Devuelvan la tierra!“

Verteidigt das Leben der Indigenen in Mexiko – Stopp Train Maya

Alto a la guerra contra los pueblos zapatistas! – Stoppt den Krieg gegen die Pueblos Zapatistas!

Si tocan a un@, nos tocan a tod@s – Wenn sie eine_in von uns anfassen, fassen sie uns alle an.

Stoppt die fossile Energiegewinnung durch Sabotage

GLENCORE, RWE, STEAG angreifen

Straffreiheit für alle Klimaaktivist_innen

Straffreiheit für alle Antifaschist_innen

Sabotage als Streik – Leben als Sabotage

Friends of the last generation - Vulkangruppe Lützerath

Ventile der Line 5 von Enbridge geschlossen (USA)



Bericht von einigen Ventildreher*innen

Schweren Herzens und bei trübem Himmel geben wir bekannt, dass zwei verschiedene Pipeline-Ventile entlang der Linie 5 auf dem Land der Anishinaabae in der Region der Großen Seen geschlossen wurden, und zwar am 13. Jahrestag des Ölaustritts am Kalamazoo River, dem zweitgrößten Ölunfall in der Geschichte Amerikkkas, bei dem 1.000.000 Gallonen Teersand-Rohöl in den Fluss gelangten und unermesslichen Schaden an Wasser, Land und den Menschen, die dort leben, anrichteten.

Derzeit bereitet Enbridge den Bau eines Betontunnels unter den Gewässern der so genannten Großen Seen vor, in dem ein doppeltes Pipelinesystem verlegt werden soll, um die Durchflussrate zu erhöhen und noch mehr Teersand von den Gebieten im Norden zu den Raffinerien im Süden zu transportieren. Das Straits-Tunnelprojekt soll ein 70 Jahre altes Rohr ersetzen, das eilig auf dem Grund des Seebodens befestigt wurde und in einigen Bereichen sogar frei schwimmt.

Enbridge behauptet, der Tunnel sei sicher, aber ein Tunnelprojekt unter der Wasserstraße ist ein ressourcenintensives Projekt. Die Teersande würden weiterhin abgebaut und das Land in den nördlichen Gebieten entweiht. Die Raffinerien im Süden würden weiterhin giftige Abgase ausstoßen, die die nahe gelegenen schwarzen Viertel verschmutzen. Die Arbeiterlager in der Nähe der Meerenge und der Bad-River-Umleitung, die immer noch indigene Frauen und Verwandte verschwinden lassen, die Unternehmen, die auf Enbridge-Öl angewiesen sind, die immer noch in den Städten tätig sind, die Arbeiter unterbezahlen und in den nahegelegenen Gemeinden Gewalt gegen Schwarze und Indigene ausüben, der Tunnel selbst, der durch das Gestein unter dem Wasser gebohrt wird und in dem sich zwei große Pipelines befinden, die monatlich Millionen von

Barrel Öl transportieren und von einem Unternehmen betrieben werden, das eine lange Geschichte von Umweltkatastrophen hat.

Es ist einfach, ein Ventil zu drehen. Etwa alle 10 Meilen entlang der Pipelinetrasse befindet sich eine Pumpstation. Einige dieser Pumpstationen sind größer als andere, einige enthalten mehr von Enbridges Infrastruktur wie Arbeitsfahrzeuge, elektrische Stationen, dynamische Maschinen, Kommunikationssysteme und Außenbüros. Wir haben Pumpstationen gefunden, die lediglich ein Ventil und ein kleines gemauertes Gebäude mit grundlegenden Kommunikations- und elektrischen Komponenten enthalten. Viele dieser Orte sind abgelegen, und die Reaktionszeiten liegen zwischen 20 Minuten und über einer Stunde. Pumpstationen enthalten oft eine hochauflösende Kamera mit einem Bewegungssensor, der direkt auf das Ventil gerichtet ist. Wenn der Bewegungssensor ausgelöst wird, wird die Struktur durch Flutlicht stark beleuchtet und beginnt mit der Aufzeichnung. Nichts, was man nicht mit etwas Sprühfarbe beheben könnte! Die Anlagen sind immer von einem Zaun umgeben und befinden sich neben oder auf einer Anliegerstraße. Der Verlauf der Pipeline ist auf einem Satellitenbild leicht zu erkennen, da sie einen klaren Weg durch den Wald schneidet. Das Ventil selbst hat manchmal eine Mutter, die mit einem großen Schraubenschlüssel befestigt und im Uhrzeigersinn gedreht wird, bis man eine Reihe von Musiktönen hört, die anzeigen, dass sich der Druck in der Leitung geändert hat. An manchen Ventilen gab es sogar einen großen roten Knopf mit der Aufschrift STOP, der den Durchfluss sofort stoppt. Für uns war es unglaublich wichtig, die Notrufnummer von Enbridge anzurufen, die auf der Anlage angegeben ist, und ihnen mitzuteilen, dass wir das Ventil abschalten.

Der Ingenieur auf der anderen Seite der Leitung klang sehr panisch und schaltete sofort den gesamten Durchfluss der Leitung 5 ab. Wir taten dies fünf Minuten vor dem eigentlichen Drehen des Ventils, um sicherzustellen, dass die Abschaltung sicher erfolgen würde, denn natürlich wollen wir nicht, dass es durch unser Handeln zu einer Ölpest kommt.

Um das Wasser, das Land und alle Angehörigen, die darauf leben, zu schützen, müssen Unternehmen wie Enbridge Förderprojekte wie Teersand stoppen. Sie müssen den Ölfluss stoppen, denn unser aller Leben hängt davon ab.

Und wenn sie das nicht tun, werden wir es tun!

anonym

Chronik: 01.06.: In Kassel wird das Amtsgericht mit Steinen und Farbe angegriffen: Solidarität mit den Verurteilten im Antifa-Ost-Verfahren und mit Jo und Dy, die der Staat bereits hinter Gitter gesteckt hat. 02.06.: In Erfurt werden zwei Nazi-Tattoo Studios angegriffen und verschönert – Freiheit für alle Antifas! 02.06.: Als Reaktion auf die Urteile im Antifa-Ost-Verfahren wird das Landgericht in Karlsruhe mit roter Farbe angegriffen. 03.06.: In Solidarität mit den Verurteilten im Antifa-Ost-Verfahren wird das Amtsgericht in Fürth mit Farbe angegriffen – Freiheit für alle politischen Gefangenen. 03.06.: In Leipzig klirren die Scheiben der Sparkasse in der Zweinaundorfer Straße: Repression bleibt nicht unbeantwortet - Antifaschismus bleibt notwendig! 08.06.: Auf dem Flughafen Sylt wird von Unterstützer:innen der Letzten Generation ein Privatjet mit oranger Warnfarbe markiert. Dazu gibt es zwei Banner: „Euer Luxus = Unsere Dürre“ und „Euer Luxus = Unsere Ernteaussfälle“. 11.06.: An den Knästen in Regis-Breitingen



IM SCHÜTZENGRABEN mit „Solidarity Collectives“

*Über Militarisierung, Ukrainesolidarität und Lügengebäude
Chronologie eines Übergriffes in St. Imier und die Rezeption
schreibender Bellizist*innen in der WOZ & taz*

Dass die AfD in Deutschland über ein Plakat kotzt, das ein Symbol der alten Bewegung gegen Kriegsdienste aufgreift, auf dem ein Gewehr zerbrochen wird, ist schnell klar. Man(n) steht auf Seiten einer Diktatur, die gegen ein anderes Land, die Ukraine, einen Angriffskrieg führt. Eine Diktatur, die man hier auch gerne errichten würde. Und zur Abwehr von Flüchtlingen braucht das „Europa der Vaterländer“ was wohl? Richtig; Militär.

Dass autoritäre Kommunist*innen gegen ein Plakat sind, das sich „Gegen jeden Krieg“ positioniert, dürfte auch schnell einleuchten. Wer für einen sozialistischen Staat ist, braucht Repressionsstrukturen und natürlich auch ein Militär. Außerdem ist für die Freunde der untergegangenen Sowjetunion nebst der DDR der kriegsrechtfertigende Hauptfeind immer noch und bis in alle Ewigkeiten die NATO. Der Angriff Russlands auf die Ukraine wird folglich als gerechtfertigter Krieg umgedeutet.

Dass die deutschen Grünen gegen ein Plakat sind, das sich antimilitaristisch positioniert und einen zerstörten Panzer abbildet, ist auch klar. Die von der Macht korrumpierten Grünen gehen über Leichen. Das war im Kosovokrieg so, das ist jetzt auch nicht anders. 100 Milliarden für Waffen wurden von einer Regierung durchgewunken, in der die Grünen das Außen- und das Wirtschaftsministerium stellen. Die Abwehr der russischen Aggression führt diese Partei wieder in den gerechten Krieg, an der Seite der NATO.

Soweit, so klar. Dass aber auf einem anarchistischen Treffen eben dieses Plakat, auf welchem „Für eine antifaschistische und antipatriarchale Antikriegsbewegung“ geworben wird, von teilnehmenden Menschen heruntergerissen wurde, das ist erstaunlich.

Wir spoilern: Wer das Aufhängen des oben beschriebenen Plakats auf einem anarchistischen Treffen als Angriff umdeutet, sich der anschließenden Diskussion um den Unterschied zwischen Krieg und sozialer Revolution verweigert, und Antimilitarist*innen körperlich angeht, hat auf keinem anarchistischen Treffen etwas zu suchen. Der*die positioniert sich als Feind*in eines Anarchismus, der historisch Kadavergehorsam, Obrigkeit, Befehl und Gehorsam, Militär, Vergewaltigung und Nationalismus, Mord aus niederen Beweggründen und Militarisierung ablehnt. Der versucht, den antiautoritären Charakter einer anarchistischen Praxis in die Schützengräben zu treiben.

Wer es nicht aushält, wenn Menschen das Sammeln von Geldern für Ausrüstung und Waffen für militarisierte Männer, sprich Soldaten unter anderem in den Schützengräben, ablehnen, der hat gebrochen mit dem Anarchismus. Wir reden hier konkret von „Solidarity Collectives“ und deren Umfeld.

Und es ist unerheblich, ob es sich um jene handelt, die ihre „Betroffenheit“ als subjektivistische Begründung für eine militarisierte Position vor sich her schieben, um damit anarchistische Positionen abzuwürgen. Oder ob es sich um jene handeln, die sie aus einem schrägen, identitären Verständnis von „Solidarität“ bedingungslos und unterwürfig die „Betroffenen“ unterstützen.

Wir finden deren Positionen in der WOZ wieder, einer alternativen, in Richtung sozialdemokratisch tendierenden, schweizerischen Wochenzeitung. Oder in den Katakomben und Blasen der Szenetreffe oder in hippen Cafés der akademischen linken Bourgeoisie.

und in der Leipziger Leinenstraße wird mit viel Feuerwerk und Parolen versucht, zumindest zeitweise die Isolation der Knastanstalten zu durchbrechen. Burn all Prisons! 11.06.: In Süddeutschland werden in Solidarität mit den gerazzten Genoss*innen der Waldi45 einige Jagdstände sabotiert. 13.06.: In Backnang wird das Amtsgericht mit der Parole „Free All Antifas“ verschönert und mit Farbflaschen eingedeckt. 13.06.: In Berlin wird ein Brandanschlag auf die Stromversorgung des Steinkohlekraftwerks Reuter verübt. Grüße gehen raus an die indigenen Kämpfe gegen Steinkohleabbau in Kolumbien. Die Aktion ist eine nachgereichte Rechnung für die Räumung von Lützerath und eine Solidaritätsbekundung mit der Letzten Generation. 13.06.: Am Tagebau Inden wird ein Kohleförderband in Brand gesetzt. Damit wurde einer der Hauptzulieferwege vom Tagebau zum Kraftwerk lahmgelegt, der Betriebsablauf verzögert und finanzieller Schaden erzielt. Solidarität mit den Angeklagten im BlockNeurath-Prozess! 14.06.: Die

Auf den Punkt gebracht hat die Kritik an „Solidarity Collectives“ zum Beispiel bereits eine Gruppe, die eine Absage der Teilnahme am ABC-Festes in Wien anlässlich der Teilnahme von „Solidarity Collectives“ formulierte (u.a. in Autonomes Blättchen No. 53, Seite 52).

Nun kann sich Eine zu Recht fragen: Warum an Menschen abarbeiten, die eine militarisierte Position vertreten?

Vielleicht, weil es jeder Mensch wert ist, nicht in den realen oder ideologischen Schützengräben zu landen?

Vielleicht, weil wir nicht brechen wollen mit Menschen, um die wir es wert finden zu kämpfen?

Vielleicht, weil wir andere Mittel gegen Krieg zur Hand haben, als den Militarismus und die Militarisierung der männlichen Psyche - denn es sind vorwiegend Männer, die gerade in den Schützengräben als „Anarchisten“ liegen (die Ausnahmen bestimmen die Regel). Und es sind auch viele Frauen, die diese lautstark unterstützen. Die „Propaganda der Tat“ ist für diese Menschen gerade nationalistische, staatliche Landesverteidigung zu propagieren und umzusetzen.

Warum sich also abarbeiten?

Vielleicht, weil der Feminismus schon mal weiter war, was die Analyse von Militär, Krieg, Vergewaltigung und Patriarchat betrifft.

Vielleicht, weil wir etwas zu verteidigen haben; Eine Zukunft, die Militär nicht braucht und nicht die patriarchale Scheiße in ständig neuem Gewandt wieder und wieder aufkocht.

Vielleicht, weil wir letztlich nicht hinnehmen, dass sich momentan Patriarchat und Militarismus neu formieren, sowohl in der Gesellschaft als auch in der Blase der identitären Anarchist*innen.

Viele haben mit dem „Solidarity Collectives“ und ihrem Umfeld abgeschlossen. Zu Recht finden wir. Wir aber haben bisher diese Menschen, bei allen Widersprüchen, als Teil einer anarchistischen Bewegung wahrgenommen. An diesen Ansprüchen messen wir sie.

Und so nehmen wir einen Vorfall und Übergriff in St. Imier und dessen Rezeption von Kriegsbefürworter*innen in den sozialen Medien und in der WOZ und in der taz nicht hin und zum Anlass, auch daran unsere Position zu verdeutlichen.

Kein Fußbreit dem Militarismus! Kein Frieden für Kriegsbefürworter*innen auf allen Seiten der Front. Gegen jeden Krieg!

Zum Vorfall und Übergriff in St. Imier

Wir befinden uns auf dem anarchistischen Treffen in St. Imier 2023. Über 4000 Besucher*innen. Mehrere hundert Workshops, spannende Diskussionen und Begegnungen. Organisatorisch eine großartige Leistung! (auch wenn die Orga irgendwann überfordert wurde mit den Konflikten entlang von Queerness, Kolonialismus, Islamophobie und natürlich der Frage von Krieg und Militarisierung).

Unser Bericht beschreibt die Veranstaltung des „Solidarity Collectives“ zum Thema: „Anarchisten im Krieg: Kritische Analyse der Solidarität im Kontext des Krieges in der Ukraine“.

Der „Saal des Spektakels“ war ungefähr gefüllt mit um die 150 Menschen. Auf dem Podium saßen bereits die Veranstalter*innen, unter anderem eine Journalistin der WOZ, von der noch später die Rede ist. Direkt am Eingang hatte „Solidarity Collectives“ einen Stand mit Merchandising aufgebaut. (3000,- Euro sind insgesamt am Ende des Treffens in St. Imier in die Kriegskasse von „Solidarity Collectives“ gespült worden, um u.a. die Soldaten an der Front in der Ukraine zu versorgen.)

Als ein Mensch das Plakat „Gegen jeden Krieg“ an einem eigens herbeigetragenen Tisch abseits des Merchandisingstands aufhängte, wurde damit eine Lawine losgetreten, die das ganze Dilemma militarisierter Praxis aufzeigt. Denn all jene, die den russischen Angriffskrieg in der Ukraine in klassischer Kriegslogik beantworten wollen, müssen zwangsläufig jede grundsätzliche antimilitaristische Perspektive verteufeln, damit ihr eigenes Selbstverständnis nicht ins Wanken gerät. Dies zeigt auf, in welche Sackgasse sich „Solidarity Collectives“ bereits hinein manövriert hat.

Denn kaum hatte die Person das Plakat „Gegen jeden Krieg“ (siehe Anhang) aufgehängt, da stürmte ein aggressiver Jungmann vom Merchandisingstand herbei und forderte die Transgenderperson auf, das Plakat abzunehmen und zu verschwinden. Allen Ernstes glaubte der aggressive Jungmann eigenmächtig Anarchist*innen des Raumes verweisen zu können. Die Transperson sagte ihm, dass sie nicht gehen werde und dass das Plakat hier hängen bliebe und wie er dazu käme über die Anwesenheit von Menschen zu entscheiden. Der Typ fing sofort an laut zu werden, seine Körpersprache war gewalttätig und er machte überhaupt keine Anstalten irgendwie zu argumentieren. Stattdessen riss er das angeklebte Plakat ab und schrie, dass die Person mit den Plakaten verschwinden solle und bedrohte sie körperlich.

Plakat: <https://de.indymedia.org/sites/default/files/2023/08/94445.jpeg>

(Abdruck auf Seite 53)

Nun gibt es im Feminismus einige Binsenweisheiten. Wenn Du angegriffen wirst, rufe um Hilfe, um eine Situationsveränderung herbeizuführen und den Angriff aus der „Privatheit“ herauszuholen und Gewalttätigkeit

Gruppe GdP („Gegen deutschnationale Polizeigewalt“) kritisiert in Berlin mit gefälschten Werbeplakaten auf ironische Weise Polizeigewalt, Rassismus und Abschiebungen. 14.06.: In Hamburg wird das Verbindungshaus der Burschenschaft Germania angegriffen: Scheiben gehen zu Bruch und Farbe schmückt die Fassade. Die Rechten zu Boden! 15.06.: In Kiel wird die SPD-Parteizentrale mit Kunstblut und einem Schriftzug verschönert: „Blut an Euren Grenzen“. Nieder mit der Festung Europa – Bewegungsfreiheit für alle Menschen auf dieser Welt! 15.06.: In der Nacht wird die Polizeiakademie am Braamkamp in Hamburg mit Steinen besucht. Grüße gehen an die Beschuldigten des Antifa-Ost-Verfahrens und die Betroffenen des 11-Stunden-Kessels von Leipzig. 15.06.: In Marburg wird der Alte Herr der Burschenschaft Germania zu Hause geoutet. 16.06.: In Köln wird die Zentrale von RWE mit Farbe angegriffen. 16.06.: Das SPD-Büro in Berlin-Lichtenberg wird mit der Parole „Kriegstreiber“ bedacht. 17.06.: In Berlin

durch lautes Rufen sichtbar zu machen. Lautes Rufen stellt Öffentlichkeit her, die eine schützende Wirkung hat oder haben kann. Genau so verhielt sich die Transperson. Sie eskalierte nicht die Situation, sie machte sie öffentlich.

Sie nahm ein weiteres Plakat vom Tisch, hielt es in den Raum Richtung Podium und rief laut und für alle hörbar in den Saal, dass sie angegriffen werde, dass man dieses Plakate heruntergerissen habe, dass das nicht gehe und rief um Hilfe.

Das Podium eilte der Angegriffenen verbal nicht zur Hilfe, sondern verweigerte sie. Eine Frau vom Podium von ABC-Dresden deutete den Vorfall sogar um und forderte auf, die „Störung“ zu unterlassen.

Es bildete sich schnell eine Traube um den kleinen Stehtisch herum und auch andere Menschen von „Solidarity Collectives“ griffen die Transperson verbal und körperlich an. Sie rissen Plakate vom Tisch, beschimpften die Aufhängerin des Plakates als Deutsche, „die hier nichts zu sagen hätte“. Die Angegriffene reagierte mit: „Ich bin nicht deutsch, ich bin arabisch.“ „Aber Du lebst in Deutschland.“, war die Antwort einer Frau aus der Ukraine, die später auch auf dem Podium sitzen sollte. Nationalistische, reaktionäre Zuschreibungen waren nun das Letzte, was eine auf einem Anarchistischen Treffen erwartet hätte. Einer der Angreifer trug ein T-Shirt von „Solidarity Collectives“ mit einer Kalaschnikow und so verhielt er sich auch, indem er der erste war, der die Plakate vom Tisch riss.

Nun kamen aber auch andere Menschen aus dem Publikum und eilten der Angegriffenen zur Hilfe und intervenierten, wieso sie da nicht mit den Plakaten stehen dürfe. Nur die Öffentlichkeit und das Eingreifen anderer Menschen schützte vor weiteren körperlichen Übergriffen.

Eine Frau von der Gesamtorga stellte sich zwischen die aggressive Meute, gab sich als Orgafrau zu erkennen und versuchte zu vermitteln. Sie forderte die Angegriffene auf, das Plakat einzupacken, und nahm die Position der Angreifer ein. Die Angegriffene erwiderte, dass das überhaupt nicht einzusehen sei, schließlich sei das ein Antikriegsplakat und das müsse hier ausgehalten werden. Dann beschuldigte man die Angegriffene, sie hätte die Plakate auf den Tisch von „Solidarity Collectives“ geworfen, was laut Transperson totaler Quatsch war, sie hätte den runden Ständertisch selber aus einem tiefer gelegenen Stockwerk hochgeschleppt und zwei Meter von deren Tisch entfernt aufgestellt, um gerade nicht mit einer militarisierten Position in Verbindung gebracht zu werden.

Das Podium versagte politisch. Dass sich einzelne Frauen des Podiums im späteren Verlauf zum Teil als feministisch darstellten aber keine Anstalten machten den militarisierten Mann von „Solidarity Collectives“ zurecht zu weisen, obwohl toxische Männlichkeit eines der Probleme ist, mit dem sich Feminist*innen in der Regel herumschlagen müssen, spricht Bände

über das taktische Einsetzen des Feminismus zur Begründung der eigenen Militarisierung im Ukraine Konflikt.

Dann kam ein Mensch, der als eine treibende Kraft hinter „Solidarity Collectives“ bekannt ist und nachher als Boris von ABC-Belarus auf dem Podium sitzen sollte (kleine Polemik am Rande: obwohl auch er schon seit geraumer Zeit in Deutschland wohnt) und schlug ebenfalls vor, die Plakate im Foyer unten auszulegen, um anfangen zu können.

Da es ja um eine kritische Bewertung der Solidaritätsarbeit in Bezug zur Ukraine gehen sollte und nicht darum, einen transphoben Übergriff von von testosterongesteuerten patriarchalen Männern abzuwehren, packte die Transperson die Plakate ein und der Tumult löste sich auf.

Doch dieser denkwürdige Übergriff fasste eigentlich schon die ganze Problematik zusammen. Ein Plakat „Gegen jeden Krieg“, das aus einer queeren, antimilitaristischen, anarchistischen, migrantischen und feministischen Position kommt, wurde von Menschen zensiert und als Provokation empfunden, weil es ihre militarisierte Position und Identitätspolitik zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in Frage stellt. Die Plakate wurden bereits schon Tage vorher in St. Imier von dem Umfeld von „Solidarity Collectives“ immer wieder abgerissen.

Über den oben beschriebenen Vorfall wurde ein falsches unvollständiges Narrativ verbreitet, unter anderem von der WOZ, über das noch weiter unten genauer zu reden sein wird.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung sah sich die Podiumsfrau, die anfangs der Transperson wegen deren Herkunft den Mund verboten hatte, emotional nicht imstande, das Podium zu besetzen. Nachdem die Menschen von „Solidarity Collectives“ mit ihr geredet hatten, nahm sie auf dem Podium Platz und die Veranstaltung konnte beginnen. Zu ihr sei gesagt, dass sie in Bezug auf den Vorfall zurückruderte und auf dem Podium sagte, dass sie überreagiert habe, um dann aber hinzuzufügen, das gehe ihr so immer, wenn Ukrainerinnen angegriffen würden. Was zu keinem Zeitpunkt stattgefunden hatte.

Nachdem das Podium drei Runden zu verschiedenen Fragestellungen absolviert hatte, konnte das Publikum Nachfragen stellen, Anmerkungen machen oder auch Kritik äußern. Doch Kritik schien nur vordergründig erwünscht, sobald diese inhaltlich tiefer wurde, wurde zum Beispiel einer älteren italienischen Anarchistin versucht, das Mikrofon aus der Hand zu nehmen. Diese ließ sich aber nicht mundtot machen und hielt in der einen Hand das Sauerstoffgerät zu ihrer Atemversorgung fest und in der anderen das Mikro. Also stoppte man die Übersetzung ihres Beitrages.

Auch hier sprang der militarisierte Mann ein und rannte die zehn Stuhlreihen nach vorne und sah zum Schlagen bereit aus, zumindest vermittelte

Büro der Lichtenberger SPD mit Farbe markiert. Mit Nancy Faeser als ihre Innenministerin haben sie einen entscheidenden Teil zur Verschärfung der ohnehin schon schrecklichen Situation von illegalisierten Geflüchteten beigetragen. Die SPD ist als Regierungspartei auch dafür verantwortlich, dass noch dieses Jahr mit dem Bau eines Abschiebeknast am BER angefangen wird. **29.06.:** Gegen GEAS und die Festung Europa: In Göttingen werden die Parteibüros von SPD und FDP mit Farbbeuteln und Graffiti angegriffen. **02.07.:** In FFM Bockenheim wird die ehemalige Dondorf-Druckerei öffentlichkeitswirksam besetzt. **03.07.:** In Leipzig wird ein Parteibüro der Grünen markiert. Die Aktion richtete sich gegen den deutschen Militarismus und den Kriegskurs der Ampel-Regierung. **04.07.:** In Stuttgart gibt es eine Adbusting Aktion zum Pridemonth. Regenbogenfahnen in Firmenlogos dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich an den Arbeitsbedingungen der Kinder in Bangladesch, dem Mobbing und der Ausbeutung queerer

das seine Körpersprache, als es gegen einen anderen italienischen Aktivist der anarchistischen Föderation ging, der sich aus dem Saal zurückzog aufgrund des Übergriffes.

Bevor aber die Diskussion losging wurde schon mal der Rahmen gesteckt:

„Hier wird heute nicht über Antimilitarismus geredet. Über Antimilitarismus reden wäre Zensur, weil es hier nur um die Perspektive der Betroffenen geht.“; so die Moderation. Zur Erinnerung; wir reden über einen anarchistischen Kongress und über eine Veranstaltung zum Krieg in der Ukraine. Aus diesem Satz spricht die Angst vor inhaltlicher Konfrontation und ein identitärer Konformismus zugunsten der politischen Linie von ABC-Dresden. Hier wurde der Zensur das Wort geredet, bevor die Anarchie sich zu Wort melden konnte.

In der Folge wurden kritische Nachfragen mit Polemiken abgewehrt oder es wurde darauf nicht eingegangen.

Im weiteren Verlauf wurde vom Podium und aus dem Publikum aber ständig Bezug genommen auf den Vorfall zu Beginn und die Plakatperson als Störfaktor diffamiert. Als diese Stellung beziehen wollte und um das Mikro bat, fiel auf, wie die Frau von der Gesamtorga von St. Imier, die den sich Meldenden im Publikum das Mikro zukommen ließ, nun um die betroffene Transgenderperson herummoderierte. Sie machte die Redner*innenliste nach machtpolitischen Gesichtspunkten. Alle sich Meldenden bekamen das Mikro, nur nicht die sich meldenden Transperson. Diese intervenierte so lange beim Mikroträger, lehnte dessen Redebeschränkungen ab, was sie sagen durfte und was nicht, bis sie dann endlich in Rücksprache des Mikroträgers mit der Orgafrau Redemöglichkeit bekam.

Zuerst bedankte sich die Person bei den russischen und ukrainischen Statements vom Podium. Dann ergänzte sie noch in, bei uns hängengebliebenem ungefährem Wortlaut: „Wir wollen die Erfahrungen von Euch und Eure Sichtweisen hören. Wir wollen auch, dass die Menschen in Russland und Belarus, die gegen das Regime kämpfen, aus dem Knast kommen, wie überall. Das steht gar nicht in Frage. Aber das Plakat, das hier ausgehängt wird, ist keine Provokation und keine Störung. Hier wurde behauptet, wir seien zum Stören gekommen. Das ist eine Lüge. Ich wurde hier körperlich angegriffen, weil ich dieses Plakat aufgehängt habe. Das geht nicht. Ein solches Plakat müsst Ihr einfach aushalten.“ Bezogen auf ein Statement vom Podium („wir sind offen für andere Perspektiven“) sagte die Person in ungefährem Wortlaut: „Wir müssen aber über inhaltliche Differenzen reden. Anarchisten haben aus unserer Sicht nichts in Uniformen zu suchen, nicht als Soldaten, nicht an der Waffe eines Militärs. Wir unterscheiden zwischen Militarisation und Krieg und sozialer Revolution und Selbstverteidigung.“

Boris von „ABC Belarus/Dresden“ kommentierte den Beitrag: „zwischen Krieg und sozialer Revolution unterscheiden“ mit dem Satz: „geh doch nach Russland und mach dort soziale Revolution, oder nach Belarus“ und wischte jeden Brückenbau zu einer Diskussion weg. Für uns ist diese Art der Erwiderung eine taktische Abwertung/Abwehrgung, um sich einer kritischen Diskussion zu entziehen.

Die Betroffene berichtete später, wie sie einen Tag danach angesprochen wurde von einer Frau aus Deutschland: „Ihr habt jetzt mindestens sieben Mal Veranstaltungen von „Solidarity Collectives“ gestört. Warum?“ Die Betroffene erwiderte: „Ich habe nicht gestört.“ Die Frau: „Warum gehst Du nicht nach Russland, geh doch nach Belarus.“ Auf dem Niveau lässt sich nicht mehr reden. („Geh doch nach drüben“ hieß das in den 80ern gegen westdeutsche Linke).

Wenn ein Plakat mit einem antimilitaristischen Inhalt auf einem anarchistischen Kongress so einen Sturm auslöst, war es zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Der damit deutlich gewordene Skandal und Übergriff besteht darin, dass Kriegsbefürworter*innen einen anarchistischen Kongress als Ort nutzen, um Gelder für die Front zu sammeln und ihre militaristische Propaganda in die anarchistische Szene einstreuen. Der Übergriff besteht darin, eine Person anzugreifen, die im Sinne des Anarchismus ein Plakat aufhängt.

Das Abreißen des Plakats und der Angriff auf die aufgehängende Person wurde von der gesamten Struktur von „Solidarity Collectives“ mitgetragen. Die Gruppe hat sich dadurch selbst disqualifiziert. Die Verdrehung von Angreifern und Angegriffenen ist die übliche Umkehrung des Täter-Opfer-Diskurses, um von der eigenen Gewaltausübung abzulenken.

Wir fordern:

Erstens: Eine öffentliche Entschuldigung von „Solidarity Collectives“ bei der Transperson für den Übergriff.

Zweitens: Wir fordern „Solidarity Collectives“ auf, die Unterstützung von Soldaten an der Front einzustellen und alle Anarchist*innen aus den Schützengräben rauszuholen. Uns ist klar, dass das nicht sofort geht, vor allem, wenn ein verpflichtender Militärvertrag besteht. Aber dazu fordern wir die Diskussion ein.

*(Anarchist*innen haben nichts im Schützengraben nationalstaatlicher Militärs zu suchen – oder sie sind keine mehr. Für uns sind die Menschen in den Schützengräben keine „Comrades“ sondern Soldaten, die wir aus beiden Seiten der Front rauszuholen und für die soziale Revolution gewinnen müssen. Der ständige Vergleich zu Spanien und den anarchistischen Milizen ist gerade das Gegenbeispiel zur Ukraine. Die Milizen kämpften ohne feste Befehlsstrukturen auf der Basis der Freiwilligkeit und für die soziale Revolution.*

Arbeiter:innen, dem aktiven Zerstören unseres Lebensraums und dem Töten für wirtschaftliche und imperialistische Zwecke nichts ändert. **05.07.:** In Berlin wird der Neptunbrunnen am Roten Rathaus rot gefärbt: In Erinnerung an Manuel F., der dort 2013 in einer psychischen Krisensituation von der Polizei erschossen wurde. **06.07.:** In Berlin wird der III. Weg Kader Sebastian Glaser an seiner Arbeitsstelle und an seinem Wohnort in der Ernst-Thälmann-Straße 34 geoutet. **06.07.:** Im Rheinischen Braunkohlerevier werden zeitgleich an drei Kabeltrassen Sabotageakte mit Brandssätzen durchgeführt. Lützi lebt! Switch off RWE! **09.07.:** Konzerne und Parteien haben auf der Pride nichts zu suchen: In Köln werden die CSD-Wägen von Amazon, CDU und der Bild besprüht. **10.07.:** In München werden in einem Schnellverfahren zwei BMW SUVs durch einen Brandsatz zwangspensioniert und in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Die Maßnahme war aufgrund des einfachen Sachverhalts und der klaren Beweislage (überflüssige Luxusautos

Die Ukraine befindet sich in einem Krieg, die Soldaten können nicht einfach die Front verlassen oder als Männer ausreisen aus der Ukraine. Das ist ein militarisiertes Zwangsverhältnis, festgemacht am Körper. Antifeministischer geht's nicht. Und darüber können auch Frauen im Militär nicht hinwegtäuschen.)

Drittens: Wir fordern die WOZ auf, die Lüge der beiden Journalisten Kaspar Surber und Anna Jikhareva (siehe Ende diesen Beitrages) einzuräumen und kenntlich zu machen und der Wahrheit Platz einzuräumen über den oben beschriebenen Vorgang.

Alle, die unsere Kritik teilen werden gebeten diese Forderung massiv an die WOZ und deren Umfeld heranzutragen. Bitte sendet Mails, sprecht mit allen Mitarbeiter*innen der WOZ. Wir wollen eine antimilitaristische WOZ und nicht ein Mittelstandsblatt, das dem Militarismus Tür und Tor öffnet.

Viertens: Wir fordern anarchistische Strukturen auf, nicht nur in der Beobachter*innenposition zu verharren, sondern sich zu diesem und anderen Kriegen jenseits der Kriegslogik und den Polarisierungen zu verhalten. Im Sinne des Plakates fordern wir eine selbstbewusste radikale Antikriegsbewegung gegen jeden Krieg ein, die den autoritären Kommunist*innen, der AfD, den Grünen und der Pro-NATO-Position, den Islamisten, etc. das Wasser abgräbt und vor allem andere Perspektiven aufzeigt und umsetzt. Resignation und Ohnmacht spielt nur der Kriegslogik in die Hände

Fünftens: Wenn es Leute gibt, die Geld sammeln für Waffen und militärische Ausrüstung von „Comrades“ in der Ukraine, fordert sie auf, selbst in die Schützengräben zu steigen. Wer Geld sammelt und andere krepieren oder morden lässt, verdient die Uniform, die Waffe und muss an die Front. Die Bellizist*innen auf allen Seiten, die mit Text und Partys(!) Gelder akquirieren, sich vermeintlich die Hände nicht schmutzig machen und die andere krepieren lassen, kotzen und widern uns an. Sorry, aber so krass muss das mal ausgesprochen werden.

Sechstens: Wir haben nicht nur das Recht „Solidarity Collectives“ für ihre militaristische, nationalistische, patriarchale derzeitige Praxis zu kritisieren, sondern wir haben auch die Verantwortung dazu. Der Anarchismus ist in seinen gewaltfreien bis bewaffneten sozialrevolutionären Ausprägungen und in seinen politischen Organisationsformen, von Individualanarchist*innen bis hin zu Syndikalismus immer unterschiedlich gewesen. Die Ablehnung von Herrschaft, Staat, Militär und Krieg waren und bleiben klare Bezugspunkte. Wer Staat, Militär und Krieg und somit Herrschaft das Wort redet ist alles mögliche, aber kein*e Anarchist*in mehr.

Die politische Tragödie, die wir in der derzeitigen Ausrichtung von „Solidarity Collectives“ sehen, verdrängt es für uns, den Grundsatz „Gegen jeden Krieg“ praktisch werden zu lassen. „Blockieren, boykottieren, desertieren, sabotieren“ steht auf dem Plakat. Zum Teil wird dies bereits

getan. So geht es um die Unterstützung von Deserteuren aller Fronten und Fluchhilfe z.B. von BIPOCs aus der Ukraine und auch von kriegsmüden Männern. Doch da ist noch Luft nach oben. Zum Beispiel für antimilitaristische Arbeit in die Reihe der Militärs hinein. Und Blockaden vor Waffenschmieden. Besetzung von Truppenübungsplätzen. Anpöbeln von Soldat*innen in der Öffentlichkeit. Störung von Gelöbnissen . . .

Siebtens: Wenn „Solidarity Collectives“ weiterhin Geld für Waffen und Ausrüstung an die Front, an Soldaten schickt, die in einer Verteidigungslinie mit ukrainischen Faschos stehen, die sich einem Militär und staatlicher Verfügungsgewalt unterstellen, dann fordern wir die gesamte antiautoritäre, anarchistische und queer-feministische Szene auf, „Solidarity Collectives“ und deren Umfeld weder Orte noch Strukturen zu stellen.

Weiterhin fordern wir auf, alle Veranstaltungen von „Solidarity Collectives“ zu besuchen, dort die Diskussion einzufordern. Wir fordern auf, kein Geld mehr zu spenden sondern es Gruppen zur Verfügung zu stellen, die weltweit Deserteure unterstützen.

*Anarchist*innen*

Nun noch ein paar Worte Zur WOZ Nr.31 3 August 2023 „Im Zweifel für die Praxis“. Nachgedruckt in der taz unter dem Titel „Anständiger Anarchismus“ Geschrieben haben den Artikel : Kaspar Surber und Anna Jikhareva.

Wie die Zensur des Plakates und dessen publizistisches Narrativ Hand in Hand gehen:

Wider besseren Wissens bediente die WOZ aus taktischen und ideologischen Gründen in oben genanntem Artikel zum Anarchistischen Kongress in St. Imier ein Narrative, das die Leader um „Solidarity Collectives“ in die Welt setzten. Das vor sich her getragene Bekenntnis „wir als privilegierte Menschen“ müssen den „Betroffenen zuhören und dürfen nichts in Frage stellen, was die Betroffenen sagen“ ist eine Bankrotterklärung des Politischen.

Der Vorfall des Übergriffes gegen die Transperson, die Zensur eines simplen, selbstverständlichen antimilitaristischen Plakates in St. Imier, die Kumpanei des Plenums von „Solidarity Collectives“ mit dem Angreifer auf die Transperson auf dem Anarchistischen Kongress machte die WOZ dagegen nicht zum Thema.

Dem Anarchismus aber sind Werte zu eigen, die umfassende Herrschaftsfreiheit implizieren. So einfach ist das. Wenn WOZ-Redakteur*innen dem

und verheerende CO2-Emissionen) zur sofortigen Vollsteckung geeignet. Switch off BMW, switch off the system. **11.07.:** Als kleiner symbolischer solidarischer Gruß an die kämpfenden Jugendlichen auf den Straßen Frankreich, wird in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli in Stuttgart das Französische Institut eingefärbt. Rest in power Nahel! **12.07.:** In Hamburg Elmsbüttek wird in freudigem Hass der private PKW eines Bullenschweins in Brand gesetzt. Für Nahel und alle anderen! **13.07.:** Die Firma Icefeldt in Oschatz importiert Plastikschieß aus China und schießt auf die dortige Umwelt- und Menschenrechtslage. Zum Firmenjubiläum gab es ein besonderes Geschenk: Menschen des Zusammenschlusses A&Z begaben sich in den frühen Morgenstunden zum Sitz der Firma in der Sachsengasse 6 in Oschatz und kackten gemeinschaftlich, aber nacheinander, in den Briefkasten der Firma. **14.07.:** In Berlin wird rund um das Olympiastadion gegen den Täter Till Lindemann gesprüht und plakatiert. Gerechtigkeit für die

Militarismus eine Lanze brechen wollen, dürfen sie das gerne tun, aber auf einem anarchistischen Treffen haben sie nichts zu suchen. Sie tarnen sich als Anarchist*innen (oder als der Bewegung zugehörige Menschen) ohne welche zu sein. Sie wanzen sich an soziale Bewegungen ran, ohne dazu ein Verhältnis zu haben, sie saugen von der Existenz des anarchistischen Widerstandes, weil wir ihr Job sind, sie betreiben Karriere und vergiften mit Artikeln eine Welt, die sich radikal jedwedem Militarismus verweigern müsste.

Wie machen die beiden Schreibtischtäter*innen das? Die WOZ leitet zu dem oben von uns beschriebenen Vorfall folgenderweise ein:

„Wie arrogant die westliche Weltsicht auch unter Anarchist:innen sein kann, müssen insbesondere Teilnehmer:innen aus Russland, Belarus und der Ukraine erfahren. An praktisch jedem Workshop kommt es zu Belehrungen über den wahren Antimilitarismus.“

Das ist natürlich albern, weil es die Ukrainer*innen, die Russ*innen, die Belarus*innen nicht gibt. Ein identitäres und nationalistisches Konstrukt bedient Zuschreibungen, die jede*r zum Beispiel Ukrainer*in unterstellen die gleiche Position zu haben. Bloß weil die einen lauter sind, sind ihre Positionen nicht richtiger als andere, die es auch gibt und die sich dem Zwang entziehen dem ukrainischen Nationalismus und der Militarisierung das Wort zu reden.

Und um diese Einleitung, die nicht der Realität in St. Imier entsprach, zu untermauern, kommt jetzt der Vorfall: „So lässt sich eine Teilnehmerin aus Deutschland auch an einem Podium zu anarchistischen Positionen zum Krieg nicht nehmen, als Erstes lautstark ein Plakat mit dem Slogan „Gegen jeden Krieg“ anzubringen.“

Davon abgesehen, dass das Podium von dem Aufhängen des Plakates völlig unberührt war, weil das Plakat am Ausgang des Raumes aufgehängt wurde und zum Podium mindestens zehn Stuhlreihen dazwischen lagen, ist es aberwitzig, ein antimilitaristisches Plakat zu skandalisieren, was auf einem Podium zu anarchistischen Positionen zum Krieg“ (WOZ) aufgehängt wurde. Wie blöd muss man sein, so etwas Absurdes zu schrei-

ben, wenn es nicht um was ganz anderes geht. Es dreht sich darum, ein antimilitaristisches Plakat als solches schon zu einer Störung umzudeuten – weil es eine promilitarisierte Auseinandersetzung und eine identitäre, nationalistische Haltung grundlegend in Frage stellt. Die Existenz eines solchen Plakates, und das ist die bedeutsame Information für uns Anarchist*innen, ist für Einige schon eine ernsthafte Störung und Provokation, die zensiert, unsichtbar und letztlich ausgemerzt werden soll. Weil die Parole „Gegen jeden Krieg“ die Kraft hat, die Befürworter*innen von Militarisierung, Kriegslogik und letztlich Krieg zu entlarven, weil sie als „Angriff“ empfunden wird und genauso darauf reagiert wird. Mit Zensur.

Für uns bestätigt sich einmal mehr, diese Leute aus anarchistischen Strukturen auszuschließen, wenn sie ihre fortschreitende Militarisierung nicht unterbrechen.

Die WOZ auf jeden Fall, hat sich in diesem Fall mehr als daneben verhalten, sie lügt, und verdeckt den Übergriff. Und trägt ihn somit mit. Beide Journalist*innen gehören aus unseren Orten rausgeschmissen, wenn sie ihre Lügen nicht öffentlich zurücknehmen.

Ein weiteres pikantes Detail: Auf dem Podium saß eine Journalistin der WOZ! Diese wird selbstredend von Kaspar Surber zitiert. Ohne ihre Funktion kenntlich zu machen. Hier wird die Medienmacht manipulativ eingesetzt, um Meinungen zu erzeugen. Man besetzt Podien mit Positionen, die einem genehm sind und zitiert vermeintlich neutral von diesen Menschen, die hier auch noch als „Betroffene“ eine exklusive Sprechposition verkörpern sollen, um dem gesagten mehr Gewicht zu geben. (Es würde nicht verwundern wenn die Journalistin Anna Jikhareva, die den Artikel mit Kaspar geschrieben hat, sogar identisch mit der WOZ-Frau auf dem Podium war)

Dem Schreibtisch-Bellizisten scheint jedes schäbige Mittel recht um die Diskursheute in der Linken über den Krieg zu erlangen.

Der Anarchismus hat schon viele Wirrungen überstanden, er wird auch diese kriegslogikgeleitete Auslegung durch „Solidarity Collectives“ hinter sich lassen.

Betroffenen! **15.07.:** In Berlin wird ein Miles Sharing-Car abgefackelt: In Solidarität mit den Aufständen in Frankreich. **20.07.:** In Bremen wird das Auto des Innensensors Mäurer abgefackelt. Switch off the system of destruction! **21.07.:** In Bonn wird die Haustür der Burschenschaft Raczeks in den Farben des Regenbogens gestrichen. **25.07.:** In Bremen werden zwei Ladesäulen abgefackelt. Sie sind ein notwendiger Bestandteil für die Mobilitätswende des Green New Deal und somit ein ideales, niederschwelliges Ziel. Gegen die Fortsetzung der extraktivistischen Zerstörung der Erde hilft nur die Vervielfältigung von Sabotage, Widerstand und tatsächlichen Alternativen zur kapitalistischen Produktion – Für die (öko-) soziale Revolution! **26.07.:** Der Golfclub in Blankenese, Hamburg, wird mit Bitum markiert und dem Kleinbus des Team Golfclub Buttersäure in den Kühler gegossen. Golfplätze sind weltweit ein Symbol für die Vernutzung von Boden und Ressourcen für die oberen Zehntausend. Für die soziale Revolte und

Bist Du für Krieg?

Bist Du für Krieg? Für den gerechten Krieg? Oder ein bisschen Krieg? Für Waffenlieferungen an die Ukraine? Oder in andere Länder? Für den Angriff des russischen Regimes auf die Ukraine? Für die Bundeswehr? Dann brauchst Du nicht weiterlesen.

Es gibt bekanntlich „Linke“, die für Waffenlieferungen sind, für den ukrainischen Staat, sogar für die NATO. Und es gibt „Linke“, die deren nationalistische und militaristische Narrative nachplappern oder Menschen, die sogar Geld sammeln für die „Kameraden“ an der Front, die sie „Anarchisten“ nennen. Und die in einer Verteidigungslinie liegen mit ukrainischen Faschisten.

Und es gibt dann auch die „Linken“, die als orthodoxe Kommunist:innen Russland verteidigen, den Überfall und den Angriffskrieg mitsamt der Folter, dem Mord an Zivilist:innen und die Vergewaltigungen kleinreden. Die Russland in einer Notwehr sehen gegen die NATO. Und die in einer ideologischen Verteidigungslinie liegen mit einem Regime, das Kriegsgegner:innen und Anarchist:innen foltert

Und dann gibt es natürlich noch die Faschos von der AfD, die so braun sind, weil sie in Putins Arsch herum kriechen und ihre Unterstützung auch von dort bekommen. Und die Diktaturen geil finden. Und Krieg dann gut finden, wenn es gegen Andersdenkende, Queere, BIPOCs und vor allem Migrant:innen geht.

Zur Unterstützung einer politischen Linie, die sich Kriegsbefürworter:innen und Militarist:innen aller Richtungen und Frontabschnitte verweigert, haben wir ein Plakat für Euch. Dieses Plakat geht quer zu

allen Fronten. Hängt die Plakate in Eure Zentren, in Eure WGs, oder geht kleben, was das Zeug hält. In Deinem Viertel, in Deiner Straße, in Deiner Kleinstadt.

Krieg ist nirgends gut. Zwangsrekrutierung auch nicht. In den Schützengräben sterben nie die Reichen, die Offiziere, die Rüstungsmanager, die Politiker:innen. Es krepieren jene, die gegen andere aufgehetzt werden und die eine nationale Identität, einen Staat, eine Ideologie und wirtschaftliche Interessen verteidigen oder erobern sollen.

- Für Deserteure und deren Unterstützung, egal woher sie kommen
- Für die Zerstörung von Kriegsgerät, in jedem Land
- Für Reisefreiheit und offene Grenzen
- Für die totale Verweigerung von Befehl und Gehorsam
- Alle Antimilitarist:innen und Anarchist:innen raus aus den Knästen
- Für eine radikale, antipatriarchale und antifaschistische Antikriegsbewegung.

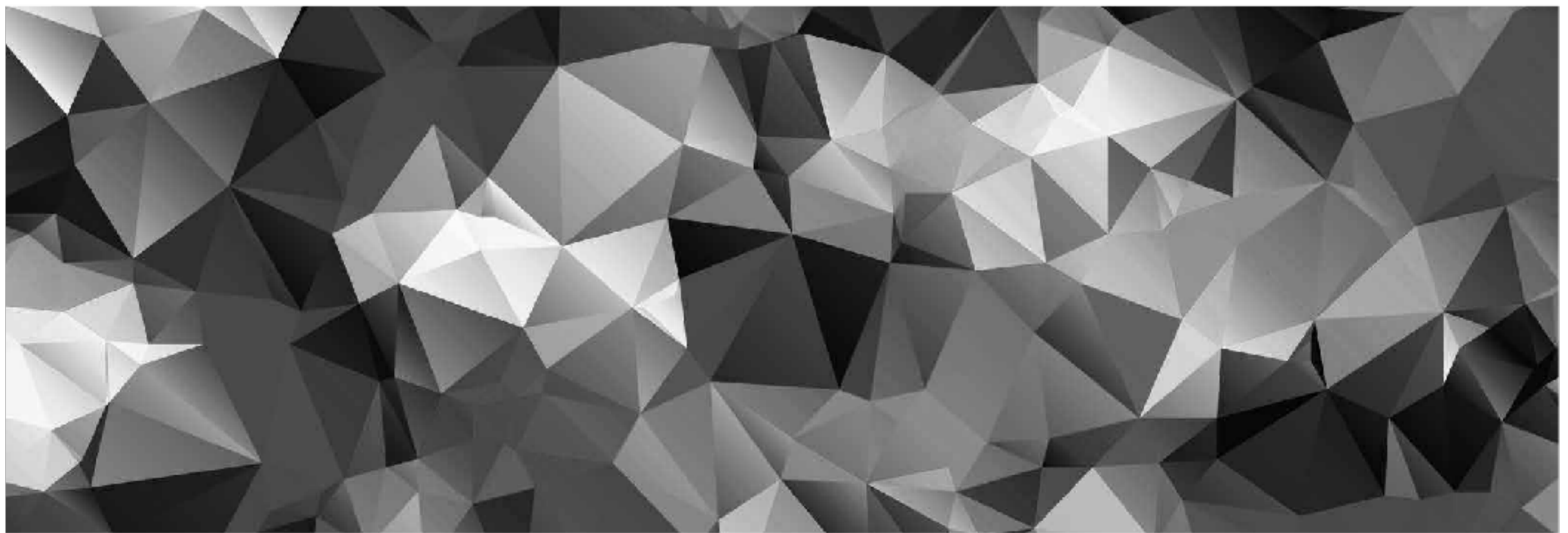
Ihr könnt das Plakat innerhalb Deutschlands bestellen im Buchladen Schwarze Risse: Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

<https://schwarzerisse.de/kontakt/>

Wenn es geht: 20 Stück für 3-5 Euro // 50 Stück für 5-10 Euro. Scheinchen beilegen oder Briefmarken

PLAKAT UNTER: <https://de.indymedia.org/node/300368>

(Abdruck siehe S.53)



ein ganz anderes Klima! switch off capitalism! 27.07.: In Wuppertal werden 40 SUVs mittels Reifenentlüftung entwaffnet. 27.07.: In Berlin wird ein Bürokomplex der deutschen Bahn mit Hämmern und zwei Firmenautos mit Brandsätzen angegriffen. Stop Tren Maya! Switch Off – das System der Zerstörung nachhaltig angreifen. 02.08.: Die beiden Nazis Erik Storch und Franz Richard Schrandt, die Teilnehmer*innen des Berliner CSD attackierten, werden zuhause besucht und dürfen sich über Haustüren in Regenbogen-Optik freuen. 03.08.: In Berlin Wuhlheide wird ein Sendemast abgefackelt. 06.08.: In Berlin gibt es eine Adbusting-Aktion: „Putins Krieg sabotieren!“ – für das Recht auf Asyl für Kriegsdienstverweigerung. 07.08.: In Hannover wird die Bullenwache in der Höfelstraße mit Farbbeuteln eingedeckt: All cops are targets. 10.08.: Switch off Kiez- und Umweltzerstörer Züblin: In Kreuzberg wird ein Fahrzeug der Baufirma Züblin mit Feuer abgeschaltet. 17.08.: In Kiel geht 23 parkenden Autos die Luft aus. 25.08.: In

Denns' geplündert

Dokumentation:

Am vergangenen Dienstag sind wir mit einer handvoll Leuten in den Denns Biomarkt in Hannover-Linden am Küchengarten gegangen, haben unsere Einkaufswagen voll gepackt und sind dann ohne zu bezahlen wieder rausgegangen.

Den Kram haben wir anschließend an verschiedenen Orte in Hannover verteilt und nach Ladenschluss auch noch eine Kiste vor den Denns gestellt. Mit Flyern, die unsere Aktion erklärt haben.

Ein paar Flyer wurden auch während der Aktion schon an Interessierte verteilt. Ohne groß den Kapitalismus zu erklären, haben wir ein paar Sätze zur Inflation und zur ungerechten Verteilung geschrieben und die Menschen eingeladen sich doch gerne an den geklauten Waren zu bedienen.

Mit dieser Aktion wollen wir uns und anderen aber nicht nur Trüffelschokolade, Nussmuse und geilen Kaffee gönnen, sondern auch Lupinentofu und Rauchsatz-Flüssigwürze. Ähm ja und einen Diskurs zu Umverteilungsaktionen anstoßen meinen wir natürlich.

Dazu möchten wir erstmal festhalten, dass die ganze Sache viel einfacher und auch unspektakulärer ablief als vorher gedacht. Mit unseren Sonnenbrillen, medizinischen Masken und Mützen sahen wir wohl irgendwie komisch aus aber nicht so komisch, dass und irgendwer angesprochen hat. Im Laden haben wir uns 7 Minuten Zeit gelassen und alles in IKEA-Beutel gestopft, die ausgebreitet in den Einkaufswagen lagen. Als wir die Wägen dann einfach an der Kasse vorbei geschoben haben, hat der Kassierer nur verdutzt und irgendwie auch unambitioniert geguckt.

Die anderen Leute vor aber auch im Laden haben gar nicht so richtig gecheckt was passiert ist. War zumindest unser Eindruck. Einerseits natürlich gut, dass uns keine Aktiv-Bürger*innen festgehalten haben. Andererseits träumen wir schon von Plünderungen, die einen eher interaktiven Charakter haben.

Später haben wir einen Teil der Sachen bei einigen Wohnungslosen verteilt, die unsere Aktion ziemlich cool fanden. An den übrigen Orten haben wir es jedoch vorgezogen, die Sachen mit einem entsprechenden Hinweis einfach nur abzustellen. Wer warum die Sachen mitgenommen hat oder eben auch nicht mitgenommen hat, können wir daher gar nicht sagen.



Wir haben Lust von ähnlichen oder anderen Erfahrungen zu hören und möchten Leute motivieren mit öffentlichem Klauen zu experimentieren. Für einige Menschen ist Klauen teil der täglichen Selbsterhaltung, für viele aber auch moralisch verpönt. Ob Flyer oder Aktionserklärungen daran etwas ändern wissen wir nicht.

Fast mythologisch muten die Berichte über die Penny-Plünderung während der Chaos Tage 95 in Hannover an. Vom Hörensagen wissen wir, dass sich da auch „die ältere Dame von Nebenan“ ihre Dose mitgenommen hat. Auch beim G20 in Hamburg haben verschiedene Anwohner*innen Dinge mitgehen lassen.

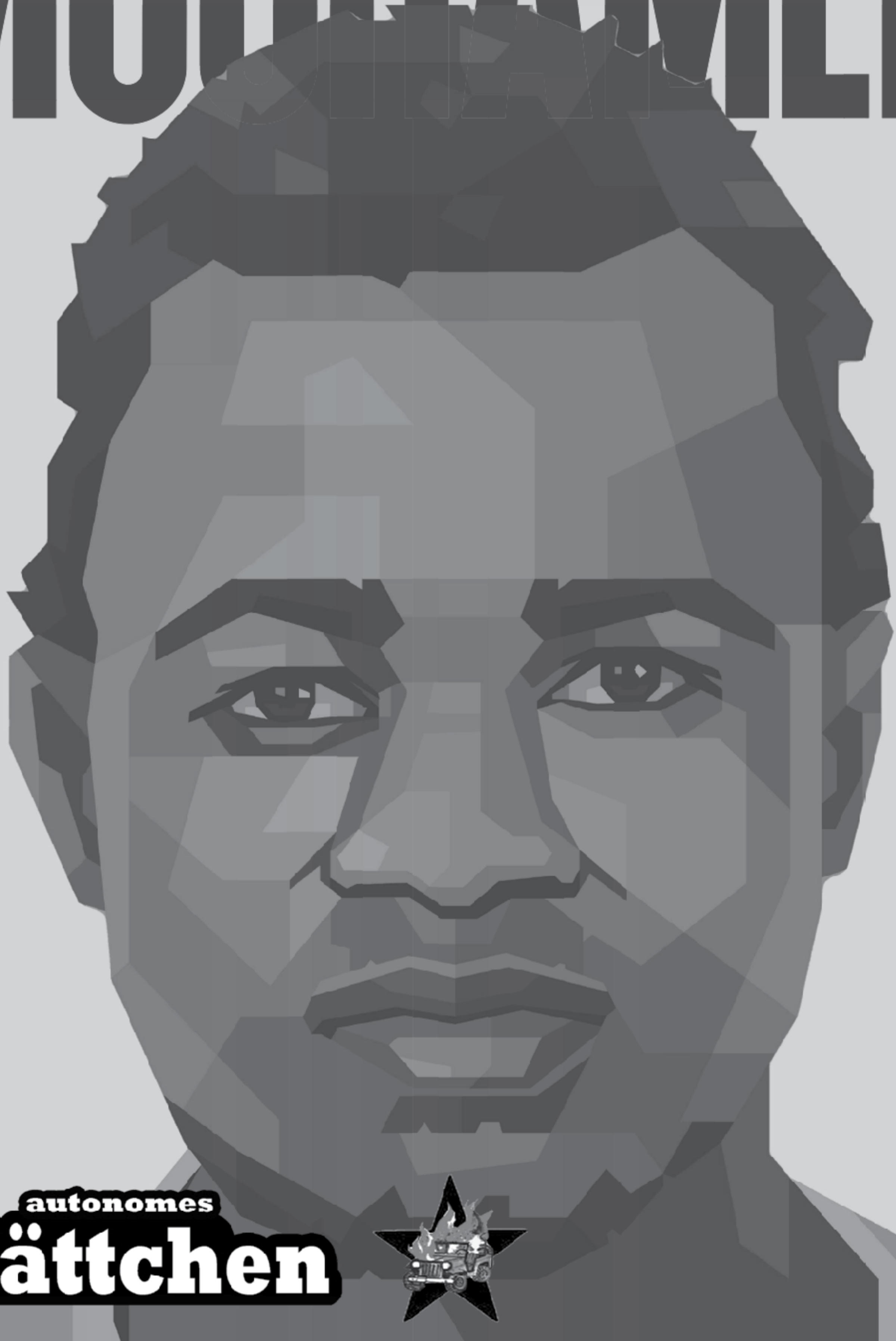
Wir denken, dass solche Momente eine wichtige Bedeutung haben und der Ausnahmezustand die revolutionäre Alltagspraxis beflügeln kann. Doch was braucht es damit solche Momente entstehen? Und wie lässt sich die oft mühevollen und kleinteiligen Basis-Organisation mit der gemeinsamen kriminellen Erfahrung verbinden? Wie können wir soziale Kämpfe um Umverteilung gemeinsam intensivieren? Und wie können sich diese Kämpfe jenseits von stundenlangen Plena oder vereinzelt Aktionen manifestieren?

*Einige Ladendieb*innen*

Sylt wird der Flughafen blockiert: Privatjets sollen am Boden bleiben. Mehrere Pinguine besetzen den Eingang zum Privatflugterminal mit einem Tripod, weitere befahren mit Fahrrädern die Rollbahn. **31.08.:** In Landau wird das FDP-Büro angegriffen: Die Schaufensterscheiben schmücken jetzt einige Statements zu ihrer Politik und dem Bundesverkehrsminister Volker Wissing. Zudem muss die FDP Landau die nächsten Tage leider erst Mal auf Einladungen von Lobbyvereinen verzichten, da der Briefkasten dank Bauschaum unbenutzbar gemacht wurde.

JUSTICE FOR

MUHAMMAD



„Am Abend des 4. August haben wir einen Konvoi aus zwei Polizeifahrzeugen, die gerade entlang des Parks am Gleisdreieck fahren, mit Steinen angegriffen. Ihre Fenster gingen zu Bruch und sie flüchteten panisch aus dem Bereich“.

autonomes

Blättchen

